

entwicklungsperspektiven

GhK
FB 6

Eine Schriftenreihe der
LATEINAMERIKA - DOKUMENTATIONSSTELLE FB 6
Gesamthochschule Kassel

EP 20) **Norbert Rehrmann**
Politische Lieder im Befreiungskampf Lateinamerikas:

- Das Beispiel des Neuen Liedes in Chile
- Interview mit der Gruppe Quilapayún

45 Seiten DM 4,--

EP 19) **Jaime Wheelock Roman**
Durch die Revolution zur nationalen Unabhängigkeit Nicaraguas:
Die kämpferisch-engagierte Universität in Nicaragua

37 Seiten DM 4,--

EP 18) **Thomas Mayr**
Unterdrückung und indianischer Widerstand in Columbien

Das Beispiel des CRIC
(Regionaler Indianerrat des Cauca)

134 Seiten DM 9,--

EP 17) **Clarita Müller-Plantenberg**
Eigene Identität und gemeinsames Projekt

Zur Interessenvertretung gegen Wirtschaftspolitik,
gesellschaftliche Atomisierung und Repression
in Brasilien und Chile

29 Seiten DM 3,--

EP 15/16) **Wolfgang Gabbert**
Die Atlantikküste Nicaraguas - fehlende nationalstaatliche Integration, Erbe von Kolonialismus und Bereicherungsdiktatur

180 Seiten DM 11,--

Bestellungen an:

LATEINAMERIKA NACHRICHTEN

- Vertrieb -

Gneisenaustr. 2, 1 Berlin 61

Publik-Forum

Publik-Forum
stärkt engagierten Christen den Rücken, schafft ein Netzwerk unter denen, die - von unten und von oben - für eine offene und solidarische Kirche arbeiten.

Publik-Forum
gibt Signale der Hoffnung, springt über konfessionelle Hürden und hat als Ziel eine Kirche vor Augen, die bereit ist, mit allen zu teilen.

Publik-Forum
stellt sich auf die Seite der Schwachen - gegen den organisierten Egoismus. Hier und in der 3. Welt. Für einen Aufbruch in eine solidarisch-gerechte Gesellschaft. Gegen den Ausverkauf der Natur und eine Herrschaft der Mächtigen.

Publik Forum:
Zeitung kritischer Christen



Wir laden Sie ein,
uns kennenzulernen.

Ich möchte mich näher informieren. Schicken Sie mir bitte kostenlos und unverbindlich die nächsten beiden Hefte von Publik-Forum zu.

Coupon bitte einsenden an:
Publik-Forum
Postfach 730 771
6000 Frankfurt 70

LN

Name _____

Straße _____

PLZ, Ort _____

LATEINAMERIKA nachrichten

13. JAHRGANG DER
Berlin (West)

CHILE-NACHRICHTEN

Mai 1986

DM 4,50

148

Menschenrechte in Chile



Aus dem Inhalt:

CHILE / BRD: Geißler und die Menschenrechte / **KOLUMBIEN:** Wahlen und »schmutziger Krieg« / **Armero:** Die Katastrophe nach der Katastrophe / **NICARAGUA:** Reagan und die Contras / **BRASIL:** Stabilität statt Marktwirtschaft / **ARGENTINIEN:** Generalstreiks — und was dann? / Kritische Solidarität: Parteilichkeit ohne Scheuklappen

INHALTSVERZEICHNIS

Editorial	3
— ARGENTINIEN: Generalstreiks — und was dann?	5
— CHILE / BRD: Heiner Geißler und die Menschenrechte — diesmal in Chile	12
— CHILE: Drängen — nicht stürzen!	21
Protestkampagne gegen Bombenfabrik in Nordchile	23
— BRASILIEN: Stabilität statt Marktwirtschaft	24
Droht Brasilien ein Bhopal durch BAYER?	29
— KOLUMBIEN: »Schmutziger Krieg« am Rande der Wahlen	31
Armero: Die Katastrophe nach der Katastrophe	39
— NICARAGUA: Reagan: »Ich bin ein Contra!«	44
— HONDURAS: Menschenrechte in einem besetzten Land	53
— SOLIDARITÄT: Kritische Solidarität: Parteilichkeit ohne Scheuklappen	60
Helf uns, die Wahrheit zu dokumentieren!	66
»Gegendarstellung«	69
— REZENSIONEN: Guten Appetit!	74
»Vom Umgang mit Gewalt«	74
Den Verschwundenen	76
— Zeitschriftenschau	78
— Eingegangene Bücher	79
— Termine	80

Impressum
LATEINAMERIKA NACHRICHTEN 148
 April 1986
 Jahrgang 13 der CHILE-NACHRICHTEN
 erscheint monatlich
 (mindestens 11 Nummern pro Jahr)

ISSN 0174-6342

Redaktion: Redaktionskollektiv
 V.i.S.d.P.: Christian Klemke
 Druck: Movimento, Berlin-West
 Redaktionsschluß: 17. April 1986

Abo-Preise:

Individuelles Abo DM 50,- / Übersee-Luftpost DM 70,-
 Institutionen-Abo DM 65,- / Übersee-Luftpost DM 85,-

Das Abonnement verlängert sich jeweils automatisch, bis es gekündigt wird. Kündigungsfrist 1 Monat. Das Abonnement wird kalenderjährig berechnet, angefangene Jahre anteilmäßig.

Zahlung erst nach Erhalt der Rechnung, dann aber bitte gleich auf Postgirokonto Berlin-West 662 83-103

Zahlungen ohne Angabe der Rechnungsnummer können wir nur als Spende verbuchen.

Adresse:
 LATEINAMERIKA NACHRICHTEN
 im Mehringhof
 Gneisenaustraße 2
 1000 Berlin 61
 Tel. 030 / 693 40 29

Der Nachdruck von Artikeln aus den LATEINAMERIKA NACHRICHTEN ist nur nach vorheriger Rücksprache gestattet.

Zur Zeit gilt Anzeigenpreisliste Nr. 3 vom 1.3.1985

EIGENTUMSVORBEHALT

Die Zeitschrift bleibt Eigentum der LATEINAMERIKA NACHRICHTEN GbR, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. »Zur-Habe-Nahme« ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Eigentumsvorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender unter Angabe der Gründe der Nichtaushändigung umgehend zurückzusenden.

Editorial

"Seit zwei Uhr früh wird zurückgeschossen." Ganz so hat es Reagan zwar nicht gesagt, aber die berüchtigte Formulierung drängt sich angesichts der Bombardierung von Tripolis und ihrer Rechtfertigung auf. Unter dem Vorwand man wisse nun endgültig, daß Gaddhafi für alle möglichen Attentate die Verantwortung trage, die Terroristen allesamt aus Libyen gekommen seien, schlug das Imperium zu.

Endlich wissen wir, wer hinter so verschiedenen Anschlägen wie dem Überfall in Rom, dem Sprengstoffanschlag auf die Berliner Disco "La Belle", die Berliner Maison de France (der galt bisher nach Polizeiüberzeugung als eine Tat von Armeniern) und nicht zuletzt dem Attentat auf NATO-General Kroesen steckt. Was der CIA da alles so herausgefunden hat - und das auch noch zu einem so günstigen Zeitpunkt - enthält eine gewisse Pikanterie. Für das Attentat auf Kroesen wurde nämlich u.a. Christian Klar verurteilt. Muß nun das Verfahren aufgrund der neuen Erkenntnisse wieder aufgenommen werden?

Ungeachtet aller Warnungen aus aller Welt zeigt Reagan ausgerechnet im Mittelmeer - der gefährlichsten Krisenregion der Welt, in der sich die Interessen der beiden Supermächte schneiden - wozu die US-Armee im Stande ist. Und dafür findet er in der US-amerikanischen Öffentlichkeit breite Zustimmung. Eine Zustimmung, die er bezüglich einer offenen Intervention in Nicaragua - noch - nicht hat. Jedenfalls hat das Repräsentantenhaus sich gerade erneut geweigert, die Contra-Millionen zu billigen.

Peinlich wurde die Militäraktion ausgerechnet für die NATO-Verbündeten. Hatte die EG doch gerade Bundesaußenminister Genscher losgeschickt, um Reagan zu raten, sich auf politische Maßnahmen zu beschränken. Aber dann empfanden sie letztlich doch - trotz gewisser kleinerer Differenzen - "tiefes Verständnis" für die terroristische Politik des US-Präsidenten. Keinerlei Bedenken hatte dagegen die sehr eiserne Lady. Sie gab das Einverständnis dafür, daß die US-Bomber von Basen in Großbritannien starteten, ließ das Ganze auch noch durch ein Manöver britischer Einheiten decken.

Mit dem Luftangriff auf Libyen ist die NATO ins Gerede gekommen, nicht nur bei den Journalisten, die sich über diplomatische Differenzen zwischen den NATO-Partnern Sorge machen, sondern da, wo man es sonst nicht so leicht findet: bei einem großen Teil der Bevölkerung. Die Nachrichten haben Betroffenheit, Angst ausgelöst. Libyen ist nicht irgendein kleiner Staat in Mittelamerika - weit weg und sowieso Einflußsphäre der USA -, sondern ganz nah an Europa. Und es waren US-Einheiten, die in Europa stationiert waren, die die Bomben warfen. Das bringt diesen Krieg hierher. Die Mitgliedschaft in der NATO macht plötzlich mehr Menschen Sorgen, nicht nur

denen, die seit Jahren in der Friedensbewegung aktiv sind. In Mutlangen sind die Pershings in Gefechtsbereitschaft gesetzt worden. Sie könnten Libyen erreichen. Und demnächst könnten US-Bomber auch von der Startbahn West starten.

Die Ereignisse lassen nur eine politische Konsequenz zu: Raus aus der NATO, bevor die BRD zur Startrampe von US-Bombern wird!

Im Zusammenhang mit dem angeblich libyschen Attentat auf die Berliner Disco nehmen Alliierte und Polizei in Berlin und Westdeutschland verstärkt "Ausländerkontrollen" vor, die wohl eher als Schikanen zu bezeichnen sind. Geschürt wird eine Angst vor jedem, der irgendwie fremd aussieht. In den Berliner U-Bahnen ist es unterdessen täglich zu beobachten, wie Ausländer festgenommen werden. Oft müssen sie Stunden im Polizeigewahrsam verbringen, bevor sie wieder auf freien Fuß gesetzt werden. Die Kontrolle an der angeblich so durchlässigen Grenze zu Ostberlin sind verstärkt worden, jetzt hat der Berliner Senat den willkommenen Vorwand, um zu verhindern, daß Asylsuchende diese Grenze passieren können.

Dieser Senat ist gerade erst umgebildet worden, nachdem drei Senatoren wegen Korruption zurücktreten mußten. Dabei wirkt es wie ein Hohn, daß Ex-Innensenator Lummer wegen einer Bestechungsaffäre nicht mehr tragbar war - die Toten, die er zu verantworten hat, man denke nur an Klaus Jürgen Rattay und Kemal Altun, waren dafür kein ausreichender Grund.

Die Alternative Liste hat beschlossen, ein Volksbegehren einzuleiten, das Neuwahlen fordert. Damit dieses Volksbegehren überhaupt in Gang gesetzt werden kann, müssen 80 000 Unterschriften zusammenkommen. Die Lateinamerika Nachrichten rufen an dieser Stelle unsere Berliner Leser auf, sich mit ihrer Unterschrift und sonstigen Unterstützungsmaßnahmen zu beteiligen.

NICA - BANANENAKTION

Nicht nur Kaffee, nein auch Bananen gibt es in Nicaragua. Und nachdem Schweizer Gruppen während einer Solidaritäts-Aktion im März 125 Tonnen Bananen aus Nicaragua verkauft haben, sollen auch Bundesbürger/innen auf den Geschmack gebracht werden. Das Info-Material der "Schweizer Bananen-Aktion" kann jetzt als kleines Paket (Infos über Nica-Bananen, DM 5,-) oder als großes Paket (incl. Hintergründe über den Bananen-Weltmarkt, DM 18,-) bezogen werden über:

Walter Binanzer, Rehaldenweg 37, 7060 Schorndorf

Bitte der Bestellung einen Verrechnungsscheck oder Briefmarken beifügen.

ARGENTINIEN

Generalstreiks — und was dann?

Mit den Generalstreiks vom 24. Januar und 25. Februar dieses Jahres sind es nun schon fünf Generalstreiks innerhalb von zwei Jahren gegen die Wirtschaftspolitik der Regierung von Präsident Raúl Alfonsín. Aber mit welchem Erfolg? Die Arbeiter gehen auf die Straße, legen die Arbeit nieder, der Gewerkschaftsbund Confederación General de Trabajadores, CGT, gibt immer schärfere Erklärungen ab - aber die Regierung scheint kaum auf diesen Ausdruck des Zorns zu reagieren, macht praktisch keine Zugeständnisse. Welchen Spielraum haben die argentinischen Gewerkschaften überhaupt?

Der argentinische Sommer zwischen Dezember und Ende Februar war nicht nur klimatisch ein heißer Sommer. Er begann schon im Dezember mit fast täglichen Streiks oder kurzfristigen Arbeitsniederlegungen von Einzelgewerkschaften, brachte einen wochenlangen Poststreik, in dessen Verlauf mehr als 15 Millionen Briefe aufliefen, Streiks der Eisenbahner und der Busfahrer, schließlich den Generalstreik vom 24. Januar. Kaum war der erfolgreich vorüber, sah sich die Gewerkschaftsspitze der CGT erneut dem Druck vor allem der regionalen Gewerkschaftsverbände des Landesinneren ausgesetzt, die erneut streiken wollten, was dann zum Generalstreik vom 25. Februar führte.

"DER LOHN REICHT NICHT BIS ZUM MONATSENDE"

Die Streikwelle ist die Folge der Auswirkungen des Plan Austral und der harten Haltung der Regierung, die sich auf keine Kompromisse bei der Lohnfrage einläßt. Die Hauptziele des Plan Austral sind die Bekämpfung der Inflation und die Wiederankurbelung der Wirtschaft. Tatsächlich konnte mit Hilfe eines Lohn- und Preisstops die Inflation stark gebremst werden: während die monatliche Inflationsrate im ersten Halbjahr 1985 zwischen 30 und 50% lag, sank sie im zweiten Halbjahr nach Einführung des Plan Austral auf monatlich zwischen 2 und 3,5%. Dies zeigt bereits, daß der Preisstop - wie nicht anders zu erwarten war - nicht vollständig durchgeführt wurde. Mieten stiegen, die Preise für Grundnahrungsmittel stiegen ebenfalls. Die Tarife für öffentlichen Transport und

Dienstleistungen blieben zwar konstant, waren aber vor dem Preisstop noch einmal kräftig erhöht worden. Dementsprechend sanken die Reallöhne 1985 nach offiziellen Angaben um 23%, nach Berechnungen der Gewerkschaften um über 30%. Der Minimallohn liegt derzeit bei 68 Australes (das sind etwa 200 DM), die Kosten für den Warenkorb an Grundbedarfsartikeln für eine Durchschnittsfamilie bei 200 Australes. Auch wenn der Minimallohn meist überschritten wird, so liegt das Monatseinkommen eines Facharbeiters beispielsweise in der Druckindustrie (und die Drucker gelten als relativ gut bezahlte Arbeiter) bei ca. 120 bis 150 Australes.

Das bedeutet, daß andere Familienangehörige mitarbeiten müßten, damit die Familie über die Runden kommt. Aber das ist gar nicht so einfach, da die Dämpfung der Inflationsrate mit einer steigenden Arbeitslosigkeit erkauft wurde. Offiziell liegt die Arbeitslosenrate bei 10%, die Gewerkschaften sprechen von über 30%.

Die Auswirkungen sind sichtbar, wenn man nachts gegen 3 Uhr an der Auslieferungshalle der Zeitschrift "Crónica" vorbeigeht. "Crónica", die argentinische Bild-Zeitung und das größte Massenblatt des Landes, hat einen Anzeigenteil mit Stellenangeboten. Jeden Morgen um drei Uhr finden sich Käuferschlangen von Arbeitslosen ein, die sich sofort die "Crónica" kaufen, nach einem Angebot suchen, damit sie dann - falls sie tatsächlich etwas finden - sofort als erste bei der Fabrik, dem Geschäft, dem Transportunternehmen sein können. Viele von den Männern stehen schon seit Monaten jeden Morgen hier.

Auf meine Frage, was das denn für die Gewerkschaftsarbeit bedeutet, erzählt Nacho Lagar, Generalsekretär der Gewerkschaft der Bierbrauer von Quilmes (ein Vorort von Buenos Aires): "Der Lohn reicht einfach nicht bis zum Ende des Monats. Am Monatsanfang zahlen die Leute ihre Schulden beim Kramladen an der Ecke. Dann reicht das Geld noch ungefähr vierzehn Tage. Dann müssen sie wieder anschreiben lassen. Das geht aber nur beim Krämer, so daß sie auch nicht mehr im billigeren Supermarkt kaufen können. Es gibt unterdessen viele Familien, wo es gegen Monatsende kein Fleisch und Gemüse mehr gibt. Und Fleisch ist hier Grundnahrungsmittel. In der Situation haben viele compañeros so wenig Geld in der Tasche, daß sie dann auch zu keiner Gewerkschaftsversammlung mehr kommen können, weil sie das Fahrgeld nicht haben. Außerdem haben sie Angst, daß sie entlassen werden, wenn sie streiken oder sonst im Betrieb gegen Ungerechtigkeiten oder schlechte Arbeitsbedingungen aufmucken."

Verständlich, daß unter diesen Bedingungen sprichwörtlich alle auf die Wirtschaftspolitik schimpfen - übrigens auch diejenigen aus besser verdienenden Kreisen, die von der Krise weitaus weniger betroffen sind. Trotzdem ergaben Umfragen im Januar das auf den ersten Blick verblüffende Ergebnis: 62% der Bevölkerung sind mit den Leistungen der Regierung Alfonsín in ihren beiden ersten Amtsjahren zufrieden, 25% halten sie für gut, nur 13% waren unzufrie-



Nacho Lagar (links) und CGT-Generalsekretär Saúl Ubaldini
bei einer Protestveranstaltung

den oder hatten keine Meinung. Das dürfte einerseits etwas mit der persönlichen Popularität von Präsident Alfonsín zu tun haben, andererseits aber vor allem auch mit dem Problem der Inflation. Bei einer Kundgebung der Hafenarbeiter vor der Casa Rosada, dem Amtssitz des Präsidenten, drückte einer der für Lohnerhöhungen demonstrierenden Hafenarbeiter das so aus: "Natürlich brauchen wir höhere Löhne, und es ist eine Schweinerei, daß die Regierung keine Zugeständnisse macht. Aber andererseits wäre es noch viel schlimmer, wenn wir wieder eine hohe Inflation bekämen. Am wichtigsten wäre es, wenn auch die Preise wirklich eingefroren würden. Die Regierung hat ja nur die Löhne wirklich eingefroren, die Preise steigen weiter, aber halt nicht mehr so stark wie früher."

DIE HALTUNG DER REGIERUNG

Die Regierung zeigt sich hart gegenüber den Forderungen der Gewerkschaften. Zwar wurden in den letzten beiden Jahren regelmäßig alle paar Monate Versuche gestartet, eine Art konzertierte Aktion zwischen Regierung, Gewerkschaften und Unternehmern ins Leben zu rufen, doch blieb es meist bei wenigen ergebnislosen Treffen. Stein des Anstoßes für die Gewerkschaften: Die Regierung weigert sich, Tarifkommissionen zuzulassen, die auch über Lohnerhöhungen verhandeln dürfen. Lohnverhandlungen zwischen Gewerkschaften und Unternehmen sind offiziell verboten, Lohnerhöhungen können nur von der Regierung zugestanden werden. Dies wird zwar in der Privatwirtschaft immer wieder umgangen, indem Betriebe Zulagen bezahlen, die keine offiziellen Lohnerhöhungen darstellen, aber die Gewerkschaften fordern ihr zentrales Recht der Tarifautonomie zurück. Vor allem im großen staatlichen Sektor hat es seit Einsetzen des Plan Austral auch keine verborgenen Lohnerhöhungen gegeben.

Das einzige Zugeständnis war Ende 1985 eine allgemeine Lohnerhöhung um 5% und weitere an Produktivitätssteigerungen gebundene 5%. Dies gleicht aber bei weitem den Reallohnverlust des vergangenen Jahres nicht aus.

Die Regierung verläßt sich dabei einerseits auf ihre in den letzten Wahlen bestätigte Mehrheit und darauf, daß die Opposition kein alternatives Wirtschaftsprogramm anzubieten hat. Dies ist auch das grundlegende Problem der CGT: Wie ist es möglich, die Löhne zu erhöhen, die Wirtschaft anzukurbeln und gleichzeitig zu verhindern, daß dies wieder einen Inflationsprozeß in Gang setzt.

Als sich im Januar der Generalstreik ankündigte, startete Alfonsín eine politische Attacke gegen die Gewerkschaften. Mitten im eigentlich traditionell schläfrigen Sommermonat, wo alle, die es sich leisten können, vor allem aber alle Politiker sich vorwiegend in den modischen Badeorten befinden, beschäftigte sich Alfonsín aus heiterem Himmel sehr polemisch mit der Kommunistischen Partei Argentiniens. Diese reichlich unbedeutende Partei hatte in einem Dokument festgestellt, daß der bewaffnete Kampf nicht

unter allen Umständen auszuschließen sei. Vordergründig attackierte der Präsident dieses Dokument und bezeichnete die KP und dann gleich das ganze "linke" Spektrum als eine Gefahr für die junge Demokratie. Und ganz nebenbei wurde dann auch noch der Einfluß linker Gruppen auf die Gewerkschaften als Problem für die Demokratie erkannt. Dieser Einfluß ist nun nicht gerade groß, aber derartige Warnungen sind massenwirksam – die Erinnerung an die Zeit vor 1976 dient immer wieder als Stütze für die Regierung.

Mit einer anderen Rede anläßlich des geplanten Generalstreiks vom Januar beschwor er noch stärker die Gefahr einer "Destabilisierung" durch einen Generalstreik: Die Strategie der CGT sei vergleichbar mit dem "Rodrigazo", dem Generalstreik von 1975 gegen den damaligen Wirtschaftsminister Rodrigo – Vertreter eines harten Wirtschaftsprogramms zugunsten der Unternehmer –, der dessen Sturz und die schwere Regierungskrise der Regierung von Isabel Perón auslöste und – nach Meinung Alfonsíns – letztlich zum Militärputsch von 1976 führte. Die Warnung: Die Gewerkschaften dürften der Regierung nicht den "Arm verdrehen", sonst bestehe wieder die Gefahr eines Militärputsches.

Dies ist eine mittlerweile bekannte Taktik Alfonsíns: Mit dem Hinweis auf die Gefährdung der Demokratie durch "destabilisierende Elemente" – mal sind es die Militärs, mal die Gewerkschaften, mal linke Parteien – versucht er sich die Zustimmung auch zu seiner Wirtschaftspolitik zu sichern. Wer gegen die Politik der Regierung ist, ist gegen die Demokratie. Kein Zweifel, es gibt in den drei genannten Institutionen Elemente, die schon wieder – oder immer noch – ein, gelinde gesagt, sehr taktisches Verhältnis zu demokratischen Spielregeln haben. Die größte Gefahr geht dabei jedoch sicherlich vom Militär aus – der Institution, mit der Alfonsín am schonendsten umgeht. Aber einen Generalstreik zur Staatskrise hochzuspielen bedeutet auch, ein legitimes Kampfmittel der Arbeiter zu diskreditieren und ausgerechnet die demokratischen Gewerkschafter ins Abseits zu manövrieren.

DIE ZWICKMÜHLE DER CGT

Beide Generalstreiks dieses Jahres waren von der Beteiligung her ein Erfolg. Im Januar legte der Streik – nach Gewerkschaftsangaben – mehr als 90% des Wirtschaftslebens lahm. Die Innenstadt von Buenos Aires war wie ausgestorben, wozu vor allem die Beteiligung der Bahn- und Busfahrer beigetragen hatte. Auf eine Kundgebung hatte die CGT diesmal verzichtet. (Böse Zungen meinten, aus der wäre wohl auch nichts geworden. Bei 35 Grad Celsius und einem Freitag als Streiktag hätte man den Streik wohl zu einem verlängerten Wochenende genutzt.)

Im Februar lag die Streikbeteiligung mit etwa 80% – das Schwerkriegslager lag in den Industriegürteln von Buenos Aires, Córdoba und

Santa Fe - etwas niedriger, an der Kundgebung nahmen etwa 150 000 Menschen teil, also weniger als die etwa 200 000, die im August letzten Jahres beim Generalstreik auf die Straße gegangen waren.

Aber was ist aus den Forderungen geworden? Die wichtigsten Streikforderungen waren Lohnerhöhungen, die den Reallohnverlust des letzten Jahres ausgleichen sollten, Maßnahmen zur Wiederankurbelung der Wirtschaft, Zulassung von Tarifkommissionen, die auch über Lohnerhöhungen verhandeln können und ein zehnjähriges Moratorium der Zins- und Tilgungszahlungen für die fast 50 Mrd. Dollar Auslandsschulden.

Aus den Forderungen ist gar nichts geworden. Es gab weder Lohnerhöhung noch sonst ein Zugeständnis. Nach fünf Generalstreiks in zwei Jahren, die alle keine realen Erfolge brachten, müssen sich die argentinischen Gewerkschaften überlegen, wie sie aus der Situation herauskommen, daß ihre Streiks zwar die Unzufriedenheit ihrer Mitglieder ausdrücken und gut befolgt werden, aber ihre Forderungen nicht durchsetzbar scheinen.

MORATORIUM!

Im Februar tauchten anlässlich des bevorstehenden Besuchs des peruanischen Präsidenten Alan García Plakate in Buenos Aires auf: Ein kleiner Junge sagt: "Vaterland, gib mir bitte einen Präsidenten wie Alan García!" Das "peruanische Modell" ist zum Vorbild für die Diskussion in Oppositionsparteien und Gewerkschaften geworden. Nach der Methode: Was Peru kann, können wir doch auch, sehen CGT, Peronistische Partei und die Linke in einem Moratorium oder einer an die Exporterlöse gebundenen Zinszahlung für die hohen Auslandsschulden einen Ausweg aus der wirtschaftlichen Krise.

Die CGT hat die Forderung nach einem Moratorium zu einem ihrer Hauptziele erklärt. Organisationssekretär Aguiar der Gewerkschaft der staatlichen Arbeiter ATE (Asociación de Trabajadores del Estado) erklärte mir in einem Interview, warum sie in dieser Forderung ein Mittel zur Lösung der Wirtschaftskrise sehen (das Interview entstand bereits im Oktober 1985, ist aber auch heute noch gültig für die Haltung der ATE und auch der Mehrheit der CGT):

" Die Wirtschaftspolitik der Militärdiktatur führte zu einer Auslandsverschuldung von 50 Mrd. US-Dollar. Die haben nicht die Arbeiter verschuldet, sondern die Militärs. Und dabei weiß man nicht einmal so recht, wo das Geld hingeflossen ist. In anderen Ländern hat man mit dem geliehenen Geld Fabriken gebaut und den industriellen Apparat aktiviert. In Argentinien ist das nicht passiert. Heute weiß man, daß von den 50 Mrd. ungefähr die Hälfte - zwischen 25 und 30 Mrd. Dollar - außerhalb des Landes sind, z.B. auf schweizer Bankkonten.

Wir haben in diesem Jahr (1985) 30% unseres Lohnes verloren, und das keineswegs zum Nutzen unseres Landes. Diese 30% dienen dazu, die Auslandsschulden zu finanzieren. Wir werden zu einer Erspar-

nis gezwungen, die dazu dient, die Schulden zu bezahlen. Eigentlich müßten diejenigen die Schulden bezahlen, die sie verursacht haben. Aber sie haben ihr Kapital aus dem Land geschafft und lassen die Arbeiter bezahlen. (...)

Nach unseren Kalkulationen wurden zwischen Januar und Oktober 1985 allein an den Löhnen der staatlichen Arbeiter durch den Reallohnverlust 1 Mrd. Dollar für die Bezahlung der Schulden eingespart. Der Plan Austral ist unserer Meinung nach ein Wirtschaftsprogramm, das die Bezahlung der Auslandsschulden ermöglichen soll. (...)

Die jährlich 4 bis 5 Mrd. Dollar, die aus dem Land fließen zur Bezahlung der von den Militärs gemachten Schulden, sollen die Militärs bezahlen. ATE und CGT fordern ein Moratorium auf zehn Jahre. In diesen 10 Jahren soll das entsprechende Kapital in die nationale Industrie investiert werden, in höhere Löhne und damit eine Reaktivierung des Binnenmarktes. Mit höheren Löhnen werden die Leute die Möglichkeit haben, mehr Produkte zu kaufen, und damit wird es auch eine höhere Produktion geben."

Es ist allerdings sehr fraglich, ob die Gewerkschaften in absehbarer Zeit in der Lage sein werden, ihre Forderung durchzusetzen. Durch die Militärdiktatur, die Wirtschaftskrise und interne Auseinandersetzungen sind die Gewerkschaften heute sehr geschwächt. Aguiar sieht das auch realistisch. Er betrachtet die Forderung nach einem Moratorium als ein langfristiges Ziel, das erst einmal in der Bevölkerung einsichtig gemacht werden muß. Für die nächste Zeit sieht es eher düster aus. Was heute ansteht drückt er so aus " Wir sind auf das tiefste Niveau des gewerkschaftlichen Kampfes zurückgefallen, das die Arbeiterbewegung je hatte. In den 60er und Anfang der 70er Jahre kämpften wir um einen größeren Anteil am Volkseinkommen, um eine Einkommensumverteilung zugunsten der Arbeiter. Heute sind wir kaum noch in der Lage, für einen besseren Lohn zu kämpfen, sondern wir sagen: Bitte, schließt nicht noch mehr Fabriken, entlaßt nicht noch mehr Arbeiter."

CHILE/BRD

Heiner Geißler und die Menschenrechte — diesmal in Chile

Heiner Geißler hat unlängst eine großangelegte Menschenrechtskampagne der CDU gestartet. Es begann mit dem Nicaragua-Tribunal in Bonn, das darauf abzielte, die vorsichtige Unterstützung der SPD und der Sozialistischen Internationale für die Sandinisten zum Stoppen zu bringen. Im Januar folgte dann eine Dokumentantation zu den Menschenrechtsverletzungen in Chile.

Geißler war in den vergangenen zwei Jahren schon mehrfach dadurch aufgefallen, daß er sich medienwirksam für den inhaftierten Gewerkschaftsführer Rodolfo Seguel und andere inhaftierte Christdemokraten eingesetzt hat, so z.B. für den PDC-Vorsitzenden Gabriel Valdés.

Nun folgte eine richtige Dokumentantation über Menschenrechtsverletzungen in Chile. Heißt das nun, die CDU verurteilt Verstöße gegen die Menschenrechte sowohl in Nicaragua als auch in Chile, in Kuba wie in Paraguay?

Man sollte sich über Jeden und jede Gruppierung freuen, die sich für eine Verbesserung der Lage der Menschenrechte in Chile einsetzt, auch wenn dies legitimerweise mit parteipolitischen Interessen verbunden ist und die CDU natürlich andere gesellschaftspolitische Vorstellungen mit Chile verbindet als die Solidaritätsbewegung in der BRD. Ein ernstzunehmendes Engagement für die Verbesserung der Menschenrechtssituation in Chile muß jedoch einige notwendige Voraussetzungen erfüllen. Man kann zwar eine solche Kampagne im parteipolitischen Interesse durchführen, dies darf aber nicht zu einer Instrumentalisierung der Opfer im Sinne dieser Interessen führen. Aus Achtung vor den Opfern und als Voraussetzung für jegliche Glaubwürdigkeit sind Sorgfalt und Genauigkeit geboten. Die hiesige Öffentlichkeit sollte sich am Diskussionsstand in Chile, d.h. an den dort gesetzten Schwerpunkten orientieren. Schließlich müßten in der BRD durchgeführte Kampagnen mit den chilenischen Partnern koordiniert sein.

SACHLICHE FEHLER IN DER CDU-DOKUMENTATION

Es würde den Rahmen dieses Artikels sprengen, die vielen, für eine seriöse Dokumentation zu vielen sachlichen Fehler aufzuzählen, die auf sehr schlampige Übersetzungs- und Redaktionsarbeit schließen lassen. Um nur ein Beispiel zu nennen, liest man auf S.19, "ein Minister kommt"; ohne den spanischen Text an dieser Stelle

zu kennen, läßt sich schließen, daß im Original von einem "Untersuchungsrichter" die Rede sein muß. Derlei Fehler durchziehen die gesamte Dokumentation der CDU.

Auf S.17 heißt es, Leopoldo Muñoz de la Parra sei am 30. März 1985 gewaltsam getötet worden. L. Muñoz wurde zwar am 29. März bei der Entführung von Parada und Guerrero (s.u.) angeschossen und lag lange schwerverletzt im Krankenhaus. Die Solidaritätsbewegung befürchtete damals, die Sicherheitskräfte würden ihre Mordabsicht doch noch verwirklichen, und es kam zu einer großen internationalen Bewegung zu seiner Rettung. Auf jeden Fall ist Leopoldo Muñoz noch am Leben!!

Auf derselben Seite findet sich der Name von Tucapel Jiménez in einer Liste von in den Jahren 1984 und 1985 Getöteten. Tucapel Jiménez, der die große Hoffnung auf eine erfolgreiche Einigung der chilenischen Gewerkschaftsbewegung verkörperte, wurde im Februar 1982 ermordet.

Am 30.3.85 wurden die Leichen von José Manuel Parada Maluenda, Santiago Esteban Nattino Allende und Manuel Guerrero Ceballos gefunden. Ihnen waren auf grausame Weise die Kehlen durchgeschnitten worden. General Mendoza "trat sofort zurück", das will uns zumindest die CDU-Dokumentation weismachen (S.17). Juntamitglied Mendoza trat jedoch erst am 2. August zurück, als hohe Polizeioffiziere des Mordes an den drei "degollados" beschuldigt wurden. Die Interpretation einer 4-Monats-Frist als "sofort" läßt sich wohl nur vor dem Hintergrund des Verhaltens angeschlagener CDU-Minister verstehen...

INSTRUMENTALISIERUNG DER OPFER

Doch gerade in diesem Fall, der vor einem Jahr Schlagzeilen in der in- und ausländischen Presse machte, reicht die Feststellung von nachlässigen oder schlampigen Fehlern nicht aus. Denn in der CDU-Dokumentation wird im folgenden einmal nahegelegt, die drei Opfer seien von Gesinnungsgenossen umgebracht worden, und an anderer Stelle werden die Opfer plötzlich zu Polizisten. Eine solche Ungenauigkeit mit Namen ist nicht nur Schlamperei. Die gerade erwähnten Morde vom März 1985 stellten in den vergangenen Monaten den entscheidenden politischen Kristallisationspunkt für die Opposition dar, aber auch das Regime befand sich nach diesem Ereignis in einer seiner schwersten Stabilitätskrisen. Zum ersten Mal seit dem Putsch trat ein Junta-Mitglied aus einem solchen Grund zurück. Dies ist allerdings überhaupt noch kein Indikator für Rechtsstaatlichkeit, schließlich hat der Oberste Gerichtshof alle Anklagen in diesem Zusammenhang gegen hohe Polizeioffiziere erst einmal aufgehoben.

In der Broschüre der CDU, die diesen Fall relativ lapidar abhandelt, findet die Mordtat folgende abschließende Würdigung: "General Mendoza, der Polizeichef, der auch der Junta angehörte, trat

sofort zurück, wies jedoch den Vorwurf zurück, in die Verbrechen seien Polizisten verwickelt. Marinechef und Junta-Mitglied Merino sagte einschränkend, eine Beteiligung 'vom Kommunismus infiltrierter Sicherheitsbeamter könne nicht ausgeschlossen' werden. (FAZ vom 5.8.85 und Die Welt vom 12.8.85)".

Dies ist die einzige Stelle in der Dokumentation der CDU, in der rechtfertigende oder mißdeutige Stellungnahmen des Regimes unkommentiert stehen bleiben, alle anderen Äußerungen des Regimes werden durch Zitate chilenischer Menschenrechtsorganisationen in das richtige Licht gerückt. Weiterhin ist festzuhalten, daß Merino mit seiner Behauptung seinerzeit nicht die vorherige Aussage Mendozas einschränken wollte; hier liegt eine "aus dem Zusammenhang gerissene Zitierweise" vor. Das unkommentierte Zitat Merinos legt beim deutschen Leser den Schluß nahe, der Mord an den drei Kommunisten vom März 1985 könnte eventuell von Gesinnungsgenossen verübt worden sein, weil die Kommunisten wieder neue Opfer aus ihren Reihen zur Mobilisierung des Volkes brauchten. Solche Vorstellungen über Linke existieren ja tatsächlich in reaktionären Kreisen.

Diese Darstellungsweise der brutalen Verbrechen in der CDU-Dokumentation ist eine neuerliche Beleidigung der Opfer des Staatsterrors in Chile und beinhaltet einen ungeheuerlichen Zynismus. All dies läßt nur den einen Schluß zu: die CDU hat miserabel recher-



Die Ehefrauen der ermordeten Lehrer bei einer Demonstration ein Jahr nach der Tat: Noch immer sind die Schuldigen nicht bestraft worden!

chiert, falsch übersetzt und die Opfer im Sinne einer Kampagne mit ganz anderen Zielsetzungen instrumentalisiert. So heißt es auf der S.27 der Broschüre: "Im vergangenen Juli antwortete ... General Donoso P. auf die Vorwürfe, die gegen seine Fachleute José Manuel Parada, Manuel Guerrero und Santiago Nattino erhoben worden waren. In seinem Brief schrieb er: 'Was den Tod von Carlos Godoy E. betrifft, so belegen sämtliche verfügbaren Informationen...'." Die drei am 30. März ermordeten Kommunisten werden so kurzerhand zu "Fachleuten" der Polizei, die den Kommunisten Carlos Godoy ermordet haben sollen...

UNVERSTÄNDLICHE SCHWERPUNKTE DER DOKUMENTATION

Wie schon erwähnt, hat der Mord an den drei Kommunisten vom März 1985 im CDU-Papier keine angemessene Darstellung gefunden, der Fall zweier Bielefelder Frauen hingegen erscheint in breiter Aufmachung. Überhaupt nicht genannt wird der Überfall auf die deutsche Diakonin Doris Stahl, die in einen Polizeibus gezerzt und sexuell genötigt wurde. Kann man bis hierhin noch an Zufälle glauben (obwohl der letztgenannte Fall auch in Bundestag behandelt wurde), wird bei der Bewertung der Gewerkschaftsfreiheiten eine deutliche Tendenz erkennbar.

Auf S.10 wird in einer allgemeinen Einschätzung noch behauptet, das Nationale Arbeiterkommando CNT sei "das Zentrum der Proteste und treibende Kraft der sozialen Mobilisierung". Das ist zweifelsohne richtig. Was nicht in der Broschüre steht, ist die Tatsache, daß im CNT fortschrittliche christdemokratische mit linken Gewerkschaftern zusammenarbeiten. Es drängt sich die Vermutung auf, daß dies vielleicht der Grund dafür ist, daß in der CDU-Dokumentation die Repression gegen die CNT-Gewerkschafter nur beiläufig abgehandelt wird; nur die Verhaftung von Seguel, Bustos und anderen nach dem 4. September 1985 wird kurz erwähnt, obwohl doch gerade sie schon seit 1983 immer wieder verhaftet und angeklagt wurden, ihre Büros waren mehrfach das Ziel von Verwüstungsaktionen, ihre Konten wurden gesperrt, etc..

Warum wird dagegen in aller Ausführlichkeit ein Bericht der rechten Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte über die Verfolgung von Gewerkschaftern aus dem Jahre 1973(!) zitiert, über Gewerkschafter, die sich damals nicht zu schade waren, die Diktatur vor der ILO zu rechtfertigen und die heute noch dem Einigungsprozeß der chilenischen Gewerkschaftsbewegung im Wege stehen? Auch scheint es Absicht zu sein, daß kein Wort über Héctor Cuevas berichtet wird, den international bekannten Vorsitzenden der Bauarbeitergewerkschaft, der mehrfach inhaftiert, verbannt und exiliert wurde und im Oktober vergangenen Jahres starb. Héctor Cuevas war Kommunist. Ebenso wenig werden in der CDU-Broschüre die vielen Anklagen und Prozesse gegen seinen Nachfolger, Sergio Troncoso, aufgeführt, der 1983 zusammen mit seinen Kollegen so schwer gefoltert wurde, daß sich mehrere chilenische Bischöfe für die Aufklärung

der Folterungen und die Bestrafung der Verantwortlichen einsetzen. Auch Sergio Troncoso ist Kommunist.

DIE LEGITIMITÄT DES MILITÄRPUTSCHES

Wer wirksam für die Menschenrechte in Chile eintreten will, muß die völlige Illegitimität des Putsches vom 11.9.1973 erkennen. Wer heute noch die Rechtmäßigkeit der Machtergreifung durch die Militärs verteidigt, stellt sich damit gegen eine umfassende Zusammenarbeit aller Oppositionskräfte in Chile. Denn gerade diese Diskussion wird zwischen den chilenischen Christdemokraten, die inzwischen die Illegitimität des Putsches betonen und für eine Zusammenarbeit mit der Linken zum Sturze Pinochets eintreten, und der



Bei vielen Anlässen beherrscht das Militär noch immer das Stadtbild in Santiago

rechten Opposition geführt, die zwar eine andere Regierung will, aber unter Hinweis auf die prinzipielle Notwendigkeit des Putsches jede Zusammenarbeit der Christdemokraten mit der Linken verhindern will.

Die CDU-Dokumentation spricht aber nur von einem "Trugschluß" über den Charakter des Putsches, dem viele erlegen seien. Die chilenischen Christdemokraten halten den Putsch und ihre Zustimmung dazu heute für einen historischen Fehler; die deutsche Schwesterpartei ist dagegen noch immer nicht von der Position abgerückt, die ihr Abgeordneter Klein noch vor 18 Monaten mit dem Hinweis umrissen hat, die westliche Welt müsse Pinochet immer noch dankbar sein, daß er Chile vor dem Kommunismus gerettet habe.

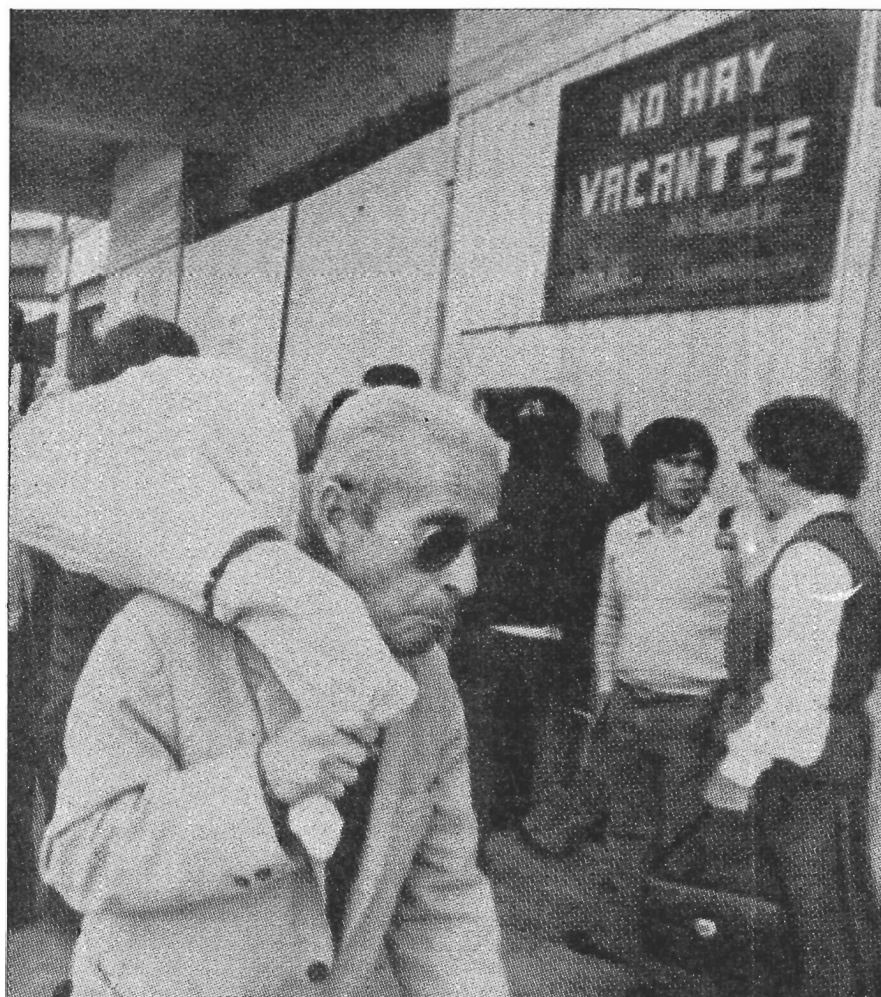
So darf es nicht verwundern, wenn dem Leser der CDU-Dokumentation an einigen Stellen eine Sprache begegnet, die an F.J. Strauß erinnert ("Wenn das Militär eingreift, ist das anders, als wenn die Franziskaner Erbsensuppe austeilten".) So heißt es auf S.10 über die Demokratische Volksbewegung MDP: Sie finden Unterstützung bei etwa 6-8% der Bevölkerung. Objektiv gesehen tragen diese Gruppen mit ihren Aktivitäten wohl zu einer Verlängerung der Diktatur bei, da sie die Notwendigkeit von 'Ordnung' und 'festem Zupacken' rechtfertigen helfen." Gegenüber der CDU vielleicht (die ja bei solchen Rechtfertigungen nicht gerade besonders anspruchsvoll ist) in Chile glaubt dies mittlerweile niemand mehr. Ein Versuch des Regimes, der bürgerlichen Opposition eine Debatte über die 'terroristischen Ziele und Methoden' des Mir aufzuzwingen, ist vor kurzem fehlgeschlagen. Die Opposition hat geschlossen geantwortet: "Die Alternative heißt nicht: Ich - Pinochet - oder das Chaos, sondern Diktatur oder Demokratie!"

Was die Herren von der CDU endlich zur Kenntnis nehmen sollten: Wer wirklich eine Verbesserung der Menschenrechtssituation in Chile will, muß den Sturz Pinochets wollen. Dazu muß man die dortigen Mehrheitsverhältnisse zur Kenntnis nehmen und aufhören, Wunschbilder zu malen, die einem zwar gut in den Kram passen, aber nicht der Wirklichkeit entsprechen. Im vergangenen Jahr haben in unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen Wahlen stattgefunden, keine allgemeinen, repräsentativen Wahlen, aber immerhin haben die Studenten, Arbeiter, Ärzte, Pobladores und andere über die Zusammensetzung ihrer jeweiligen Vertretungen abstimmen können. Diese Wahlen haben gezeigt, daß die bürgerliche und die linke Opposition jeweils etwa 35% der Stimmen auf sich vereinigen können. Nur gemeinsam verfügen sie über die Mehrheit...

EINENGUNG DES MENSCHENRECHTSBEGRIFFES

Niemand wird erwartet haben, daß sich die CDU mit ihrem Menschenrechtsbericht in das Lager der Solidaritätsbewegung begeben würde. Immerhin, könnte man sagen, trotz aller ihr unterlaufenen Schlamereien und gravierenden Fehler bekennt sich diese Partei heute zu einer Verurteilung der Menschenrechtsverletzungen in Chile.

Die CDU hat jedoch einen ganz wesentlichen Bereich außen vor gelassen, der zur Beurteilung der Lage in Chile von grundlegender Bedeutung ist: die systematische Verletzung der sozialen Menschenrechte im Chile Pinochets. Die Wirtschaftspolitik der Militärdiktatur hat zu einem völligen Ausverkauf der nationalen Industrie geführt. Aufgrund der Öffnung der Volkswirtschaft gegenüber dem Weltmarkt und der daraus resultierenden Importschwemme billiger Waren aus dem Ausland sank z.B. die Zahl der beschäftigten Textilarbeiter von 500.000 auf 50.000, die Folge ist die längste Massen-

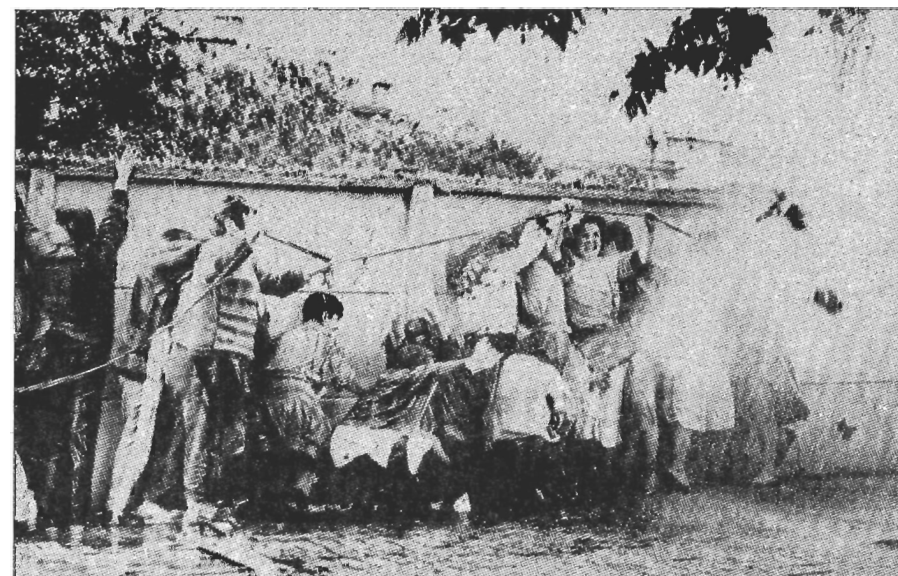


Keine Stelle frei: Die wachsende Arbeitslosigkeit zwingt viele Chilenen in bisher unbekanntes Elend

arbeitslosigkeit in Chile: gut 30% der arbeitsfähigen Bevölkerung sind z.Zt. ohne Anstellung. Das Recht auf bezahlte Arbeit gibt es also in Chile nicht mehr.

Darüber hinaus mußten auch die "Privilegierten", die noch einen Arbeitsplatz haben, einen im Vergleich zu 1973 um über die Hälfte reduzierten Reallohn hinnehmen. Heute kann sich ein einfacher Arbeiter, der das gesetzliche Mindesteinkommen bezieht, nur noch ein Drittel der lebensnotwendigen Güter kaufen. Erstmals seit Jahrzehnten ist im Chile Pinochets wieder das Problem der Unterernährung in massiver Form aufgetreten. So entstanden in den vergangenen Jahren die allseits bekannten Kinderspeisestätten, die von Solidaritätsbewegungen und humanitären Organisationen der ganzen Welt unterstützt worden sind.

Nur vor diesem Hintergrund ist die anhaltend brutale Repression auch nach zwölf Jahren Unterdrückung zu verstehen. Ein solches System läßt sich nicht auf freie Wahlen gründen, in Anbetracht einer Politik der Ausbeutung des Volkes läßt sich kein Konsens der Betroffenen erzielen. Selbst das verdummende und manipulierende Fernsehen kann da nicht ausreichend nachhelfen. Darum läßt sich die Repression auch nicht mit Sadismus und Foltersucht erklären, sie ist für die Aufrechterhaltung des Regimes von elementarer Bedeutung. Gegen einige Symptome zu protestieren hat sich die CDU nun durchgerungen, von ihr jedoch Kritik an den Ursachen zu erwarten ist allerdings zuviel verlangt.



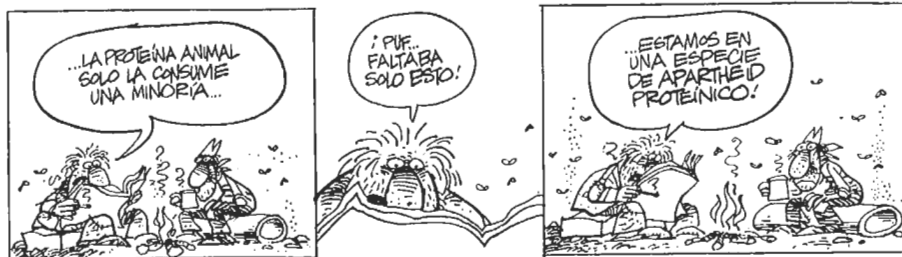
Die Repression der Polizei- und Militärkräfte macht auch vor demonstrierenden Frauen und Kindern nicht halt

WARUM ERST HEUTE EINE MENSCHENRECHTSBROSCHÜRE?

Warum äußert sich die große deutsche Partei erst jetzt zu den Menschenrechtsverletzungen in Chile? Es bleibt wohl noch zu fragen, warum die CDU nun doch von der Position eines von Hassel, Gewandt und Heck abrückt, denen 1973 nichts anderes einfiel, als sich zur schönen Sonne über dem Stadion auszulassen, das als Konzentrationslager mißbraucht wurde. Warum hat die CDU nie etwas zu den Ereignissen jener Zeit gesagt, als in Chile über 20.000 Menschen ermordet, 750-2000 verschleppt und Tausende in den KZ's eingesperrt, gefoltert und ermordet wurden?

Warum rückt die CDU heute ab von F.J. Strauß, der 1977 im gleichen Jahr in Chile war wie die SPD-Abgeordneten H. Däubler-Gmelin, E. Waldemath und H.J. Hoffmann? Diese wurden seinerzeit von der Junta als "ausländische Spione" beschimpft, die die "Vaterlandsverräter im Solidaritätsvikariat" besuchten, während Strauß nur wenige Monate später die Militärdiktatur hofierte. Wieso ließ die CDU 1979 Prof. D. Blumenwitz aus Würzburg an der Ausarbeitung der faschistischen Verfassung Pinochets mitarbeiten und kritisiert erst heute die Auswirkungen dieses ermächtigenden Grundgesetzes?

Wer den Sturz Pinochets will, muß eine Zusammenarbeit dieser beiden Oppositionsblöcke anstreben und aufhören, die chilenischen Sozialisten und Kommunisten, die auf eine lange demokratische Tradition zurückblicken können, mit bundesdeutschen politischen Begriffen wie "Linksextremisten" zu betiteln. Eine solche Diffamierung ist bar jedes politischen Inhalts und verdeutlicht wohl am ehesten die Provinzialität dessen, der solche Begriffe benutzt. Und die CDU sollte tunlichst vermeiden - wie sie dies jüngst in Bonn wieder versucht hat -, einem führenden Vertreter der Christdemokratischen Jugend Chiles die Zusammenarbeit mit den linken Kräften in ihrer Heimat verbieten zu wollen. Nur durch das Zusammenwirken aller Oppositionskräfte in Chile kann Pinochet gestürzt werden; dies ist die notwendige Voraussetzung dafür, daß sich dann nicht nur die CDU nicht mehr um die Lage der Menschenrechte in diesem lateinamerikanischen Land Sorgen zu machen braucht.



Nur eine Minderheit nimmt tierisches Eiweiß zu sich... Ach, das hat gerade wir haben eine Art Eiweißapartheid! noch gefehlt!

CHILE

Drängen — nicht stürzen!

Die Reagan-Administration hat sich entschlossen, Druck auf das Pinochet-Regime auszuüben, um den "Übergang zur Demokratie" voranzubringen - sichtbarstes Signal dafür ist das Verhalten des US-Vertreters auf der diesjährigen Tagung der UN-Menschenrechtskommission, bei der die USA entgegen ihrer bisherigen Enthaltensamkeit für eine Verurteilung der chilenischen Diktatur wegen ihrer Menschenrechtsverletzungen votierten.

Der Druck auf Pinochet fand seine Fortsetzung in einem (nicht veröffentlichten) Brief Reagans an Pinochet sowie einer Äußerung Außenminister Shultz' in Rom Ende März, als er "Chile, Paraguay, Nicaragua und Cuba" wenn auch nicht in einem Atemzug, so doch in einem Satz als Diktaturen klassifizierte.

Bisher behauptete die US-Regierung, in Sachen Menschenrechte die "stille Diplomatie" gegenüber Chile zu verfolgen - so unsichtbar wie die Schritte, die sie unternahm, blieben auch deren Folgen... Eine Änderung dieser Haltung deutete sich bereits letztes Jahr an, als das US-Außenministerium mit Botschafter Barnes einen Mann schickte, der demonstrativ Kontakt auch mit der chilenischen Opposition aufnahm und sich an einer kirchlichen Prozession zur Wahrung der Menschenrechte mit einer Kerze beteiligte. Der Botschafterwechsel läßt darauf schließen, daß es auf Seiten der USA sich nicht um eine rasche Reaktion auf den unvorhergesehenen Abgang ehemals treuer Freunde - Duvalier und Marcos - handelt; eher scheint, daß die Richtung des State Department nun auch von Reagan erkennbar unterstützt wird; Reagans Brief (HOY 454) berühre im wesentlichen zwei Punkte: es sei Sache der Chilenen, ihr politisches Problem zu lösen, eine schnelle Lösung sei notwendig. Ob der nur "durchgesickerte" Briefinhalt tatsächlich eine Interpretation erlaubt, "Sache der Chilenen" bedeute, das Pinochet-Regime sei zur Lösung des Problems (aus US-Sicht) nicht fähig, muß offenbleiben. Jedenfalls verwahrte sich die Pinochet-Regierung in Santiago vehement gegen Einmischungen von anderen, so

mächtig sie seien, und einer seiner engsten Vertrauten, Santiago Sinclair, Pinochets Stellvertreter als Oberkommandierender des Heeres, sagte Ende März eine Einladung des Pentagon zum USA-Besuch ab.

Was aber bezweckt Washington mit seiner veränderten Haltung - zielt es etwa auf Pinochets Sturz? In einem längeren Interview läßt sich der großbürgerliche "Mercurio" Reagans neue Politik von Susan Kauffman verklickern, die zu Ende der Carter-Regierung und zu Beginn der Reagan-Regierung zum Politischen Planungsstab gehörte. Danach hätten sich die Erwartungen der USA auf einen Übergang zur Demokratie in Chile nicht erfüllt, und das Ausbleiben konkreter Schritte lasse bezweifeln, daß er für '89 wirklich von Pinochet gewollt werde. Die neue Haltung der USA solle Pinochet dazu drängen, solche konkreten Schritte endlich in Angriff zu nehmen (Parteien- und Wahlgesetze). Denn wenn das nicht rechtzeitig geschehe, wenn Pinochet über '89 hinaus bleiben wolle, dann könnte das zu einer Polarisierung in Chile und zur "marxistischen" Gefahr führen.

Deshalb: drängen? Ja! Aber gleich stürzen...?



„Hallo, Pino, wir warten auf dich!“

Zeichnung: Schoenfeldt

Nachdruck aus: DER TAGESSPIEGEL, Berlin, 27. 2. 1986

Protestkampagne gegen Bombenfabrik in Nordchile

SERPAJ-Gruppen aus Antofagasta, Iquique und Arica organisierten im April eine gemeinsame Aktionswoche (21.-26.4) gegen den Rüstungsbetrieb 'Cardoen' in Iquique, wo sich am 25.1.86 eine Explosion ereignet hatte, bei der 29 Arbeiter getötet und viele andere verletzt wurden.

Abgesehen von unzumutbaren Arbeitsbedingungen (12-Stunden-Tag; keine Sicherheitsvorkehrungen) und der Gefährdung der städtischen Bevölkerung, die von der im Wohngebiet gelegenen Fabrik ausgeht, ist das Unternehmen bzw. deren gewinnmachender 'Präsident' Carlos Cardoen zudem - wen wundert's - besonders skrupellos: die dort produzierten, von der UNO als besonders grausam verurteilten "Traubenbomben", die großflächig Schaden anrichten, werden gleichermaßen an den Iran und Irak verkauft.

Über die verschiedenen Gruppen der Kinderhilfe Chile bat Serpaj um Unterstützung der Kampagne von Deutschland aus: in Form von Protestbriefen soll die Schließung der Fabrik sowie die völlige Aufklärung der Umstände der Explosion verlangt werden. Da anzunehmen ist, daß die Kampagne für die Schließung der Fabrik über den Monat April hinaus andauern wird, schließen sich die LN dem Aufruf an.

Bitte schreibt Briefe an:

- Sr. Carlos Cardoen Cornejo, Industrias Cardoen Ltda., Barrio Industrial, Iquique, Chile;
- General Gastón Frez, Intendencia de la Primera Región, Iquique, Chile;
- Magistrado Hernán Olate Melo, Corte de Apelaciones de Iquique, Chile.

Informationen von Serpaj (=Dienst für Frieden und Gerechtigkeit) /Centro de Estudios Aine, Casilla 518, Iquique; Solidaridad auf Deutsch.

BRASILILIEN

Stabilität statt Marktwirtschaft

Die neue Republik hat Geburtstag. Ein Jahr ist sie alt geworden, und zu diesem Anlaß hat sie sich selbst ein Riesenpaket geschenkt, das "Pacotão". Darin befinden sich eine Reihe von Wundermitteln, die die kränkelnde Wirtschaft und Gesellschaft Brasiliens wieder fit machen sollen.

Als der indirekt gewählte aber noch nicht vereidigte Präsident Neves vor einem Jahr im Sterben lag, konzentrierten sich alle Hoffnungen auf diese Person, weil viele Brasilianer nur ihm zutrauten, das Land nach 21 Jahren Militärdiktatur politisch demokratisieren und ökonomisch sanieren zu können. Diese Hoffnungen schienen zunichte, als Tancredo Neves kurz darauf starb und der Vicepräsident Sarney das Amt übernahm, der bis kurz zuvor selbst noch unter der letzten Militärregierung hohe Ämter innehatte. Diese Skepsis gegenüber Sarney schwächte zunächst die relativ starke politische Position des Präsidenten und führte zu einer Aufwertung des Kongresses und der dort vertretenen politischen Parteien. Allmählich konnte Sarney jedoch seine verfassungsmäßig starke Position wieder zurückgewinnen, nicht zuletzt auch durch das Fehlen einer entsprechenden parlamentarischen Struktur und Tradition. Und schließlich hatte Sarney auch alle von Tancredo verkündeten Verpflichtungen für seine eigene Regierung übernommen, und sich somit zu seinem Testamentsvollstrecker gemacht.

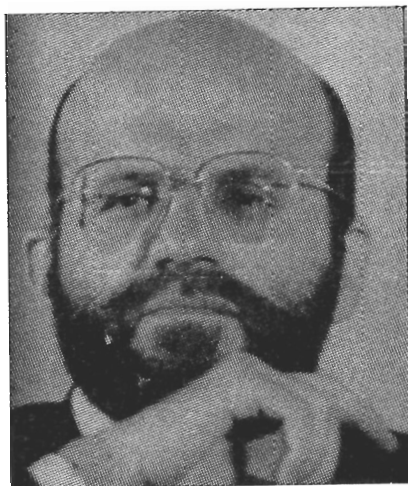
Tancredos Programm sah indessen keinerlei radikale Veränderungen in der Gesellschafts- und Wirtschaftsstruktur vor. Die sehr breit angelegte Koalition, die seine Wahl überhaupt erst ermöglicht hatte, war so heterogen, daß sich nie eine Mehrheit für unpopuläre Maßnahmen gefunden hätte. So verwundert es auch nicht, daß die Regierung Sarney auch nicht annähernd an die erwarteten Verbesserungen für die Bevölkerung herankam. Im Gegenteil: zwar verhießen die Wirtschaftsdaten des Jahres 1985 eine Stabilisierung, doch die Inflation wuchs immer schneller, so daß für den einzelnen Lohnabhängigen von Stabilität nichts zu spüren war, das Paradies, das mit der Demokratisierung kommen sollte, blieb auch weiterhin verschlossen. Die Wahlen vom November 1985, bei denen die Bürgermeister der Haupt- und Großstädte gewählt wurden, reflektierten eine gewisse Unzufriedenheit mit den in Brasília Regierenden. Sieht man mal vom Sonderfall Sao Paulo ab, wurde tendenziell links von jenen gewählt, die bereits in Regierungsverantwortung sind. Vor allem die Partei

des Präsidenten Sarney, die PFL, liberalkonservativ und überwiegend aus früheren PDS-Mitgliedern bestehend, schnitt sehr schlecht ab – obwohl Sarney selbst schon erheblich an Vertrauen in der Bevölkerung gewonnen hatte.

Dennoch hat die Regierung Sarney versucht, schrittweise an kleinen Veränderungen zu arbeiten. Manche Versuche haben dabei viel Aufregung erzeugt und relativ wenig Wirkung – wie etwa die Agrarreform. Andere Versuche sind fast völlig unbemerkt geblieben, haben aber trotzdem einen enormen Nutzen gebracht – zum Beispiel der Bruch mit dem Internationalen Währungsfonds, Ende 1985. Da aber 1986 erneut ein Wahljahr ist, in dem der Kongreß (Bundesabgeordnete und Senatoren) sowie die Gouverneure neu gewählt werden, wurde für Sarney immer klarer, daß für die Sicherung seiner politischen Position in Brasília andere, drastischere Maßnahmen ergriffen werden mußten. Dies um so mehr, als das Jahr 1986 mit neuen Rekordhöhen der Inflation begann. Hochrechnungen auf der Basis der Daten von Januar und Februar kamen zu Schätzungen zwischen 500% und 1000% für 1986. Um eine Wende dieser Entwicklung einzuleiten, begann Sarney im Februar mit einer Regierungsumbildung. Von den 26 Ministern blieben nur zehn im Amt, wobei es sich durchweg um "rechte" Politiker handelte. Die "Linke" der PMDB wurde dann durch solche ersetzt, die dem Präsidenten ideologisch näher stehen, so daß das politische Spektrum der Regierung der Neuen Republik auch personell erstaunlich viele Ähnlichkeiten mit der "alten" aufweist. Diese Veränderungen sind übrigens mit großer Gelassenheit aufgenommen worden. Sicher auch ein Hinweis für Sarney, daß auch weitere Veränderungen ohne Widerstand akzeptiert würden, zum Beispiel ein Wirtschaftspaket.

O PACOTAO

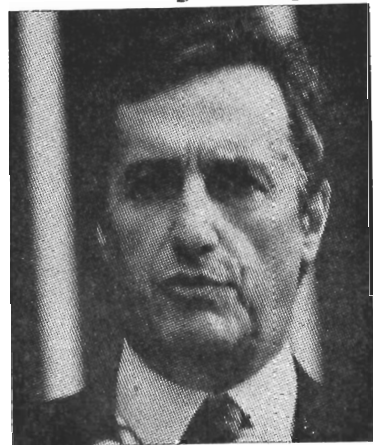
Entgegen früheren Erfahrungen, daß bei bevorstehenden Wirtschaftsmaßnahmen Löcher im Informationsnetz waren, wurde das Gesetzesdekret Nr. 2'283 bis zuletzt geheimgehalten. Gut vorbereitet von einer Equipe, die als fachlich kompetent gilt und nicht aus politischen Erwägungen entstand, kam das Wirtschaftspaket vor allem konsequenter und radikaler, als viele es erwartet hatten. Während die als Währungsreform bezeichnete Abschaffung des Cruzeiro und dessen Substituierung durch den Cruzado (1000 Cruzeiro = 1 Cruzado) eher als Kosmetik angesehen werden kann, ist das Herzstück des Paketes der Preis- und Lohnstopp. Durch ihn wird auch ein Stopp der Inflation erwartet. Außerdem ist in dem Paket auch eine alte Forderung der Arbeiter aufgenommen, die Schaffung einer Arbeitslosenversicherung.



Die Paket - Macher: Planungsminister Sayad, Präsident Sarney ...

ERSTE AUSWIRKUNGEN

Auch das Wirtschaftspaket wurde von den Brasilianern mit Gelassenheit aufgenommen. Weder Hamsterkäufe noch Produktionsstopps noch Flucht in den Dollar wurden in großem Maße registriert. Dennoch war nicht von vornherein klar, wie weit die Maßnahmen gingen und wie rigoros die Regierung sie durchsetzen würde. Zunächst wurden alle Preise vom Tag der Gültigkeit des Dekrets eingefroren. Darüberhinaus wurde eine große Liste (O Listao) veröffentlicht, in der ca. 500 Artikel und Produkte preislich fixiert wurden. Dabei wurden auch Preissenkungen vorgenommen. Nun hat es auch schon früher



... und Finanzminister Funaro

selbstaufgelegte Preisstopps der Supermarktketten gegeben, jedoch ohne nennenswerten Erfolg. Jetzt aber tritt die SUNAB (Superintendencia Nacional de Abastecimento - Nationale Behörde für Versorgung) in Aktion. Diese Institution, die schon früher existierte, geriet nun täglich in die Schlagzeilen, denn dort sollen Verstöße gegen die sogenannte "Economia Popular" angezeigt werden. Die SUNAB prüft diese Anzeigen und kann Verstöße mit Geldstrafen oder Verhaftungen ahnden. So sind immer wieder Supermärkte für ein paar Tage geschlossen, weil dort eine "remarcacao" von Preisen vorgenommen

wurde, oder es werden Geschäftsführer verhaftet. Da die Preise nun tatsächlich stabil sind, lohnt es sich jetzt auch, Preise zu vergleichen, eine Mühe, die sich früher kaum jemand gemacht hat, weil in der Zeit des Preisvergleichs die Preise schon wieder gestiegen sein konnten. Alltätlich ist inzwischen die Szene im Supermarkt, wo jemand neben dem Einkaufszettel auch die "Listao" dabei hat, um zu sehen, ob der Preis korrekt ist. Kein Wunder also, daß die breite Bevölkerung die Maßnahmen der Regierung begrüßt, und viele auch weiterhin "Fiscal do Presidente" (Kontrolleur des Präsidenten) spielen. Das Ergebnis des ersten Monats mit dem Wirtschaftspaket ist bemerkenswert. Zwar hat es vereinzelt Versorgungsengpässe gegeben, weil Hersteller oder Händler Waren zurückgehalten haben, doch ist ihr Umfang relativ unbedeutend. Was aber dem Programm Recht zu geben scheint, ist die Tatsache, daß die Inflation verschwunden ist. Für den März wurde, auch vom gewerkschaftsorientierten Statistikinstitut DIEESE, ein Rückgang der Verbraucherpreise von 1,8% registriert und damit ein bisher in Brasilien unbekanntes Wort eingeführt: Deflation.

Während die Bevölkerung in großem Umfang das Pacotao unterstützt, waren Parteien und Gewerkschaften zunächst etwas sprachlos. Nicht daß sie grundsätzliche Kritik daran zu üben hätten; im Gegenteil, von rechts bis links findet das Programm Zustimmung. Sprachlos sind sie vielmehr deswegen, weil sie es selbst nicht geschafft haben, dieses Programm durchzusetzen oder eine Bewegung dafür zu schaffen oder zumindest einen Entwurf für ein solches Programm zu entwickeln. In gewisser Weise sind Parteien und Gewerkschaften von diesem coupartigen Vorgehen überrascht und zugleich beschämt, daß ein so populäres Programm von einem konservativen Präsidenten dekretiert wurde. Und jetzt, wo es schon Gesetz ist, fällt es den Gewerkschaften schwer, darauf hinzuweisen, daß ja durch einen Lohnstopp auch gleichzeitig gesellschaftliche Ungerechtigkeiten festgeschrieben wurden, gerade so, als ob das jetzige Lohn - Preis - Verhältnis ein ideales wäre.

Das Beispiel des Pacotao hat gezeigt, daß die demokratischen Strukturen in Brasilien noch recht schwach entwickelt sind. Die gesellschaftlichen Interessengruppen waren in diesem Fall nicht in der Lage oder vielleicht auch nicht willens, ihre Interessen wirklich durchzusetzen. Stattdessen wird auf einen starken Mann vertraut, der mit mutigen Entscheidungen Dinge verändert und Probleme löst. Wenn die Regierung dekretiert und das Volk jubelt, kann das in diesem Fall tatsächlich berechtigt sein, es kann aber auch fatale Folgen haben. Sarney hat noch weitere große Projekte vor, die er vor den Wahlen im November auf den Weg bringen will: das Weiterführen der Agrarreform und die neue Verfassung. Es wäre

kaum wünschenswert, wenn er das alles im Alleingang machen würde. Doch die politische Stimmung im Land deutet nicht darauf hin, daß sich die Brasilianer vorläufig mit allzu viel Politik belasten wollten, die meisten blicken schon jetzt nach Mexiko, denn ihr Projekt heißt: "Copa 86".



Droht Brasilien ein Bhopal durch BAYER?

Deutsche Konzerne erzielen Extraprofite in Brasilien (und auch anderswo: Südafrika, etc.), indem sie ungenügende Arbeits- und Umweltgesetze ausnutzen bzw. nicht einmal diese einhalten. Nur in sehr wenigen, besonders krassen Fällen gelangen die Klagen der Betroffenen über unmenschliche und schikanöse Behandlung am Arbeitsplatz, Umweltvergiftung durch die Produktion und den Absatz gefährlicher Produkte zu uns.

Wie Bayer mit seiner Produktion, die in der BRD verboten wäre, tagtäglich die Menschen und die Umwelt in Belford Roxo vergiftet und eine Katastrophe wie in Bhopal riskiert, dokumentiert der nachstehende Auszug aus einem Brief des Arbeitskreises 3. Welt Recklinghausen an BAYER, die Bundesregierung und die Medien.

Nachdem uns im November 1985 die BAYER AG mit einem Schreiben alle Bedenken gegen den hohen Einsatz von Agrargiften in Ländern der Dritten Welt nehmen wollte, erreichte uns nun ein Hilferuf aus Brasilien, der Sie alle alarmieren sollte. Lassen Sie uns kurz die Situation in Belford Roxo schildern:

"Wir kämpfen hier gegen die Vergiftung unserer Luft und unseres Wassers", so überschreiben die Einwohner der Stadt ihren Kampf gegen die Umweltverschmutzung, die von dem örtlichen BAYER-Werk ausgeht. Sie wenden sich gegen eine Fabrik, die ihr Leben einer großen Gefahr aussetzt und die Produkte herstellt, von denen es in Brasilien zu viele gibt. In einem Flugblatt kritisieren Vertreter der örtlichen CARITAS das Vorgehen der BAYER Fabrik: "In Belford Roxo produziert BAYER flüssige und gasförmige Agrargifte, von denen viele in reichen Ländern verboten oder in der Anwendung beschränkt sind (wie DDT, Parathionäthyl, Parathiometyl und Trichlorphos). Diese Produkte sind hochgiftig und verursachen schwere Wirkungen auf die Umwelt und die Gesundheit von Menschen, Tieren und Pflanzen. In Belford Roxo produziert BAYER auch MDI, ein verwandtes Produkt von MIC, das in Indien im Dezember 1984 mehr als 4000 Menschen tötete und 37800 verwundete. Um MDI zu produzieren, benutzt BAYER andere extrem giftige und gefährliche Stoffe wie Phosgen, ein Gas, das als Waffe im Krieg entwickelt und benutzt wurde, um im Zweiten Weltkrieg Tausende von Menschen zu töten. Hohe Konzentrationen dieses Gases verätzen die Lungen und verursachen einen plötzlichen Tod durch Erstickern. Das Risiko einer Vergiftung der Bevölkerung durch einen plötzlichen Unfall existiert (vgl. Indien), und niemand kann das bestreiten. Genau so schwer wiegt die tägliche Vergiftung, die wir erleiden, wenn wir Wasser trinken oder das Gas einatmen, das Firmen wie BAYER in die Luft bringen."

Die Klagen der Anwohner sind berechtigt. Zwei kleinere Lecks hat es schon gegeben, das belegt eine Dokumentation des unabhängigen Instituts IBASE. Bei einem größeren Leck oder einer Explosion wäre eine Evakuierung der Bevölkerung unmöglich. Eine Katastrophe wie in Bhopal wäre die Folge. Aber auch ohne eine solche Katastrophe gestaltet sich die Lage in Belford Roxo dramatisch genug. Der Fluß Sarapui in der Großstadt ist biologisch tot. Viele Anwohner klagen über Beschwerden wie Kopfschmerzen, Erbrechen und Husten und über den Gestank aus dem Werk. In einer Broschüre des BAYER-Konzerns werden die oben erwähnten Stoffe nicht einmal erwähnt! Für BAYER aber ist die Produktion von Pestiziden und anderen Chemikalien in Belford Roxo ein lukratives Geschäft, denn Brasilien ist der größte Abnehmer von Pestiziden in Lateinamerika, zum Nachteil der Natur und der Bevölkerung: intensive Verwendung von Pestiziden und chemischen Düngemitteln erhöht auf lange Sicht nicht die Erträge, sondern macht abhängiger von der Produktion der Chemieindustrie, schädigt und tötet Menschen und zerstört die Natur! Frederico Füllgraf, ein bekannter Fernsehjournalist in Brasilien, hat Anwohner des Werks befragt; sie klagten fast ausnahmslos über Augenbrennen, Kopfschmerzen, Magenbeschwerden, Hautkrankheiten. Dazu kommen vermehrte Infektionskrankheiten, verursacht durch die Abwässer des Flusses Sarapui, in den die BAYER-Abwässer geleitet werden. Der Fluß ist stark verseucht, die Anwohner berichten über eine rote Färbung, die manchmal tagelang anhält, über Gestank, Ratten und das vermehrte Auftreten von Moskitos (Malaria-gefahr!).

Nach ständig beschwichtigenden Briefen durch die BAYER-AG und nach nach der skandalösen Deckung durch das Landwirtschaftsministerium, das dem Einsatz von Agrargiften trotz zunehmenden Protesten auch noch immer das Wort redet, ist es nun an der Zeit, bundesweit den Widerstand gegen diese Menschenrechtsverletzungen durch BAYER in Brasilien zu wecken.

Wir fordern von Ihnen, sehr geehrte Damen und Herren der BAYER-AG, die sofortige Einstellung gefährlicher und überflüssiger Produktion in Belford Roxo; Phosgen darf unter diesen Umständen nicht länger im Produktionsprozeß eingesetzt werden; die Verlagerung riskanter und überflüssiger Produktion in die Dritte Welt muß aufhören!

Die Vertreter der Regierung bitten wir, über noch schärfere und greifendere Maßnahmen in Richtung Exportverbot von Agrargiften und über Auflagen gegen Produktionsverlagerung in Zusammenarbeit mit der brasilianischen Regierung und internationalen Verbänden nachzudenken!

KOLUMBIEN

»Schmutziger Krieg« am Rande der Wahlen

WAHLERGEBNISSE: AUFSCWUNG FÜR DIE LIBERALEN

Die Wahlen zum Kongreß, zu den Regional- und Kommunalparlamenten am 9. März wurden zu einem eindeutigen Erfolg für den "offiziellen" (rechten) Flügel der Liberalen Partei. Die Vertreter des "Liberalismo Oficialista" erreichten über 50% der Wählerstimmen. Die Konservative Partei mußte sich mit 38% des Wählerstimmens begnügen.

Obwohl eine überdurchschnittlich hohe Wahlbeteiligung erwartet worden war, gingen am Abstimmungstag doch nur zwischen 40 und 50 Prozent der Wahlberechtigten zu den Urnen. - Die Neuen Liberalen ("Galanistas"), eine Mitte-Links-Abspaltung der Liberalen Partei, waren erneut mit eigenen Listen zu den Wahlen angetreten. Sie erreichten jedoch lediglich 8% der Stimmen. Von ihrer Mutterpartei wurden sie bezichtigt, durch die Spaltung der Konservativen Partei in die Hände zu arbeiten. (Vergleich mit den Wahlergebnissen vom März '82: Liberale (ofic.): 45,5% - Konservative: 40,6% - Neue Liberale: 10,9%)

Im allgemeinen werden die Kongreßwahlen im März als Stimmungsbarometer für die Präsidentschaftswahlen im Mai bewertet. Nach den jetzigen Prognosen hat demnach Virgilio Barco Vargas, Kandidat der "offiziellen" Liberalen, die besten Aussichten, 1986 - 90 kolumbianischer Präsident zu werden.

Virgilio Barco V. ist ein farbloser Politiker, der sich in den Rängen seiner Partei und mit internationalen Posten (u.a. Weltbank) hochgedient hat. Weder ist er ein guter Redner, noch hat er sonstige herausragende politische Qualitäten. "Das Schlimmste an Barco ist nicht, mit wem er ist, sondern einfach, daß Barco Barco ist!" witzelte der Journalist A. Caballero hinsichtlich des fehlenden politischen Profils des potentiellen liberalen Präsidenten (El Espectador 5.3.86). - In seinem politischen Stil wird Barco meist mit Parteifreund und Ex-Präsident Turbay Ayala verglichen. Dieser hatte sich durch seine Korruptions- und Repressionsfreudigkeit ausgezeichnet. Bei einer Journalistenbefragung im Zuge des Wahlkampfes "träumte" Barco davon, die Delinquenz durch "einen Polizisten pro Straßenecke" und Arbeitslosigkeit durch die Aufnahme der Microchip-Produktion abzuschaffen (Fernsehsendung El Juicio, 2.3.86).

Mit der Parole "Die Revolution heißt Entwicklung!" versucht Alvaro Gomez Hurtado, Präsidentschaftskandidat der Konservativen Partei, die potentiellen Wähler von seiner Kompetenz und Allmacht zu überzeugen. Er gab sich volkstümlich: "Jemand muß Kolumbien retten! Ich bin der Mann!" "Auch ich bin arbeitslos. Gebt mir Arbeit!" - Sein Wirtschaftskonzept, das auf "Modernisierung" baut, ist vom neo-liberalen Geiste inspiriert (geringe Staatsintervention, Öffnung der Märkte, Förderung von Privatinitiative) und steht in Einklang mit US-Interessen in Kolumbien. In Fragen der Repressionspolitik macht er keinen Hehl daraus, bei der "Terrorismusbekämpfung" mit harter Hand durchzugreifen zu wollen. Er ist dem rechten Lager seiner Partei zuzuordnen. Dem "populistischen Chaos" von Belisario Betancur will er Abhilfe verschaffen.

Luis Carlos Galan Sarmiento, Vorsitzender des neuen Liberalismus, hat nach den schwachen Wahlergebnissen seiner Partei die Präsidentschaftskandidatur zurückgezogen. Die Neuen Liberalen sind weiterhin ihrer Mutterpartei stark verhaftet. Langfristig gesehen sind sie ein Versuch, die monolithischen Machtstrukturen in Kolumbien aufzuweichen und das faktische 2-Parteien-Monopol zu durchbrechen (sozialdemokratische Richtung).

Die Patriotische Union (Unión Patriótica - UP), die politische Bewegung der ältesten kolumbianischen Guerilla-Organisation FARC (moskau-orientiert), erreichte bei den Wahlen ca. 1,5% der Stimmen. Eine Woche vor den Wahlen hatte die UP mit der Regierung ein unbefristetes Zusatzabkommen zum Waffenstillstand abgeschlossen.

WIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG

Der Beginn des Jahres war für die Bevölkerung mit überdurchschnittlichen Preissteigerungen bei Grundnahrungsmitteln und öffentlichen Dienstleistungen verbunden. Trotz des Rückgangs des Ölpreises auf dem internationalen Markt und eigener Ölförderung wurden die Benzinpreise um 20% angehoben. - Zu Beginn des Schuljahres im Februar wurden Schulgebühren und Preise für Unterrichtsmaterialien stark erhöht. Durch erhebliche Kürzungen der Staatsausgaben im Gesundheits- und Erziehungsbereich setzen sich die Privatisierungstendenzen in diesen Sektoren weiter fort.

Die allgemeine Teuerung von Lebenshaltungskosten und Dienstleistungen sind z.T. Konsequenzen eines "Korrekturplans" des Internationalen Währungsfonds, von dem die Kreditwürdigkeit Kolumbiens abhängig gemacht wird. Die IWF-Bedingungen sehen u.a. vor: Schaffen von neuen direkten und indirekten Steuern; Lohnerhöhung nur bis zu 10%; Verringerung der staatlichen Investitionen; Abbau von Exportsubventionen; allmähliche Öffnung des Marktes für Importe; Anstieg der Preise für öffent-

liche Dienstleistungen und für Benzin; beschleunigte Abwertung des Peso.

Unter anderem infolge der Verteuerung der Produktionskosten und Problemen der Kommerzialisierung ist in Kolumbien der Nahrungsmittelanbau stark rückgängig. 1985 wurden für ca. 250 Millionen US-Dollar Nahrungsmittel eingeführt. Der Reallohn ist 1985 um 14% gesunken.

Infolge der brasilianischen Fröste erwartet Kolumbien ab 1986 einen neuen Kaffee-Boom. Es ist jedoch nicht damit zu rechnen, daß die neue Regierung die erwarteten Devisenströme der Kaffeebarone in Sozialmaßnahmen für die armen Bevölkerungsmassen umfunktionieren wird ...

TACUEYÓ: WAHNSINN EINES GUERILLA-FÜHRERS ODER PRODUKT HERMETISCH-MILITÄRISCHER STRUKTUREN?

Tacueyó: Eine kleine Ansiedlung im Verwaltungsgebiet von Toribío, Cauca, wurde nach den Schrecken des Massakers im Justizpalast (6./7.11.85) und dem Ausbruch des Vulkans Arenas (13.11.) zu einem weiteren Symbol des Grauens. 164 Mitglieder der Guerilla-Gruppe Ricardo Franco (eine Dissidentengruppe der FARC) wurden dort auf grausame Weise umgebracht. Gerichtsmedizinische Gutachten über die Leichen, die in Massengräbern entdeckt worden waren, zeigten als Todesursache Erschlagen, Erhängen und Erwürgen an.

"Ich bin stolz darauf, diese Mörder des Volkes, diese Söldner, umgebracht zu haben," brüstete sich der Guerilla-Chef Javier Delgado, Ex-Mitglied der FARC, vor Journalisten bei einer von ihm einberufenen Pressekonferenz Anfang Januar. Das Militär habe einen groß angelegten Plan gehabt, die Guerilla zu infiltrieren. Mitglieder seiner Gruppe hätten zugegeben, vom militärischen Geheimdienst B-2 zu sein. Nach Folterungen hätten die "Infiltrierten" immer weitere "Verräter" benannt. In einem Anfall von Paranoia und Verfolgungswahn ließ Javier Delgado daraufhin insgesamt 164 Menschen seiner nur ca. 200 Mann/Frau zählenden Truppe umbringen. Unter den auf bestialische Weise Getöteten waren schwangere Frauen und Kinder.

Die Gruppe Ricardo Franco soll sich Anfang 1982 formiert haben. Ihre Mitglieder sind zum Teil Dissidenten der FARC, die sich deren Waffenstillstandsabkommen mit der Regierung (Mai 84) nicht anschließen wollten. Durch den Charakter ihrer militärischen Aktionen rückten sie in Terrorisminähe (Bomben in öffentlichen Gebäuden, Granaten auf volle Busse). Ihre Attentate richteten sich auch gegen PC-Mitglieder mit Rang und Namen, die sie als "Verräter der Revolution" betrachteten, so z.B. auf den Leiter des Menschenrechtsbüros in Bogotá, H. Hurtado. Bei Gefechten mit der verfeindeten FARC gab es mehrere Dutzend Tote auf beiden Seiten.

Die Massaker von Tacueyó, die Paranoia und der Größenwahn von Guerilla-Chef Delgado lassen viele Fragen offen. Die (Rechts-)Presse, die zu sehr ähnlichen Morden durch Militärs und Todesschwadronen meist schweigt, nützte die Gelegenheit, um breit über die Greuel der Linken zu berichten. Der Tod von 115 Menschen, die im Justizpalast durch die Waffen der Militärs "für die Rettung der Demokratie" sterben mußten, wurde durch die Vorfälle von Tacueyó relativiert. - Die kommunistische Partei sowie andere Kreise vermuten hinter der Gruppe Ricardo Franco ein Komplott des Militärs, eine counter-insurgency-Aktion psychologischer Kriegsführung, die vom amerikanischen CIA inspiriert ist. Einige Punkte sprechen für diese These: So konnte Guerilla-Chef Delgado immer wieder einer Verhaftung durch die Sicherheitskräfte entgehen. Und als die Journalisten zur Pressekonferenz in den Cauca fuhren, bei der Delgado weitere Exekutionsopfer vorstellen sollte, waren im vollständig militarisierten Cauca ausgerechnet keine Militärpatrouillen in Sicht ... Zumindest greift jetzt die altbewährte Methode, Verwirrung hinsichtlich der Urheberschaft von Morden und "Verschwinden" zu schaffen, wieder besser. Morde der Rechten werden der Linken angelastet. So soll auch M-19-Mitglied Augusto Lara von den "Ricardo Francos" umgebracht worden sein, - was sehr unwahrscheinlich ist.

Guerilla-kritische Stimmen meinen, wenn Tacueyó und die "Francos" Schöpfungen des CIA sein sollen, so seien sie diesem zumindest sehr gut gelungen. So wird ausgeführt, daß Javier Delgado und Hernando Pizarro, die beiden für das Gemetzel verantwortlichen Führer der Gruppe, beide aus den kommunistischen FARC hervorgingen. Die Massaker von Tacueyó seien ein Symptom für gefährliche Grenzgebiete, in denen sich politisch-militärische Organisationen befänden. Die Abgeschlossenheit und autoritär-hierarchischen Strukturen der Guerillas würden Keime von Intoleranz und Aggressivität in sich bergen. Bei einer wachsenden Distanz zur gesellschaftlichen Dynamik würden diese Charakteristika die Guerillas leicht in die Nähe von Terrorismus und Banditentum (bandolerismo) bringen. Ein Grund für die innere Zersetzung der kolumbianischen Guerilla-Gruppen sei ihre Ambivalenz gegenüber offen delinquentem Verhalten (z.B. Entführungen, Erpressung), was zu einem völligen Verlust ethischer Werte führe. Die Morde von Tacueyó erinnerten an den pathologischen Charakter ritueller Exekutionen aus den Zeiten der Violencia (u.a. El Tiempo 19.1.86)

Die längst überfällige Diskussion über die Widersprüche von Zielen und Praxis linker politisch-militärischer Organisationen war bereits Ende November begonnen worden. Damals wurde bekannt, daß die Verantwortlichen für den Mord an dem populären Führer der Zivilbewegung FAM (Frente Amplio del Magdalena Medio), Ricardo Lara Parada, Ex-Genossen der ELN

sein sollen. Lara Parada hatte sich vom bewaffneten Kampf losgesagt und soll wegen "Verrats" hingerichtet worden sein. Er war in den 60er Jahren Mitbegründer des ELN gewesen.

NATIONALE GUERILLA-KOORDINATION

Im August 1985 haben sich die Guerilla-Gruppen M-19, EPL, ELN, Patria Libre, PRT (Partido Revolucionario de los Trabajadores), Quintin Lame (Indianerguerilla) und Ricardo Franco zu einer Nationalen Guerilla-Koordination zusammengeschlossen. Die Gruppe Ricardo Franco wurde infolge der Verbrechen von Tacueyó im Januar aus der Coordinadora ausgeschlossen.

In einer politischen Plattform vom Februar 1986 nennt die Coordinadora Nacional Guerrillera als ihre grundsätzlichen Ziele:

eigenständige Verwaltung der Auslandsschulden und der Bodenschätze; Unabhängigkeit vom IWF; Selbstbestimmung der Völker; Ablehnung der US-Interventionen in Zentralamerika; Aufhebung des Ausnahmezustands; Entmilitarisierung des zivilen Lebens; Auflösung der paramilitärischen Gruppen und des Kriegsbudgets; Informations-, Presse-, Demonstrations- und Organisationsfreiheit; Anti-Monopol-Gesetz; Förderung von kleinen und mittleren Industrien; Politik der Vollbeschäftigung; Land für die, die das Land bebauen; niedrige Kredite; Anerkennung der Rechte der Indianer auf ihr Land, Kultur und Organisation; Verbesserung der öffentlichen Dienstleistungen und Bedürfnisdeckung im Gesundheits-, Schul und Wohnbereich (Solidaridad März 1986).

Lediglich die moskau-orientierte FARC (jetzt: Unión Patriótica) halten weiter an dem Waffenstillstand mit der Regierung fest. Wegen - so die M-19 - "Vertragsbruch durch die Militärs" hat diese den erst am 24.8.84 eingegangenen Waffenstillstand bereits am 20.6.85 wieder gekündigt. Nachdem ihr politischer Sprecher Oscar William Calvo am 20.11.85 in Bogotá auf offener Straße erschossen worden war, folgte die marxistisch-leninistische EPL dem Vorgehen von M-19. Die restlichen Gruppen, die sich in der Nationalen Guerilla-Koordination verbündet haben, sind neu oder hatten sich der Gefechtspause aus taktisch-ideologischen Gründen nie angeschlossen (z.B. die ELN). Aufsehen erregte die Vorstellung eines "Bataillon América" durch die M-19. In diesem Bataillon sollen Guerilleros der Gruppen "Alfaro Vive" (Ecuador) und "Tupac Amará" (Peru) kämpfen. Ihre spektakulärste Aktion war bisher, am Mittwoch nach den Wahlen mit ca. 300 Leuten luxuriöse Außenviertel von Cali, der zweitgrößten Stadt Kolumbiens, anzugreifen. Nach amtlichen Angaben wurden dabei ca. 50 Personen, zum größten Teil Guerilleros, getötet.



VEGA URIBE

REPRESSION: STRATEGIE DER PHYSISCHEN VERNICHTUNG

Während die Politiker ihren Wahlkampf führten, verschärften sich die militärischen Auseinandersetzungen in weiten Teilen des Landes. Vor allem im Cauca-Gebiet (Süden des Valle de Cauca- /Norden des Cauca-Department) herrscht ein dauernder Kriegszustand, der zu einem massiven Exodus der dort lebenden Campesinos und Indianer führt. Dieses Gebiet ist zum Aktionszentrum der Guerilla-Koordination geworden. Zur Aufstandsbekämpfung setzt das Militär Panzer, Hubschrauber, Kampfflugzeuge, Artillerie und Tausende von Soldaten ein. Ansiedlungen der Zivilbevölkerung wurden bombardiert.

Auch in anderen "traditionellen" Konfliktgebieten (Antioquia, Córdoba u.a.) ist es zu schweren militärischen Zusammenstößen gekommen. Die Militarisierung hat in den vergangenen Monaten erschreckend zugenommen, nach der Besetzung des Justizpalastes durch die M-19 im November hat sich die Repression deutlich verschärft.

Während die Polizei ankündigte, ihr Kontingent um weitere 5'000 Polizisten aufstocken zu wollen, billigte der Kongreß die Einführung des freiwilligen Militärdienstes, bei anfänglicher

Bezahlung mit dem Mindestlohn. Die Anhänger der kompromißlosen harten Linie im Militär, geschart um Verteidigungsminister Vega Uribe, haben sich voll durchgesetzt. Im Kampf gegen die Subversion zählen Menschenleben nicht viel. Was die Unterdrückungspolitik der "verbrannten Erde" (Tierra arrasada) konkret heißt, belegt die Zeugenaussage des Journalisten G. Barrantes zum Vorgehen der Streitkräfte bei einer Razzia im Elendsviertel Siloe von Cali. Innerhalb einer Aktion "Saubere Weihnachten" suchten die Militärs am 27.11.85 in den Armenvierteln Anhänger der M-19.

"... Die Soldaten öffneten sich mit Fußtritten die Türen und schossen wie verrückt auf jeden Sack und jedes Bündel, das sich bewegte ... Eine Frau kochte gerade das Frühstück, als ein Soldat vom Fenster aus auf sie zielte. Er schoß ihr in den Rücken ... Zwei Frauen, denen das Militär Kapuzen aufgesetzt hatte, weil die Leute sie nicht erkennen sollten, sagten: "Der da ja, - der/die nicht." Diejenigen, die als Guerilleros oder Kollaborateure bezeichnet worden waren, wurden in einer Reihe gestellt und danach an einen Ort in der Nähe der Panzer gebracht. Dort waren über 30 Leichen, jeden Alters und jeden Geschlechts. Eine Frau, die ihre Tochter suchen ging, sah dort die Leichen von zehn jungen Frauen. Sie waren völlig nackt und die Brüste waren ihnen abgeschnitten worden."(Solidaridad Feb. 86)

Der Militärexperte und Politologe Eduardo Pizarro hatte schon Mitte 85 prognostiziert, daß der neuen Unterdrückungsstrategie ein selektives Verhalten gegenüber den verschiedenen Guerilla-Gruppen zugrunde liegen werde. Während der Waffenstillstand mit den militärisch stärkeren FARC verlängert werde, würden militärische Kapazitäten freigesetzt, um die verbleibenden Guerillas, allen voran die M-19, physisch zu liquidieren. Das Prinzip "Todesstrafe für Subversive" gilt jedoch nicht nur für Guerilleros, die die Waffen nicht niedergelegt haben. Von August 1984 bis August 1985, also in der Zeit des "klassischen" Waffenstillstands, wurden ca. 600 Menschen von paramilitärischen Verbänden oder von regulären Sicherheitskräften ermordet. Die Unión Patriótica gibt an, daß allein 200 ihrer Mitglieder nach Abschluß des Waffenstillstandsvertrages umgekommen seien. Die Praxis, selektiv Bauernführer, Gewerkschafter und politische Führer legaler Bewegungen umzubringen, hat sich intensiviert.

Nach amtlichen Angaben von Generalstaatsanwalt Jimenez Gomez gelten in Kolumbien mittlerweile über tausend Menschen als "verschwunden".

Die Politik der physischen Vernichtung wird nach dem Präsidentenwechsel aller Voraussicht nach fortgesetzt werden. Nach Angaben der US-Menschenrechtsorganisation Americas Watch haben die USA ihre Militärhilfe für Kolumbien von 8,9 (1985) auf



20,9 Millionen US-Dollar (1986) aufgestockt.

"Es soll kein Tropfen Blut mehr fließen in Kolumbien", sagte Belisario Betancur bei seinem Amtsantritt. Danach beurteilt hätte er keine zwei Tage seiner Amtszeit regieren dürfen, meinen jetzt selbst konservative Politiker. Eine umfassende Analyse des Konzepts belisaristisch-konservativer "Befriedung" steht noch aus, aber die Fronten sind wieder klarer geworden in Kolumbien. Am 14. März, als der M-19-Führer Alvaro Fayad Delgado, "unter ungeklärten Umständen" in einem Haus in Bogotá bei Schießereien mit den Sicherheitskräften ums Leben kam und die Stadt wegen der Fahndung nach weiteren Guerilla-Führern militärisch abgeriegelt war, stieg Präsident Belisario Betancur in seinen Hubschrauber, um sich den Halley'schen Kometen anzusehen. - Friede der Politiker im Himmel, Gewalt der Militärs auf Erden ...

Armero: Die Katastrophe nach der Katastrophe

Am 13. November 1985 überrollten Massen von heißem Schlamm mit Lava das Tolima-Städtchen Armero, umliegende Weiler, Hütten und Gehöfte. Infolge des Ausbruchs des Vulkans Nevado del Ruiz erstickten ca. 23'000 Menschen in meterhohen Schlammmassen, 20'000 wurden verletzt, ca. 11'000 obdachlos. Rund 200'000 Menschen, die in der Vulkanregion leben, wurden geschädigt. 11'000 Hektar Land wurden vorerst unfruchtbar gemacht. Allein der materielle Schaden wird auf 1,3 Mrd. DM (80 Mrd. kol. Pesos) geschätzt.

Was sich zunächst wie die Fortsetzung eines schwarzen Novembers (der 13.!) ausnahm, wie ein von höheren Mächten verordnetes, unabwendbares Schicksal, enthüllt sich bei genaueren Recherchen als das schmerzhafteste Resultat der Fahr- und Nachlässigkeit von Behörden und der Verantwortungslosigkeit von Politikern. Denn die Katastrophe hatte sich vorher angekündigt.

Nach 140jähriger Ruhe war der 5'400 Meter hohe Vulkan Arenas bereits am 22. Dezember 1984 wieder erwacht und alarmierte herbeigeeilte Vulkanologen. - Am 11. September 1985 kündigte der erste Aschenausstoß das November-Desaster an. Daß bei einem Vulkanausbruch das schmelzende Gletschereis - wie 1840 - die Flüsse in reißende Schlammströme verwandeln würde, sahen die Vulkanexperten voraus und beschrieben es so in ihren Berichten.

Eine Regierungskommission, die nach der Septemberwarnung nominiert worden war und die Situation "prüfte", kam in ihrem vorläufigen Bericht am 9. Oktober zu dem Schluß, daß dem Staat für eine Evakuierung der Bevölkerung in der Konfliktzone die materiellen Mittel fehlen würde. Das Kostenargument klingt für eine Regierung, deren Staatskassen leer sind und die für den IWF mit öffentlichen Ausgaben sparen muß, nicht akzeptabel, aber einleuchtend. Trotzdem ist es nur eine halbe Wahrheit. Denn bei einer Evakuierung der Bevölkerung hätte es sich nicht um eine Dauereinrichtung handeln müssen, sondern sie hätte eine ad hoc - Maßnahme sein können. Der renommierte französische Vulkanologe Haroun Tazieff meinte nach Besichtigung der Zone, daß noch eine halbe Stunde nach einer Vulkaneruption genug Zeit sei, die Bevölkerung zu evakuieren, - vorausgesetzt, es sind die notwendigen Vorkehrungen dafür getroffen und die Bevölkerung ist in hinreichender Weise instruiert worden. Armero lag rund 45 Kilometer östlich des Vulkans und 5'000 Meter tiefer als dessen Gipfel. Rund zwei Stunden waren die Schlammmassen des Rio Lagunilla unterwegs, bis sie - ohne Vorwarnung - die schlafenden Bür-

ger überraschten und allein 23'000 Menschen erstickten. Mehr Meßgeräte und gründlichere Wartung am Vulkan, Beobachtungsposten in den Tälern, Funkkontakt zu den Dörfern und ein billiger Evakuierungsplan hätten Tausende von Menschenleben retten können.

Der Bürgermeister von Armero, besorgt um die Zukunft seiner Stadt und ihrer Bürger, hatte immer wieder wegen der drohenden Katastrophe den Gouverneur des Departments Tolima, Eduardo Alzate, angesprochen. Wegen dessen lapidarer Antwort: "Laß mich doch in Ruhe mit Deinem Armero, dafür habe ich keine Zeit" wird nachträglich von der Generalstaatsanwaltschaft gegen ihn ermittelt.

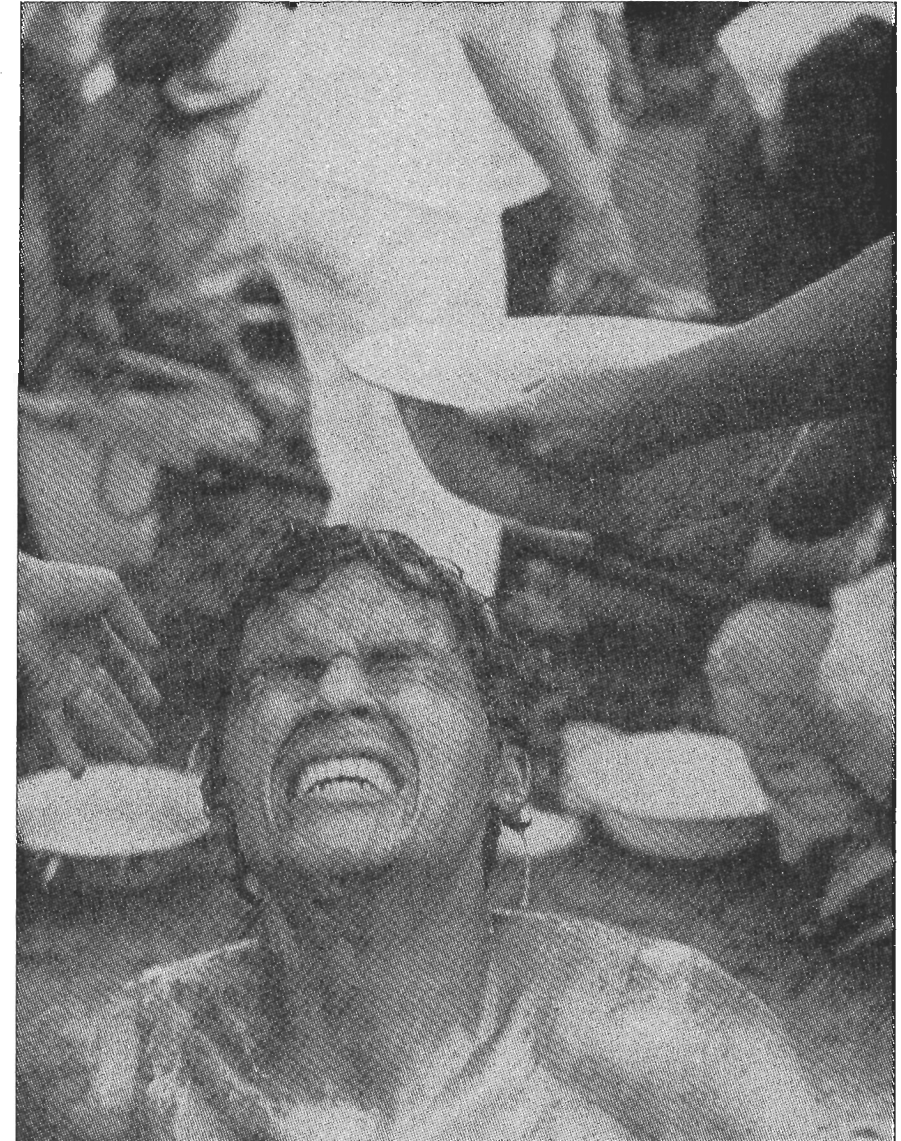
Der Vulkan brach aus und forderte seine Opfer. Die Schreckensbilder der Verwüstung, die von den Fernsehanstalten in alle Welt übertragen wurden, bewegten die Menschen. Viele wollten helfen, Spendeten, stellten ihre Arbeitskraft zur Verfügung. Es war ein Moment spontaner Solidarität.

RETTUNGSAKTION ZWISCHEN CHAOS UND KORRUPTION

Aber die Rettungsaktionen verliefen chaotisch. Mit Verbitterung stellten Überlebende nachträglich fest, daß diejenigen, die sich noch hätten retten können, dies nicht wegen der Helfer, sondern "aus eigener Kraft" geschafft hätten. Das Militär, das Rote Kreuz und die Zivilverteidigung, die den Katastropheneinsatz übernommen hatten, werden heftig kritisiert. Die zwar hierarchische, aber völlig unkoordinierte und ineffiziente Einsatzleitung verursachte den Tod weiterer Menschen, die eventuell noch hätten gerettet werden können. Die Bilder des zwanzig Stunden sterbenden Mädchens Omaira, die post mortem zu vielen Reflektionen, Film- und Fotopreisen Anlaß gaben, versinnbildlichen nicht die Ohnmacht des Menschen gegenüber der Natur, sondern die Leichtfertigkeit und Nachlässigkeit beim Umgang mit Menschenleben in einem vorhersehbaren Notfall. Warum konnte in so vielen Stunden die notwendige Pumpe nicht beschafft werden? Daß das Militär einige seiner Hubschrauber während der Katastrophe für die Bombardierung von Dörfern im Cauca benötigte und nicht für den Katastropheneinsatz verwenden konnte, belegt ausreichend die Festsetzung der eigentlichen Prioritäten. Traurige Bilanz für all diejenigen, die aus echtem Mitgefühl und echter Solidarität helfen wollten.

Und danach kam die Katastrophe nach der Katastrophe. Hilfsgüter strömten in das Land, Material- und Geldspenden, Container voller Lebensmittel. Die chaotisch-bürokratische Katastrophenverwaltung, gefärbt von Filz und Korruption, setzte sich fort. Da verdarben annähernd 50 Tonnen eingedoster Lebensmittel, die die kolumbianische Gemeinde in New York mit viel Geld- und Personalaufwand gesammelt hatte, im Hafen, nur weil die Regierung das Geld für die Inspektion der 52

Container (3 Mio. Pesos) nicht aufbrachte. Andernorts wurden verderbliche Nahrungsmittel nicht abgegeben, weil es gerade an registrierten Katastrophenopfern fehlte ... So schnell wie die Millionen von Dollars ins Land kamen, so schnell verloren sie sich in manchen Fällen wieder. Es gibt so manche Löcher in den Registern der Spendengelder. Trotz amtlicher Beteue-



rungen, Korruption und Betrug beim Umgang mit Spendengütern zu überwachen und zu ahnden, sickerten so manche Unrechtmäßigkeiten durch. So wurden z.B. bei einem Tausch von Altkleidern (aus den Spendengütern) gegen ernährungsnotwendige Eier in den Lumpen dann eine große Menge teurer Medikamente gefunden. Wie sind sie zwischen die wertlosen Kleider gekommen? Wer sollte damit geheilt werden?

Hellhörig ließ werden, daß, obwohl Tonnen von Nahrungsmitteln, Medikamenten und anderen Hilfsgütern für sie ins Land geströmt waren, die Betroffenen in den Auffanglagern über Hunger und mangelnde Versorgung klagten. Sie waren provisorisch in Schulen untergebracht worden, die sie zu Beginn des Schuljahres jedoch wieder verlassen mußten.

Die Desorganisation bei der Unterbringung und Verteilung der Obdachlosen war so groß, daß Familien auseinandergerissen und ihre Mitglieder über das ganze Land verstreut wurden. Kinder fanden ihre Eltern nicht mehr. Trotz vorheriger gegenteiliger Aussagen sollen sie jetzt dem Kolumbianischen Wohlfahrtsinstitut (ICBF) zur Adoption überlassen worden sein.

Einzig in dem Campamento Guillermo Paéz, hoffnungsfroh benannt nach einem kleinen Jungen, der die Katastrophe überlebte, wurde angestrebt, die Überlebenden nicht autoritär zu verwalten. Sie sollten den Aufbau ihres neuen Lebens selbst bestimmen und - als erster Schritt - in Selbstorganisation über die für sie gespendeten Hilfsgüter entscheiden. Dieses Campamento wurde unter der Leitung des Indianer-Rates des Tolima (CRIT) eingerichtet. U.a. wird es von Terre des Hommes unterstützt.

Politiker, die, wenn es darum geht, Sozialausgaben einsparen zu wollen, die Armen gern zu Unabhängigkeit von Vater Staat und zu Selbsthilfe und Eigeninitiative ermuntern, wittern auf einmal "fremde Interessen", als die Vulkanopfer ein Öffentlichmachen der Spendenbilanz forderten, und daß sie an den Plänen des Staates für ihre Zukunft direkt beteiligt werden sollten. Da tauchte auf einmal in der Zeitung El Tiempo am 8.1.86 eine Notiz auf, daß das Campamento Guillermo Paéz von einer militärischen Organisation, der EPL, infiltriert sei. Eine Behauptung, die der CRIT wegen ihrer Haltlosigkeit und ihres diffamierenden Charakters heftig dementierte. Und im Radio warnten Politiker, die gerade eifrig für die bevorstehenden Wahlen Stimmen sammelten, die Obdachlosen davor, sich von ihnen fremden, radikalen Interessen beeinflussen zu lassen.

STAATLICHE PRIORITÄTEN BEI "HILFS"-MASSNAHMEN

Bald nach dem Vulkanausbruch schuf die Regierung die Organisation RESURGIR ("Wiederauferstehen"), die die Planung und Koordination der Hilfs- und Wiederaufbaumaßnahmen überneh-

men sollte. In diesem Gremium sind die direkt Betroffenen nicht vertreten. Dafür ist es eine illustre Versammlung von Privatunternehmern und Repräsentanten des Klerus, unter oberstem Vorsitz von Pedro Gomez Barrero, dem größten und reichsten Baumagnaten Kolumbiens. Auch vier Monate nach der Katastrophe konnte RESURGIR noch keine endgültigen Pläne bezüglich des Wiederaufbaus von Armero und anderer zerstörter Siedlungen vorlegen, war unfähig, provisorische Unterkünfte mit sanitären Anlagen für die Obdachlosen zu bauen. Die wenigen Aufträge, die aus Spendengeldern vergeben wurden, gingen an die Privatindustrie. Die Idee, mit den Spenden Arbeitsplätze zu schaffen und den Betroffenen den Aufbau ihrer Häuser selbst zu überlassen, kommt den Bossen von RESURGIR nicht in den Sinn. Mittlerweile muß sich Pedro Gomez, Chef des zentralistischen Gremiums, in der Presse wegen der Kritik an Unterlassung und Verschleppung der "Hilfs"-maßnahmen verteidigen. Auch gegen RESURGIR wird von der Generalstaatsanwaltschaft ermittelt. Da sollen bei Grundstückskäufen doppelte Rechnungen ausgestellt worden sein ... Es fragt sich, wer sich da alles an den Schenkungen aus dem Ausland bereichert.

Bei näherem Hinsehen stellt sich also heraus: Die eigentliche Tragödie ist nicht die Naturkatastrophe. Die Tragödie ist vielmehr die Verantwortungslosigkeit und die Menschenverachtung von Politikern, die wissentlich das Leben Tausender von Menschen aufs Spiel gesetzt haben. Und da die Reichen von Armero starben und die Überlebenden Bewohner von Elendsvierteln waren, scheint das staatliche Interesse nicht allzu groß, den Heimat- und Obdachlosen beim Aufbau eines neuen Lebens unter die Arme zu greifen, oder dieses sogar selbst bestimmen zu lassen. Es sei denn, es gibt an dem Elend etwas zu verdienen.

NICARAGUA

Reagan: »Ich bin ein Contra!«

Es war mal wieder soweit. Ende März beschäftigte die US-amerikanischen Volks(ver)treter einmal mehr die Entscheidung über "Knete" (lies: finanzielle Hilfe) für die antisandinistischen Contras.

KOMMUNISTEN IM CONGRESS?

Alle Jahre wieder kommt ..., nein, weder der Weihnachtsmann noch der Osterhase, sondern Ronald Reagan, der seine Contras beschenken will. (1) 100 Mio. \$ sollten es diesmal sein - 70 Mio. Militärhilfe und 30 Mio. "humanitäre" Hilfe - für einen Zeitraum von 18 Monaten bis zum 30. September 1987.

Wie üblich entfachte Ronnie einen Propagandafeldzug, in dem kein Argument zu absurd, keine Anschuldigung gegen die Sandinisten zu infam war.

Eine Verweigerung der Contra-Hilfe würde Mexiko und den Panama-Kanal gefährden und "Millionen verzweifelter lateinamerikanischer Bürger" könnten in den USA Zuflucht suchen. (2) Die "Hilfe" sei die letzte Chance, die Konsolidierung eines "Brückenkopfes" der UdSSR und eine zukünftige direkte Intervention von US-Truppen zu verhindern. Auch ein paar Flugzeuge zog der Präsident mal wieder aus der Tasche, diesmal allerdings keine sowjetischen Mig's, sondern tschechoslowakische Trainingsmaschinen, die aber für den Bodenkampf umgerüstet werden könnten und zur Zeit in Kuba (Wo auch sonst?) verladen würden. Bestimmungsort Nicaragua. (3)

Neu war jedoch, daß Reagan und seine Mannen nun die "Commies" (Kommunisten) auch schon im Kongreß witterten. Wer gegen seinen Antrag stimme, ließ der "Große Kommunikator" wissen, unterstütze "indirekt" den Kommunismus. Noch deutlicher wurde Regierungssprecher Patrick Buchanan: "Mit ihrem Votum über die Contra-Hilfe wird die Demokratische Partei zeigen, ob sie auf der Seite Ronald Reagans und des Widerstands stehe oder auf der Daniel Ortegas und der Kommunisten." (4) Harter Tobak für Leute, die den Antikommunismus schon mit der Nuckelflasche eingetrichtert bekommen.

Ebensowenig half die Versicherung Reagan's, sein Plan militärischen Drucks beabsichtige lediglich, die Sandinisten zu Verhandlungen zu veranlassen und nicht ihren Sturz. Auch das hatte man schon gehört und Kabinettschef Donald Duck, nee Regan, sprach's denn auch unverblümt aus: "Wir wollen uns der Sandinisten entledigen." (5)

Am 20.3.86 lehnte der Kongreß den Regierungsantrag mit 222 zu 210 Stimmen ab. Tief sitzt noch die Furcht vor einem neuen Vietnam in Zentralamerika, und wie die letzten Meinungsumfragen bestätigten, lehnt eine Mehrzahl der US-Bürger die aggressive Politik ihres Präsidenten gegenüber Zentralamerika ab. Für die Demokraten haben die Contras während der letzten fünf Jahre ihre Ineffizienz gezeigt, und auch das Pentagon und der CIA halten einen militärischen Sieg der Antisandinisten für ausgeschlossen. (6)

NICARAGUANISCHE INVASION IN HONDURAS?

Nach der Schlappe im Kongreß hatte sich Reagan etwas Besonderes einfallen lassen, um die Vereinigten Staaten und vor allem die Senatoren hinter der Contra-Hilfe zu vereinen.

Am 24.3. gab die US-Administration das Eindringen von 1500 sandinistischen Soldaten in Honduras (am 23.3.) bekannt, und der Präsident bewilligte einen Tag später - großzügig wie er eben so ist (man frage die von den Kürzungen der Sozialprogramme betroffenen US-Bürger) - eine angeblich vom honduranischen Präsidenten Azcona angeforderte "dringliche Militärhilfe" von 20 Mio. \$. Außerdem sollten Hubschrauber und Piloten der US-Armee die Honduraner beim Transport von Truppen in die Grenzregion unterstützen. (7)

Indes wollte die honduranische Regierung erst einmal gar nichts davon wissen. Noch am Montag (24.3.) bestritt Regierungssprecher Lizandro Quezada eine Invasion und bezeichnete die Behauptungen der US-Administration als "Desinformation" und "Teil der politischen und propagandistischen Taktik" Reagans. (8)

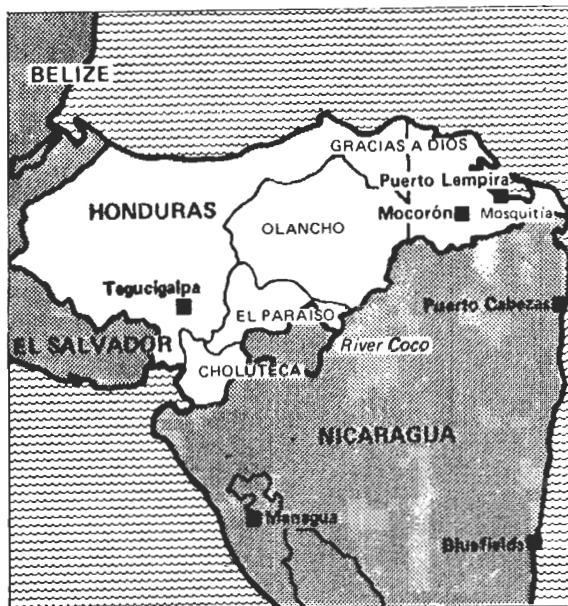
Dieser Ansatz zu einer eigenständigen Position hielt jedoch nicht lange vor, und als die Militärhilfe zu fließen begann, bestätigte Quezada schließlich den "sandinistischen Einfall". (9) Auch war inzwischen der Oberkommandierende des US-Kommandos Süd, General Paul Gorman in Tegucigalpa eingetroffen, um die Honduraner auf Linie zu bringen.

Von nicaraguanischer Seite wurde ein Eindringen von Armee-Einheiten in honduranisches Territorium bestritten, und es erging ein Aufruf an die Contadora-Gruppe zur Entsendung einer Untersuchungskommission an die Grenze zwischen den beiden Ländern.

Der US-Senat billigte dann am 28.3. mit 53 gegen 47 Stimmen die Finanzhilfe für die Contras. 25 Mio. \$ sollen vorbehaltlich der Billigung im Kongreß Mitte April sofort für "humanitäre" Hilfe und "defensive Waffen" vergeben werden. (Dies bezieht sich vor allem auf die tragbaren Stinger-Raketen, eine wirksame Waffe gegen die gepanzerten MI-24 Kampfhubschrauber der sandinistischen Luftwaffe, die den Contras erhebliche Probleme bereiten.) Außerdem sollen US-amerikanische Ausbilder die Antisandinisten unterstützen. Bis zum 1. Juli sollen keine "Offensivwaffen" geliefert werden, um eine Verhandlungslösung zu ermöglichen. (10)

Trotz der Herausforderung einer nicaraguanischen Invasion ist es Reagan nicht gelungen, eine einhellige Unterstützung seiner Nicaragua-Politik in Senat und Kongreß zu erreichen.

ANGRIFF AUF DIE CONTRA-LAGER



Nicaragua habe angesichts einer "aus Honduras kommenden Invasion von Konterrevolutionären" eine "Verteidigungsoperation" an seiner Nordgrenze durchgeführt, sagte Daniel Ortega am 28.3. in Managua. Die größte der Operationsbasen der Contra sei von nicaraguanischen Truppen besetzt und zerstört worden.

"Honduras bestreitet, daß es auf seinem Boden Rebellenlager gibt, und wenn sich die Führer der Antisandinisten in Lagern fotografieren lassen, heißt es, sie befänden sich auf nicaraguanischem Boden. Genau

diese Lager haben wir jetzt zerstört. ... Das honduranische Gebiet an der Grenze zu Nicaragua ist von Söldnergruppen besetzt, dadurch hat Honduras die Souveränität über einen Teil seines Territoriums verloren." (11)

Tatsächlich hatte sich die militärische Lage in Nicaragua schon seit Mitte März verschärft. Insbesondere in den Grenzregionen zu Honduras, Nueva Segovia, Jinotega und Zelaya, sowie in der im Inneren des Landes gelegenen Provinz Chontales waren heftige Kämpfe im gange. (12) Bei der Abwehr dieser Offensive der Contra haben dann nicaraguanische Truppen die Grenze zu Honduras überschritten. Doch ist dies eigentlich nichts Neues, sondern gehört zum Alltag. Wie es ein honduranischer Rundfunksender beschreibt:

"Die Wahrheit sieht so aus, daß das gesamte Grenzgebiet zwischen Honduras und Nicaragua ein Gebiet ständigen Konfliktes zwischen Sandinisten und Konterrevolutionären ist. ... An dieser Grenze kämpfen Contras und Sandinisten tagtäglich, während niemand in Honduras die Souveränität über dieses Gebiet beansprucht, das nicht Schauplatz von Konflikten ausländischer Truppen sein sollte ... Das gesamte Grenzgebiet ist zum Niemandsland geworden, weil

die honduranische Armee es versäumt hat, in diesem Gebiet ihren verfassungsmäßigen Auftrag zu erfüllen, nämlich den Schutz der territorialen Integrität zu gewährleisten und sicherzustellen, daß keine ausländischen Truppen, Kräfte oder Militäreinheiten - unbeschadet ihrer Ideologie - sich dort ständig aufhalten." (13)

Nicht ausdrücklich hingewiesen wird von dem Sender auf die ständige Präsenz von 6 - 10000 US-Soldaten in Honduras, von denen ca. 2000 permanent in mehreren Militärbasen stationiert sind und die restlichen an den seit 1983 fortlaufend stattfindenden Großmanövern teilnehmen. (14)

Interessant ist nun zweierlei:

1. Wie erklärt sich die Zurückhaltung der honduranischen Regierung, die auch noch nachdem sie - auf Druck der USA - ein Eindringen von nicaraguanischen Truppen bestätigt hatte, dessen Bedeutung zu schmälern suchte (ganz im Gegensatz zur Reagan-Administration)?
2. Wieso führen die Nicaraguaner die Operation gerade jetzt durch, zu einem Zeitpunkt als die Contra-Hilfe diskutiert wird? Und wieso gehen die Sandinisten nach anfänglichem Abstreiten außenpolitisch geradezu offensiv mit dieser Aktion um?



Posten an der Grenze zu Honduras

Foto: Cordelia Dilg

Wie Reagan das Repräsentantenhaus überspielt hat

Die nun doch bewilligte Hilfe für die Contras in Nicaragua läßt das Stichwort Tongking hochkommen

Von unserem Korrespondenten Carlos Widmann

Washington, 28. März
„Hot pursuit“ hieß das damals in Vietnam – die in der Hitze des Gefechts, bei der Verfolgung des zurückweichenden Feindes begangene Grenzüberschreitung. Und die galt bei den Amerikanern als durchaus zulässig. Denn die Vietkong unterhielten ja viele ihrer Schlupflöcher jenseits der Grenzen Vietnams, in Kambodscha und in Laos. Und sie hatten die Angewohnheit, sich immer dann dorthin zurückzuziehen, wenn sie von den Amerikanern in Bedrängnis gebracht wurden. Für die GI's wäre es da in der Tat frustrierend gewesen, mitten in der schönsten „heißen Verfolgung“ an einer unsichtbaren Grenzlinie haltmachen zu müssen, während die Kommunisten sie händereibend überschritten, um sich unbesorgt an ihre dampfenden Reistöpfe zu begeben. „Hot pursuit“ war im Militärjargon also eine durchaus akzeptierte Vokabel – und erst dann, als Henry Kissinger durch den Mißbrauch dieses Prinzips den Untergang des (bis dahin neutralen) Königreiches Kambodscha bewirkte, hat der Begriff einen ominösen Beigeschmack erhalten.

Ein Jahrzehnt später fand der Ausdruck „hot pursuit“ in den amerikanischen Medien wieder Verwendung, um das gelegentliche Übergreifen nicaraguanischer Regierungstruppen auf Honduras zu bezeichnen. Die Sandinisten verletzen routinemäßig das Hoheitsgebiet des Nachbarlandes, wenn sie die anti-sandinistischen Contras in ihre honduranischen Basislager zurücktreiben. „Hoheitsgebiet“ ist ohnehin ein etwas luxuriöser Begriff in dieser Republik, die sich den Ruf erworben hat, nicht viel mehr Souveränität auszuüben als etwa ein Fußabstreifer. Honduras beherbergt offiziell keine Contras; sie existieren dort aber seit sechs Jahren, als die CIA für den ersten Schub ehemaliger Somoza-Offiziere eine Bleibe finden mußte. Da die Zivilregierung von Honduras die 6000 Contras – und den beträchtlichen Militärapparat der Amerikaner mit über tausend Mann – offiziell ignoriert, kann sie auch die „heiße Verfolgung“ der Contras durch Sandinisten nicht zur Kenntnis nehmen.

Dies alles muß sich vor Augen halten, wer ermessen will, welch einen Triumph Präsident Reagan diese Woche gefeiert hat. Unter der Regie des Weißen Hauses, dessen Sprecher alle anderen Informationsquellen bis zur Unhörbarkeit übertönte, wurde in Mittelamerika eine „Krisensituation“ erst geschaffen – und anschließend im Sinne des Präsidenten auch gelöst. Aus einer Dutzendaktion der sandinistischen Streitkräfte, wie sie seit Jahren fast jede Woche passiert, hat Ronald Reagan eine „Invasion“ machen lassen mit 1500 „schwerbewaffneten“ kommunistischen Angreifern. Er hat die honduranische Regierung

– die zunächst völlig richtig von einer „publizistischen Kampagne“ des Weißen Hauses gesprochen hatte – unter mächtiger Pression dazu gebracht, sowohl die Existenz der Contras auf honduranischem Gebiet wie auch eine „Inkursion“ sandinistischer Truppen zuzugeben.

Viel wichtiger noch: Amerikanische Offiziere und amerikanische Transporthubschrauber haben honduranische Truppen an die Grenze Nicaraguas gebracht, damit diese dort – wie symbolisch auch immer – in „Kampfhandlungen“ mit den sandinistischen Truppen verstrickt werden. (Für dieses Opfer erhält Honduras 20 Millionen Dollar an Militärhilfe.) Und um Reagans Triumph in Washington zu vervollständigen, hat der Senat in der Nacht zum Freitag die vom Präsidenten verlangten 100 Millionen Dollar für die Contras bewilligt.

Was schert es das Weiße Haus, wenn die Leitartikel der *New York Times* und der *Washington Post* die Regierung nun beinahe unverhüllt beschuldigen, die amerikanische Öffentlichkeit zu täuschen? Nachdem die Show gelaufen ist, werden ein paar Reporter hingeflogen, denen man – ohne sich dabei besondere Mühe zu geben – die „Beweise“ der zurückgeschlagenen nicaraguanischen Invasion vorführt: fünf halbnackte Leichen, zwei Teenager in der Uniform der Sandinisten sowie ein halbes Dutzend Bauern, die bezeugen, Schlachtenlärm vernommen zu haben. Das muß genügen. Solange der Präsident populär ist (und Reagans anhaltende Volkstümlichkeit ist durch tausend Umfragen bezeugt), haben Zweifel an seiner Integrität keine Chance, ein breites Echo zu finden. Gleich nach der „Invasion“ rief Reagan den Abgeordneten, die letzte Woche im Repräsentantenhaus mit deutlicher Mehrheit seine Hilfe für die Contras abgelehnt hatten, die stolze Schlußfolgerung zu: Die Aktion der Sandinisten sei ein „Schlag ins Gesicht“ für alle jene, die noch an eine friedliche Beilegung des mittelamerikanischen Konflikts geglaubt hatten.

Das Wort vom Tongking-Zwischenfall geht wieder um: Präsident Johnson hatte sich in den sechziger Jahren vom Kongreß die Zustimmung für die Bombardierung Nordvietnams und für die immer tiefere Verstrickung amerikanischer Truppen dadurch verschafft, daß er einen Angriff Nordvietnams auf US-Schiffe im Golf von Tongking vortäuschte. Im Falle Libyens stimmt die Parallele insofern nicht, als Khadhafi ja tatsächlich der Angreifer war. Bei der „Invasion“ von Honduras trifft der Vergleich wohl eher zu. Nächste Woche wird das Repräsentantenhaus, das zum zweitenmal über die Contra-Hilfe abstimmen muß, sich dessen vielleicht besinnen.

Süddeutsche Zeitung, 29./30./31. 3. 1986

„HIER GIBT ES KEINE CONTRAS!“

Bislang hat sich die honduranische Regierung stets mit Händen und Füßen dagegen gewehrt, die Contra-Präsenz auf ihrem Territorium offiziell zuzugeben. Erst vor kurzem hatte Außenminister Carlos Lopez Contreras erklärt, daß seine Regierung „die Präsenz oder die Versorgung von Contras weder billige noch toleriere“. Dies geschah, nachdem US-Verteidigungsminister Caspar Weinberger öffentlich die Unterstützung der Honduraner für die Konterrevolution gelobt hatte. (15)

Auch als Mitte Mai 1985 die sandinistische Armee mit einer Artillerie-Offensive zumindest einen Teil des größten Lagers der FDN (Fuerzas Democraticas Nicaragüenses) in Honduras zerstört hatte, wollten die offiziellen Stellen weder in Managua noch in Tegucigalpa etwas davon wissen. (16) Das diplomatische Vorpreschen der USA hat nun Honduras dazu gezwungen, die Existenz der Contra auf honduranischem Boden zumindest implizit zuzugeben.

Aber nicht nur wegen des außenpolitischen Renommees ist für Honduras eine Eskalation in den Beziehungen zu seinem südlichen Nachbarn problematisch. Denn dies könnte schnell zu einer Regionalisierung des Konfliktes und damit verbunden zu einer Gefährdung der Herrschaftssysteme in allen zentralamerikanischen Ländern führen.

Die Anwesenheit von mehreren tausend bewaffneten Antisandinisten in den Grenzregionen zu Nicaragua ist für die honduranische Regierung ebenfalls ein Brocken, an dem sie schwer zu kauen hat. Immer wieder hat es Berichte und Beschwerden über die Konterrevolutionäre gegeben, die die honduranischen Bauern terrorisieren, Vieh stehlen und für eine Reihe von Morden verantwortlich sind. Viele Honduraner haben wegen der Übergriffe der Contra Haus und Hof verlassen, und gerade hat sich der Verband der Kaffeeproduzenten – in der Regel Klein- und Mittelbetriebe – für eine Auflösung der FDN-Stützpunkte ausgesprochen, da wegen des Vandalismus der Rebellen nur noch ein Teil der Ernte eingebracht werden könne. (17)

Doch angesichts der immer größer werdenden militärischen und wirtschaftlichen Abhängigkeit von den USA werden die Spielräume für eine auch nur in Ansätzen eigenständige Außenpolitik in Honduras immer kleiner.

NICARAGUA: DIE CONTRA ZERSCHLAGEN!

Vorrangiges Ziel der Sandinisten ist zur Zeit die Zerschlagung der Contra soweit es nur geht. Dahinter müssen dann auch schon einmal außenpolitische Rücksichtnahmen (auf Contadora, Sozialistische Internationale, Demokratische Partei in den USA etc.) zurücktreten, wie der Angriff auf die FDN-Lager in Honduras zeigt.

Als Hauptproblem in nahezu allen Bereichen wird die Kriegssituation betrachtet:

"Das gesamte nationale Leben war während des vergangenen Jahres durch eine zentrale Entscheidung geprägt: Das Wichtigste war, den Krieg zu gewinnen. Es hatte keinen Sinn, weiter Schulen, Gesundheitsposten, Anlagen zur Kaffeeverarbeitung oder Brücken zu bauen, nur damit die Konterrevolutionäre sie am Tag nach der Einweihung zerstören. Zuerst müssen diese Banden geschlagen werden, damit man sich dann ganz dem Wiederaufbau zuwenden kann. ... Die sozialen Dienstleistungen werden nicht erweitert, und es wird nur das Notwendigste investiert, um den Produktionsprozeß in gang zu halten, aber die Ausgaben für die Verteidigung belaufen sich auf mehr als 50% des Haushaltsbudgets."(18)

Das heißt, die sozialen Errungenschaften der Revolution stagnieren bestenfalls, in vielen Bereichen ist sogar ein Rückgang festzustellen; z.B. sanken infolge der Inflation die Realeinkommen der Arbeiter zwischen 1982 und 1984 um 50%.(19)

Im politischen Bereich erfordert die permanente Kriegssituation eine Dauermobilisierung der Bevölkerung, die langfristig kaum durchzuhalten ist. Insbesondere die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht und teilweise rücksichtslose Rekrutierungskampagnen haben die Sandinisten Sympathien gekostet.

Eine weitgehende Zerschlagung der Contra wirkt einerseits mobilisierend, andererseits kann dann auch ein Stückweit der Druck auf die Bevölkerung verringert werden. Durch eine Veränderung der Verteidigungsdoktrin, die den Milizen und professionellen Spezialeinheiten das Hauptgewicht in den bewaffneten Auseinandersetzungen zuweist, könnte zukünftig bei der Einberufung selektiver vorgegangen werden.(20) Und noch etwas: Je schwächer die Contra militärisch wird, desto schwieriger ist es für die bürgerliche Opposition in Nicaragua und auch für die US-Regierung, die Konterrevolutionäre als ernstzunehmenden Part eines "nationalen Dialogs" zu präsentieren.

AUSSENPOLITISCHE KOSTEN/NUTZEN-RECHNUNG

Bestimmend für den gegenwärtigen Vorrang militärischer Erwägungen scheinen auch verschiedene außenpolitische Einschätzungen zu sein. Es gibt in Senat und Repräsentantenhaus der USA keine Differenzen hinsichtlich der Ziele der Nicaragua-Politik, lediglich bei den einzusetzenden Mitteln ist man sich uneinig.

"Tatsächlich hat man im Repräsentantenhaus der Vereinigten Staaten diskutiert, welches der beste Weg zur Zerstörung der sandinistischen Revolution ist."(21) So kommentierte Daniel Ortega die vorläufige Ablehnung der Contra-Gelder im Kongreß. Daß eine Unterstützung der Antisandinisten letztlich bewilligt werden wird, wenn vielleicht auch nicht in voller Höhe, scheint klar. Und so hieß die Devise der Sandinisten anscheinend: die Contra schlagen, bevor sie militärisch noch weiter aufgerüstet wird.

LA GRAN AMENAZA...



Die große Bedrohung ... ausländische Interessen

Wenn eine weitgehende militärische Ausschaltung der Konterrevolutionäre gelänge, bliebe den USA nur noch die Option einer Regionalisierung des Konfliktes, sprich Stellvertreterkrieg durch ihre mittelamerikanischen Verbündeten und/oder eine direkte Intervention von US-Truppen, wobei letzteres eine nahezu zwangsläufige Folge der ersten Möglichkeit ist. Dagegen gibt es aber nicht nur Widerstände in der Demokratischen Partei sondern auch in Zentralamerika selbst (s.o.).

In dem Maße wie die Contra nach Honduras (und auch nach Costa Rica) abgedrängt wird, verstärken sich dort die Probleme mit den sogenannten Freiheitskämpfern. Eine Desintegration der antisandinistischen Organisationen führt zu einer Verstärkung der ihnen ohnehin innewohnenden Tendenzen zum schlichten Banditentum.(22) Damit nimmt auch der Druck auf eine Überwachung der gemeinsamen Grenzen mit Nicaragua zu, eine Forderung, die von den Sandinisten schon seit langem erhoben wird.

Die Politik der mittelamerikanischen Verbündeten der USA ähnelt einem Drahtseilakt. Ein Fortgang des Konfliktes mit Nicaragua "auf kleiner Flamme", dessen Hauptträger die konterrevolutionären Verbände sind, kommt ihren politischen aber auch wirtschaftlichen Interessen durchaus entgegen. Denn dieser Konflikt ist eine Garantie für den Zufluß weiterer Dollars aus den Vereinigten Staaten, oder wie es der neue Präsident Costa Ricas, Arias formuliert: "Unsere besten Verbündeten in der Wirtschaftspolitik sind die neun

Commandantes in Managua."(23) Doch eine Eskalation zu einem offenen Krieg wird gescheut, und eine zukünftig vielleicht geschlagene Contra will auch niemand am Hals haben.

Die Sandinisten ihrerseits bewegen sich zwischen dem Risiko einer direkten Intervention von US-Truppen und der allmählichen Auszehrung des revolutionären Prozesses und einem Abbröckeln der Massenunterstützung durch die Fortdauer der permanenten Kriegssituation.

Anmerkungen:

- 1) vgl.: LN 136
- 2) El Pais 18.3.86
- 3) El Pais 20.3.86
- 4) Latin America Update 2/86:5
- 5) El Pais 18.3.86
- 6) vgl.: El Pais 23.3.86
- 7) El Pais 26.3.86
- 8) taz 29.3.86
- 9) El Pais 28.,29.3.86
- 10) vgl.: El Pais 28.,29.3.86
- 11) El Pais 30.3.86
- 12) vgl.: taz 29.3.86; El Pais 27.3.86
- 13) Cadena Audio Video 26.3.86, zit. nach Monitor-Dienst 60/86
- 14) siehe dazu: taz 5.3.86, 22.3.86; El Pais 18.3.86; ides 283/86; Gauger/Helwerth: Honduras - Drehscheibe der US-Intervention, in: Lateinamerika - Analysen und Berichte Bd. 9, Hbg. 1985
- 15) Latin America Regional Report Mexico & Central America 86-03
- 16) vgl.: taz 17.5.85
- 17) vgl.: taz 23.11.85, 9.4.86; El Pais 22.11.85; ides 283/86
- 18) Barricada Internacional 191/86:8
- 19) vgl.: envio 51/85:27
- 20) vgl.: taz 22.1.86; Interview mit Verteidigungsminister Humberto Ortega in: Nicaragua Aktuell 6/86:3 - 5
- 21) El Pais 22.3.86; s.a. 23.3.86; taz 18.3.86
- 22) vgl.: Nicaragua Aktuell 6/86:7f
- 23) taz 1.2.86; zur wirtschaftlichen Abhängigkeit Costa Ricas von US-Hilfe s.a.: LN 146; Istmo 11/86

NICARAGUA

4 Monate Bohnen

Für Wasserversorgungsprojekt in Nicaragua - zwischen Jinotega und Matagalpa - suchen wir ca. 6 Leute mit Spanischkenntnissen, 4 Monaten Zeit und handwerklichen Erfahrungen im Bereich Beton und Installation. Das Projekt ist in Nicaragua vorbereitet und abgestimmt worden, muß aber von der Gruppe selbst organisiert werden.

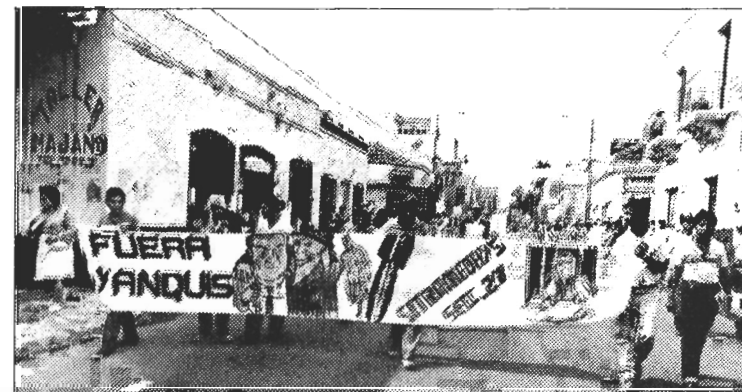
Kontakte: Rüdiger 030/618 47 47, Achim 030/622 21 26

HONDURAS

Menschenrechte in einem besetzten Land

Dr. Ramon Gustodio Lopez ist Vorsitzender des hondurenischen Menschenrechtskomitees CODEH (Comite Derechos Humanos Honduras) und der Zentralamerikanischen Menschenrechtskommission CODEHUCA. Der Doktor für klinische Pathologie reist derzeit auf Initiative des Weltkirchenrates und der Vereinten Nationen durch Europa auf der Suche nach der "Solidarität der Demokraten". Er ist Bürger eines Landes, in dem Nordamerikaner an den Folterungen, Verhaftungen und politischen Morden entweder direkt beteiligt sind, oder aber als unangefochtene Ordnungsmacht dafür verantwortlich sind.

Sich für die Opposition in Honduras einzusetzen, wäre eine konkrete Form der Solidarität mit dem Befreiungsprozeß in Zentralamerika. Ein Land, in dem die US-Militärs die Kontrolle ausüben und in dem es um die Menschenrechte so schlecht steht, in dem in einer weltweit einmaligen Form völkerrechtswidrige permanente und unangemeldete Manöver abgehalten werden, müßte genauer unter die Lupe genommen werden. Dr. Ramon Gustodio ging bei seinem Vortrag vor dem Bundestreffen der Honduras-Komitees zunächst auf die allgemeine Entwicklung der Menschenrechte in seinem Land ein, dabei bezog er sich auf diverse Artikel der "Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte" vom 10.12.48 und der "Menschenrechtskonventionen" der Vereinten Nationen, die seit 1977 in Kraft sind. Bei dem folgenden Interview berichtete er über die Konsolidierung des CCOP (Comité Coordinadora de Organizaciones Populares, Koordinationskomitee der Volksorganisationen), eines Komitees, das sich zum Ziel gesetzt hat, landesweit zur Einheit der hondurenischen Opposition beizutragen.



Gewerkschaftliche Forderungen

Frage: Wie steht das CCOP zu den vorangegangenen Versuchen der Organisationen zu einer einheitlicheren Vorgehensweise zu kommen, Versuche, die von der Solidaritätsbewegung unterstützt wurden, die aber wieder von der Bildfläche verschwanden?

Gustodio: Im Februar 1984 entsteht der Zusammenschluß CCOP. Er entstand wie alle Versuche der "unidad popular" (Einheit des Volkes) in Honduras. Ohne klare Linie, mit obskuren Prinzipien aber mit großen Hoffnungen. (...) Wir hatten bis dahin das gemacht, was alle Organisationen machten und etwas, das alle als ihr legales Recht betrachteten: Massenarbeit in den Straßen. (...) Wir haben zum ersten Mal in diesem Jahr am 7. September einen Kongreß veranstaltet mit den Organisationen, die uns bis dahin unterstützten. Es wurde ein Abschlußdokument erstellt und in Anzeigen publiziert. Das war eine Anstrengung, um die zunächst wichtigsten Ziele und Grundsätze der Volksbewegung in Honduras zu definieren. Es ging um drei Bereiche: Menschenrechte, Frieden und nationale Souveränität. Die Koordinationsleitung war zusammengesetzt aus je einem Delegierten der Arbeiter-, der Campesino-, der Studentenbewegung, einem Delegierten der Lehrgewerkschaft, der Pobladores (Bewohner der Randviertel), sowie der Menschenrechtskomitees und der Gruppe für "Frieden und nationale Souveränität".

Die einen erfüllten die anstehenden Aufgaben, während die anderen recht dekorativ dasaßen, dafür aber am meisten zu kritisieren wussten - die Studenten. Die Kritiken wurden übrigens nicht ignoriert. Wir bildeten eine Arbeitsgruppe, konnten aber nicht wie geplant im selben Jahr die nächsten Schritte tun, weil viele Organisationen andere Verpflichtungen hatten. Aber im Januar 85 trafen sich 15 Organisationen in der Nähe von Tegucigalpa. Wir erstellten zusammen mit dem Historiker Mario Posas eine Analyse über die Lage der Campesino- und Arbeiterbewegung. Nach dieser reflektiven Herangehensweise den folgenden Überlegungen und der Formulierung von Aktionsvorschlägen erarbeiteten wir ein Abschlußdokument, das im Plenum diskutiert und gutgeheißen wurde. Die Ergebnisse wurden veröffentlicht. Teil der Vereinbarungen war daß alle diese Dokumente auf einer Vollversammlung der CCOP präsentiert werden sollten. Bedingt durch interne Konflikte bei teilnehmenden Gruppen hat sich diese Vollversammlung um vier Monate verzögert. (...) Der schließlich erarbeitete Plan beinhaltete in groben Zügen folgendes: Zunächst wurde die Bevölkerung in sieben Gruppen unterteilt (Campesinos, Arbeiter, Studenten, Lehrer, Marginalisierte, Menschenrechts- und Friedensgruppen). (...) Die nationale Direktion wurde auf neun regionale Direktionen verteilt, das Land also in neun Bezirke eingeteilt. Es wurde entschieden daß in jeder dieser Regionen ein regionales Direktionskomitee der CCOP eingerichtet wird. (...) Alle diese Regionen sollten aber Delegierte in die nationale Direktion entsenden. (...) Alle regionalen Organisationen müssen in der regionalen Direktion repräsentiert sein. Das Treffen für die Region I wurde am 7. September 1985 durchgeführt. (...)

Aus Geldmangel konnten wir die letzten beiden noch nicht abhalten. Wir müssen das aber tun, um einen nationalen Kongreß mit allen Delegierten aus allen Regionen veranstalten zu können. Die vorher erwähnten Papiere sind auf allen Regionaltreffen diskutiert worden. Unser Ziel ist es, daß diese Dokumente von der nationalen Vollversammlung angenommen werden, um dann wiederum von allen regionalen Organisationen diskutiert zu werden. Auf diese Weise lösen wir ein scheinbar unlösbares Problem dialektisch auf. Es muß eine beschlußfähige Direktion geben, zugleich aber muß die Basis sich über die Beschlüsse bewußt sein. (...) So werden Beschlüsse gefällt, die direkt von der Basis kommen, deren Anliegen vertreten und wo Kungeleien, Animositäten und Konkurrenz zwischen den Führern der Organisationen ausgeschlossen werden. Es ist das erste Mal der Fall, daß in Honduras über die Grenzen der Hauptstadt hinaus gedacht wird. Die Praxis hat uns gezeigt, daß die Basis revolutionärer ist als die Führungen. Ein Beispiel dafür: Obwohl in einigen Gegenden die Führungen der Organisationen gegen die CCOP gewesen sind, wurden sie von ihrer Basis dazu gebracht, in der CCOP mitzuarbeiten, oder die Mitglieder der Organisationen sind selbst hingegangen zu den Treffen. (...)

Frage: Nehmen an der CCOP auch Parteien teil?

Gustodio: Gewerkschaften ja, aber keine Parteien. Wir haben allerdings niemanden gefragt, welcher Partei er angehört. Es handelt sich ja um ein breites Volksfrontbündnis. Bisher haben alle Organisationen "ja" gesagt zu diesem Projekt.

Frage: Besteht die Möglichkeit oder der Plan, daß sich die CCOP als Partei formiert und z.B. an den Wahlen teilnimmt?

Gustodio: Ja schon, aber wir wollen nichts übereilen, die Geschichte wird nicht von Marathonläufern gemacht! (...) Ein Volk wie das hondurenische zu bewegen, ist genauso schwer wie einen Berg zu versetzen und sei es auch nur um einen Zentimeter. (...) Wenn wir mit dieser Struktur arbeiten, können wir es vielleicht schaffen. (...) Es handelt sich ja nicht um einen Etikettenschwindel. (...) Es ist ein CCOP, ein Komitee zur Koordinierung der Volksorganisationen, damit sie sich organisieren und kämpfen, um ihre Befreiung zu erreichen. Es ist Aufgabe des CCOP gegen die militärische Besatzung zu kämpfen, um das Recht auf nationale Souveränität und Selbstbestimmung zu erreichen. Ebenso müssen wir kämpfen für die Respektierung der Menschenrechte und außerdem den Rahmen abgeben, in dem jeder Sektor für seine eigenen Forderungen kämpfen kann. Zum Beispiel um Tarifverträge. (...) Für jegliche Forderung und Bestrebung der Sektoren sollen sich auch die anderen einsetzen und sich solidarisieren.

Frage: Was ist für die Arbeit der Menschenrechtskomitees das wichtigste Ziel, kurzfristig und langfristig, außer natürlich den Schutz vor Verhaftung, Ermordung oder Entführung zu organisieren?

Gustodio: Für uns gibt es die individuellen, die politischen, die sozialen, die wirtschaftlichen und die kulturellen Menschenrechte. Aber außerdem ist es nötig eine Regierung zu haben, die die soziale Gerechtigkeit garantiert; dabei müssen zweierlei Dinge ausgeschlossen werden: Die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen und die Ausbeutung von Völkern durch andere Völker. Kurzfristig arbeitet das CODEH daran, Wissen zu vermitteln über die Menschenrechte. Dabei benutzt es alle ihm zugänglichen Mittel und Medien. Langfristig versucht das Komitee das Bewußtsein der Bevölkerung dahingehend zu beeinflussen daß sie den Entschluß zur Veränderung der ungerechten Strukturen faßt.

Frage: Hat sich Ihre Reise nach Genf vor die Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen gelohnt?

Gustodio: Definitiv habe ich die Informationen bei mir, die die spezielle Arbeitsgruppe für Verschwundene der Generalversammlung der Vereinten Nationen vorgelegt hat. Dort taucht der Name Honduras vor drei Jahren zum ersten Mal auf. Wenn sie sich die älteren Berichte ansehen, taucht Honduras dort nicht auf als ein Land, in dem die Menschenrechte verletzt werden. In den neuen Berichten erscheinen 99 registrierte Fälle, lediglich auf 15 Fälle konnte die hondurenische Regierung eine adäquate Antwort geben. Außerdem habe ich bei diesem letzten Besuch in Genf Informationen vorgelegt über die Folter in den Jahren 1984/85, das heißt, wir unterscheiden uns in unserer Vorgehensweise in Genf von anderen Menschenrechtsgruppen. Für uns reicht es zunächst, wenn der Name Honduras in den verschiedenen Kapiteln über Verletzungen der Menschenrechte erscheint. Andere Gruppen streben an, daß Resolutionen etc. bezüglich ihrer Länder abgegeben werden. Wir arbeiten da etwas anders, das Primäre, was wir erreichen wollen, ist, daß wir Aufmerksamkeit wecken für ein Land, das für demokratisch gehalten wird. In einer anderen Etappe unserer Politik werden wir das ändern, aber das zu einem späteren Zeitpunkt.

Frage: Nochmal zurück zu Ihren aktuellen Schwierigkeiten. Wie können die Komitees Ihre Arbeit am besten unterstützen?

Gustodio: Nun, Sie haben gesehen, was das CCOP ist. Es ist eine realistische Anstrengung, keine imaginäre, und sie ist, wenn man so will, in der letzten Phase der Verwirklichung. Wir brauchen noch zwei regionale Versammlungen, um die nationale Vollversammlung durchführen zu können. Es ist mit dieser Art Projekt nicht möglich, irgendeine offizielle Finanzierung zu erhalten, weil es ein wirklich politisches Projekt ist. Deshalb ist für die Solidarität hier ein spezifisches Aktionsfeld gegeben. Ich appelliere also an die Komitees, daß sie uns im Rahmen ihrer Möglichkeiten helfen. Meine Erfahrung ist, daß z.B. beim Friedensmarsch durch Zentralamerika die einzige hondurenische Organisation, die in der Lage gewesen ist zu reagieren und zu mo-

bilisieren, das CCOP gewesen. Beim Kampf für die politischen Gefangenen, wer kämpft - das CCOP! Bei den Protesten gegen die Militarisierung - das CCOP! D.h., das CCOP ist ein wirkliches Kampfmittel und seine Konsolidierung auf nationaler Ebene zeigt uns, daß nicht mehr nur in Tegucigalpa, sondern auch im Rest des Landes etwas passiert. Denn das war der Fehler, den wir bisher gemacht haben, daß wir immer nur im Zentralpark in Tegucigalpa etwas gemacht haben."

ZUR AKTUELLEN LAGE

Wieviele "Contras" in Honduras stationiert sind und wieviele in Nicaragua operieren, darüber gibt es nur sehr widersprüchliche Angaben. Die höchsten Zahlen nennt Indalecio Rodríguez, Führungsmitglied der größten Contra-Organisation "Demokratische Kraft Nicaraguas" (FDN). Er behauptet, seine Organisation verfüge über 20 000 Soldaten, von denen 16 000 in Nicaragua kämpften. Die nicaraguanische Botschaft in Tegucigalpa spricht von 8 000 FDN-Soldaten in Honduras und weiteren 2 000 in Nicaragua. Laut Washington Post umfaßt die FDN 18 000 Mann, die sich nach militärischen Mißerfolgen in Nicaragua seit Oktober 1985 zu 60 - 70% nach Honduras zurückgezogen hätten.

Nach Angaben der hondurenischen Fremdenbehörde leben derzeit 133 800 Exil-Nicaraguaner in Honduras, von denen 125 400 den Flüchtlingsstatus haben. Unklar bleibt, ob darin die Zahl der Contras enthalten sind, die nach Informationen gut unterrichtete-



"Freiheit für unseren Papa ..."

ter Kreise über Sonderpapiere verfügen.

Es häufen sich die Klagen der Bevölkerung über die Exil-Nicaraguaner und die Contras. Die Polizei verzeichnet eine außerordentlich hohe Kriminalitätsrate unter den Nicas. Die Kaffeeproduzentenorganisation APROHCAFE hat nach eigenen Angaben im vergangenen Herbst die hondurensischen Streitkräfte gebeten, die Contras aus der Zone zu evakuieren. Etwa 2 000 Kaffeepflanzer sind aus dem Gebiet geflüchtet, die Kaffeeproduzenten haben dieses Jahr 50% ihrer Ernte verloren. Ursache ist der Krieg. Der Vize-Geschäftsführer von APROHCAFE stellte eine Verbesserung der Situation fest und führt dies auf eine Intervention der hondurensischen Militärs zurück. Diese haben offensichtlich die Contras zur Ordnung gerufen und sie angewiesen, sich militärischer Aktionen im nicaraguanischen Grenzgebiet zu enthalten. Dadurch sollen die Verfolgungsaktionen der Sandinistischen Volksarmee auf hondurensischem Gebiet reduziert werden.

GI's, KINDERSEX, AIDS UND SCHANKER

Wirtschaftsschäden, gestiegene Kriminalitätsraten und die Bedrohung des Friedens in Zentralamerika werden zwar nicht aufgewogen durch die Wirtschafts- und Militärhilfe der USA, wirkliche Ablehnung, wenn nicht Abscheu erzeugten aber die Meldungen über den sexuellen Mißbrauch hondurensischer Kinder durch GI's. Die Fälle sind noch nicht gerichtlich untersucht worden. Die Primarlehrerin Oralia David de Andino sagte aber am 9. März aus, daß Passanten auf einer Müllhalde der Stadt Comayagua vier schlafende Kinder gefunden haben. Alter: Sieben bis zwölf Jahre. Sie wiesen mit Sperma verklebtes Haar auf, und in ihren Mundhöhlen sollen die Ärzte Erreger der Geschlechtskrankheit Schanker gefunden haben.

Seit der permanenten Präsenz von ca. 1200 amerikanischen Soldaten gibt es in Honduras nicht nur mehr Prostitution, sondern es wird vor allem ein sprunghaftes Anwachsen der Geschlechtskrankheiten registriert. Das Sanitätsdepartment des US-Kommandos gab bekannt, daß in der Stadt Comayagua bei sechs von 80 untersuchten Prostituierten AIDS-Antikörper festgestellt wurden. Zeitungen, Radiostationen und hondurensische Kongreßabgeordnete machen die in Palmerola stationierten US-Soldaten dafür verantwortlich. Die nordamerikanische Botschaft in Tegucigalpa weist diese Vorwürfe als "Kampagne der kleinen, aber sehr lautstarken Linken in Honduras" zurück. Der hondurensische Kongreß wird noch in diesem Monat parlamentarische Vorstöße behandeln, eine Untersuchung sowohl über die AIDS-Fälle als auch über die angeblichen Sexualdelikte amerikanischer Soldaten verlangen. Vize-Parlamentspräsident Jorge Roberto Maradiaga hat sich öffentlich für eine Ausweisung der amerikanischen Truppen ausgesprochen, falls sich die angeblichen Sexualdelikte bestätigen sollten. In diesem Fall kann man ihm dann wirklich nur noch Glück und Erfolg wünschen, er hätte es geschafft,

der Lösung des Konfliktes in Zentralamerika ein beträchtliches Stück weit näher gekommen zu sein.

Wer Kontakt zum CCOP oder einer anderen Organisation in Honduras aufnehmen will, wende sich bitte an das Zentralamerika-Komitee, c/o FDCL, Gneisenaustr. 2, 1000 Berlin 61.



Big Pine II: Der Krieg als Campingausflug

SOLIDARITÄT

Kritische Solidarität: Parteilichkeit ohne Scheuklappen

Die Berichterstattung aus der Dritten Welt unterliegt zunächst der gleichen Polarisierung, die die gesamte Medienlandschaft in das große Lager der "Bürgerlich-Etablierten" einerseits und das kleine der "Alternativen" andererseits trennt. Die eine Seite singt das Hohe Lied der "unabhängig-überparteilichen" Objektivität, die – strikt vom Nachrichtenblock getrennt – von engagierten Kommentaren gemäß der eigenen Position ergänzt wird. Die andere Seite weist diesen Objektivitätsanspruch zurück und zeigt auf, daß auch "objektive Nachrichten" nicht interessenunabhängig produziert werden und die unparteiliche Berichterstattung ein Mythos ist. Der illustrierenden Beispiele sind viele. Die "alternative" Berichterstattung bekennt sich gegenüber der Pseudo-Objektivität der "Etablierten" zu ihrer Parteilichkeit.

Diese so klare Polarität der Medienlandschaft erweist sich bei näherem Hinsehen aber als gar nicht so eindeutig. Nicht nur stoßen auch die "alternativen" Medien auf das Bedürfnis ihrer Leser nach einer möglichst umfassenden Darstellung der "reinen Tatsachen"; es zeigt sich auch, daß es beiden – "Etablierten" und "Alternativen" – an einer Klärung der Grundlagen ihrer Berichterstattung mangelt. Wo die "Etablierten" glauben, diesem Problem mit der Selbstverpflichtung zu "Objektivität" und "Wahrheit" Genüge getan zu haben, verliert sich die Definition der Parteilichkeit der "Alternativen" meist in allgemeinen Formeln.

Wie kann eine solche Parteilichkeit aber aussehen, eine Parteilichkeit mit den Unterdrückten und den sich Befreienden, die sowohl die jeweilige konkrete Situation von Unterdrückung und Befreiung berücksichtigt, als auch die konkreten Bedingungen und Prozesse, in denen wir "alternative Berichterstattung" betreiben?

Unserer Meinung nach kann nur eine kritische Solidarität die Form der Parteilichkeit in dieser Berichterstattung sein. Es besteht also kein Widerspruch oder Spannungsverhältnis zwischen Parteilichkeit und kritischer Solidarität, wenn unter Parteilichkeit nicht eine Sprachrohr-Funktion gesehen wird, sondern ein sowohl zukunftsorientierter als auch mit politisch emanzipatorischen Prozessen "hier" und "dort" verknüpfter (kleiner) Beitrag zur politischen Diskussion und Stärkung dieser Prozesse.

Arbeitsfeld der "alternativen" Dritte-Welt-Berichterstattung ist die hiesige Öffentlichkeit; hier soll ein solcher Beitrag geleistet werden. Daraus folgen zwei Bedingungen:

- Die Berichterstattung muß glaubwürdig sein, d.h. ihre Informationen müssen in die notwendigen Zusammenhänge eingebettet und zuverlässig sein.
- Die Berichterstattung muß sich auf die hiesige politische Diskussion beziehen, wenn sie nicht eurozentrisch abstrakt entwickelten Werten und Zielen einfach nach dem Motto "dort ist es nun mal anders" ebenso abstrakt andere Werte und Ziele entgegensetzen will. Darauf wird zurückzukommen sein.

Die Gefahr, die bei dieser Sichtweise droht, ist klar und bekannt: mangels eines eigenen politischen Projekts hier werden häufig die eigenen politischen Wünsche und Ziele auf Subjekte ganz anderer gesellschaftlicher Transformationsprozesse projiziert, mit denen man sich identifiziert. Das ist aber gerade der Weg, zwischen dem Ausgehen von hiesigen politischen Prozessen und – über die Identifikation – der abstrakten Übernahme der Kriterien politischer Prozesse in den hoffnungstragenden Bewegungen und Ländern eine sterile Verbindung einzugehen. Die eurozentrische Kriterienbildung für politische Prozesse weltweit und die bedingungslose Übernahme von Kriterien, die aus anderen Prozessen erwachsen sind, erweisen sich damit als zwei Seiten einer Medaille, und nicht als zwei Pole in einem Spektrum von Herangehensweisen an weltweite Umwälzungs- und Befreiungsprozesse.

Wie wirkt sich aber eine Berichterstattung aus, die glaubt, Konsequenz in der Parteilichkeit zeige sich in der widerspruchsfreien Unterstützung von Befreiungsbewegungen in ihrem Kampf gegen imperialistische und andere Unterdrückung, da alles andere deren Position schwäche, folglich den Gegner stärke? Aus der richtigen Einschätzung, daß es keine objektive Wahrheit gibt, betreibt diese Richtung eine Berichterstattung, die die "Wahrheit" dort verortet, wo die fortschrittlichen gesellschaftlichen Kräfte in ihrem Kampf gegen die Unterdrückung stehen. Deren Positionen werden in die hiesige Öffentlichkeit als die Wahrheit des gesellschaftlichen Fortschritts, der Befreiung usw. eingebracht. Da gesellschaftliche Prozesse aber widersprüchlich sind, ändern sich solche Positionen, und das hiesige Sprachrohr ist in der unangenehmen Lage, Wahrheiten auswechseln zu müssen. Die Schärfe dieses Dilemmas entsteht dadurch, daß nicht legitimerweise **irgendwelche** Positionen weiterentwickelt oder auch nur verändert werden, sondern daß bestimmte Positionen zu bestimmten Zeitpunkten die jeweils aktuelle Wahrheit der fortschrittlichen Kräfte darstellen und das ist im 2-Lager-Denken **die** Wahrheit. Das Sprachrohr, das "vorher" an der jeweiligen Wahrheit nicht rütteln lassen will, um dem Gegner nicht zu nützen, zeichnet sich dann durch den kürzesten Draht zur definitionsbefugten Zentrale in Sachen Wahrheit aus. Eine solche Berichterstattung wird unglaublich und damit kontraproduktiv im Sinne einer mobilisierenden, fundierten Berichterstattung.

Wenn der "alternativen" Berichterstattung und der Solibewegung allgemein damit nur gestattet wird, sich die "Wahrheit" im Nachvollzug anzueignen, wird eine Trennung "hiesiger" und "dortiger" politischer Prozesse festgeschrieben, der man sonst zurecht widerspricht (und letztere bekommen "exotischen" Charakter). Daß politische Kämpfe weltweit in einem Zusammenhang stehen, äußert sich aber nicht nur in einem vage definierten gemeinsamen Gegner ("der Imperialismus"), sondern auch darin, daß es gemeinsame Ziele gibt, Ziele, die auch die Solidarität definieren, denn einem reaktionären, repressiven Regime, das aus be-

stimmten, und seien es taktische Gründe "anti-imperialistische" Züge in seine Politik aufnimmt, gilt unsere Solidarität deswegen noch lange nicht.

Deswegen muß kritische Solidarität zur Einschätzung politischer Prozesse eine Verbindung der Kriterien, die im konkreten Kontext des jeweiligen Prozesses wirksam sind, mit denen leisten, die in der hiesigen politischen Diskussion und in der hiesigen Bewegung entwickelt worden sind und denen eine historische Perspektive von Befreiung zugrundeliegt: Sicherung sozio-ökonomischer und politischer Menschenrechte, Abbau von Herrschaft und struktureller Gewalt. Ohne sich an Konjunkturen in der Bildung politischer Werte und Ziele anzupassen, gilt es, den Zusammenhang gesellschaftlicher Kämpfe weltweit zu klären, wobei die eigenen Kriterien einer stetigen Diskussion bedürfen.

Ein einseitiger Rückzug auf die Kriterien, die die hiesigen Bewegungen erarbeitet haben, würde allerdings den Mythos einer objektiven Wahrheit stärken. Daß es diese nicht gibt, zeigt sich auch in der Beurteilung der Politik von Befreiungsbewegungen. Ihre Spielräume sind begrenzt, nicht nur durch die Politik des Imperialismus und seiner nationalen Verbündeten, sondern auch durch das politische, soziale, kulturelle usw. Erbe, das in diesen Bewegungen lebendig ist und ihr Handeln und das jeweils "historisch Mögliche" beeinflusst. Um nicht anstelle von eurozentrischen Weltbildern und Kriterien für gesellschaftlichen Fortschritt andere, ebenso historisch gewordene zu allgemein gültigen Wahrheiten zu überhöhen, müssen diese Elemente untersucht und diskutiert werden, z.B. der lateinamerikanische Machismo, die Rolle des Nationalstaats, die Bedeutung der militärischen Befehlsstrukturen in politisch-militärischen Organisationen usw. Eine solche kritische Bewertung auch des historischen Kontexts (nicht nur im Sinne feindlicher, äußerer Faktoren, die die "eentlichen" Absichten zunichte machen, sondern auch im Sinne internalisierter, in der jeweiligen Politik enthaltener Faktoren) erlaubt gleichzeitig eine Einschätzung von Zielen und Mitteln gesellschaftlicher Umwälzungsprozesse, die davon loskommt, sich - in der ungebrochenen Beschränkung

aufs "historisch Mögliche" - vollständig aufs Faktische einzulassen. Dieser ungebrochene Bezug auf bestimmte Befreiungsbewegungen, weil es sie gibt - ein Ausdruck des 2-Lager-Denkens und einer bestimmten Avantgarde-Konzeption - und ihre Identifizierung als revolutionäres Subjekt führt direkt zu den "Leichen im Keller" der Solibewegung *).

Auch wenn eine solche kritisch-solidarische Untersuchung der jeweiligen Politik und ihrer Elemente für die Beurteilung einer gegenwärtigen Situation zu "negativen" Erkenntnissen führt, ist sie für das Verständnis widersprüchlicher politischer Prozesse unabdingbar - und damit für die Solidaritätsarbeit überhaupt.

Angesichts der geringen historisch gegebenen Spielräume für Befreiungsbewegungen sieht sich die kritisch-solidarische Berichterstattung häufig in der schwierigen Lage, "objektiv richtige Entscheidungen" nicht feststellen zu können. Während die Sprachrohr-Berichterstattung diese an den Trägern gesellschaftlichen Fortschritts festmacht, steht diese in ihrer Parteilichkeit häufig vor dem Dilemma, daß es "richtige" Entscheidungen nicht gibt, sondern nur "weniger falsche". Die Spielräume der Befreiungsbewegungen sind häufig so gering, daß die Bewertung der menschlichen und der politischen (d.h. am politischen Projekt der Befreiung gemessenen) Opfer den Ausschlag zwischen dieser und jener Form von Handeln, ja sogar zwischen Handeln und Nicht-Handeln gibt: Wie sind die Opfer eines bewaffneten Kampfes mit ungewisser Zukunft zu "bewerten" im Vergleich zu den Opfern einer andauernden strukturellen und materiellen Gewalt?

*) Der tragikomische Aspekt dieser Konzeption ist der verzweifelte Versuch der Identifizierung der jeweiligen Avantgarde, der z.B. zu Stilblüten wie dieser historischen aus dem Liedgut des KBW führte: "Wir grüßen den Genossen Sithole und sein Volk, wir grüßen das Volk von Zimbabwe!" Nun ja, auf's falsche Pferd gesetzt. Ein Problem, das sich aber nicht mit noch sorgfältigerer Suche nach der Avantgarde bewältigen läßt, sondern strukturell in dieser Konzeption steckt.

Wie sind die politischen Opfer einer hochzentralisierten Befehlsstruktur einer politisch-militärischen Organisation zu bewerten im Vergleich zu möglichen Erfolgen dieser Organisationen? Eine solidarische Kritik bestimmter Politiken heißt nicht notwendigerweise, daß es demgegenüber eine "richtige" gegeben hätte, sondern soll solche Probleme ins Bewußtsein bringen.

Während "Sprachrohr-Parteilichkeit" Solidarität dadurch stabilisieren soll, daß Widersprüche immer nur im Rückblick gesehen werden, gilt es gerade durch eine kritisch-solidarische "Begleitung" politischer Prozesse, auch latente Widersprüche zu problematisieren, um mit Sicherheit kommende "unangenehme Nachrichten" verarbeiten zu können. Längerfristig ist nur so eine fundierte, "stabile" Solidarität möglich, die verhindert, daß nach einigen Jahren revolutionärer Hochkonjunktur jeweils nur noch das Häufchen Getreuer übrigbleibt, das den Blankoscheck für beliebige Politiken und Kurswechsel bereits unterschrieben hat und für den Extremfall nur noch das "Verräter"-Etikett bereithält. Und es ist schließlich die Aufgabe der "alternativen" Berichterstattung, die Solidarität mit Prozessen der Befreiung und die Auseinandersetzung mit solchen Prozessen "dort" und "hier" zu stärken. Sicher besteht die Gefahr, Entsolidarisierung durch Desillusionierung zu erzeugen, wenn "Gläubige" auf die Widersprüchlichkeit politischer Prozesse hingewiesen werden; hier gilt es, am konkreten Fall aufzuzeigen, warum und wie Solidarität angebracht ist, auch und gerade weil keine idealen, sondern reale, widersprüchliche Prozesse ablaufen - eine Aufgabe, die sicher nicht immer angemessen gelöst wird.

Helft uns, die Wahrheit zu dokumentieren!

Diese Bitte äußerten chilenische Pressefotografen in einem Gespräch, das wir Mitte Januar dieses Jahres in Santiago mit ihnen führten. Sie sind in der AFI, der Asociación Gremial de Fotógrafos Independientes (Gewerkschaftliche Vereinigung unabhängiger Fotografen), zusammengeschlossen.

Nach fast dreizehnjähriger Diktatur ist die Pressefreiheit in Chile weiterhin das Opfer ständiger Übergriffe der Regierung von General Pinochet. Vor allem die Pressefotografen, die die Ereignisse aus nächster Nähe dokumentieren müssen, sind dabei in den meisten Fällen die Leidtragenden der Repression.

Die Existenz kritischer Zeitschriften wie CAUCE, APSI, ANALISIS, FORTIN MAPOCHO und anderer ist keineswegs das Produkt einer demokratischen Öffnung des Regimes, sondern der langen und harten Kämpfe, um einen kleinen Spielraum in einer sonst vollständig dem Regime nahestehenden Presselandschaft zu gewinnen.



Am 10.12.1985 wird Claudio Perez in Santiago verhaftet. Sein Presseausweis wurde ihm dabei von der Polizei gestohlen.
(Foto: AFI)

Die ausländischen Korrespondenten ihrerseits müssen sich bei Dinacos akkreditieren, einer Regierungsinstitution, die bei den entsprechenden Botschaften Informationen über die Presseorgane einholt; wenn diese dem Regime sehr kritisch gegenüberstehen, erhebt Dinacos natürlich Einwände gegen die Akkreditierung. Außerdem schließt die Regierung mit Hilfe dieser Institution Polizeiaagenten mit ausländischen Presseausweisen in das Journalisten-corps ein.

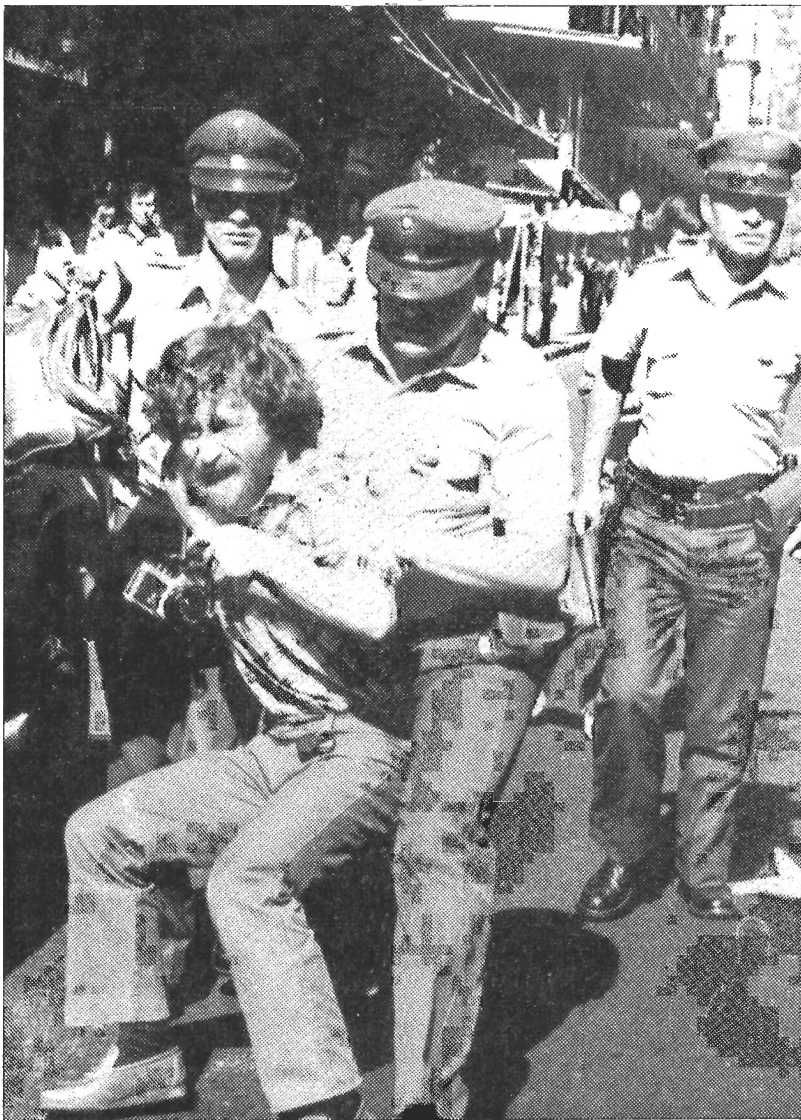
Das Militärregime schreckt auch vor direkter Gewaltanwendung gegen Journalisten nicht zurück. So wurde beispielsweise der Korrespondent von Radio Canada International, Carlos Tobar, am 3. Oktober 1985 von drei nicht identifizierten Zivilpersonen angegriffen, als er Auseinandersetzungen zwischen Polizei und Studenten auf dem Gelände der Universität von Santiago beobachtete. Die Angreifer würgten ihn mit einem Strick, verprügelten ihn und zerstörten seine Ausrüstung. Das ist nur eines von vielen Beispielen.



Carlos Tobar wird am 3.10.85 auf dem Gelände der Universität von Santiago angegriffen.
(Foto: AFI)

Zu der Repression kommt das Problem fehlenden Materials für die fotografische Arbeit hinzu. Die größte Frustration für die Fotografen sind nicht so sehr die Schläge, die sie abbekommen, sondern die Unmöglichkeit, wichtige Aufnahmen zu machen, weil sie keinen Film mehr in der Kamera haben. Das erscheint uns, die wir

hier in der Bundesrepublik arbeiten, fast unmöglich. Aber um die Situation zu begreifen, müssen wir nur in Betracht ziehen, daß sie ihr Material praktisch nur an oppositionelle Publikationen verkaufen können, die über sehr wenig Geldmittel verfügen und daher nur sehr wenig oder gar nichts bezahlen können. Der Verkauf von Fotos an andere Medien ist wegen der Manipulation unmöglich.



Oscar Navarro wird von carabineros im Zentrum von Santiago am 20.12.1985 verhaftet.

(Foto: AFI)

Hinzu kommt die Gefahr, daß die Fotos von der Geheimpolizei CNI zur Identifikation von Demonstranten benutzt werden könnten. Das führt dazu, daß die Mehrheit der chilenischen Fotografen mit einem Monatseinkommen von umgerechnet etwa 200 DM auskommen müssen. Wenn wir überlegen, daß eine 30-Meter-Rolle Schwarzweiß-Film 70 DM kostet, wird das Problem deutlich: Wer kann ein Drittel seines Einkommens für so wenig Material ausgeben?

Damit unsere chilenischen Kollegen in der Lage sind, die Wahrheit zu dokumentieren, rufen wir alle Pressekollegen und diejenigen, die es wichtig finden, die dramatische Situation in Chile fotografisch festzuhalten, dazu auf, die Pressefotografen von AFI finanziell zu unterstützen.

Wie nützlich ist doch das Bildmaterial über die Nazi-Zeit in Deutschland, um über diese Zeit zu informieren und Bewußtseinsbildung gerade bei denen zu betreiben, die diese Zeit nicht erlebt haben, damit sich diese Ereignisse nicht wiederholen. Die chilenischen Journalisten haben bei ihrer Arbeit dasselbe Ziel.

Wir bitten um Spenden auf folgendes Konto:

Elfriede Kohut

Sonderkonto "Hilfe für Chile"

Stichwort: AFI / Chile

Postgiroamt Berlin-West, Kto.Nr. 3800 87 - 108

(Da AFI vom Finanzamt sicher nicht als gemeinnützige Institution anerkannt ist und wir keine Geldwaschanlage sind, können wir leider keine steuerlich absetzbaren Spendenbescheinigungen ausstellen. Wir hoffen aber, daß das niemand an einer Unterstützung der chilenischen Fotografen hindern wird.)

»Gegendarstellung«

In LATEINAMERIKA NACHRICHTEN 144 (Januar 1986) haben wir eine uns von der Konstanzer Nicaragua-Städtepartnerschaftsinitiative zugeschickte Warnung vor einem Chilenen abgedruckt. Im Folgenden geben wir dem Betroffenen Gelegenheit, sich zu dem Vorgang zu äußern. Inwieweit durch die "Gegendarstellung" die Vorwürfe der Warnung widerlegt oder beantwortet sind, mögen die Leser selbst entscheiden.

Schon im Januar erschien in den LATEINAMERIKA NACHRICHTEN unter der Rubrik "Solidarität" eine Warnung vor einem Chilenen. Trotz der scheinbaren Anonymität gingen bei uns, seiner Familie, zahlreiche Anrufe und Anfragen ein, so daß es doch unumgänglich scheint, einige Sachverhalte zu korrigieren, aber auch sie von einer anderen Seite zu beleuchten und somit zur Diskussion zu stellen. Hier also nun unsere Gegendarstellung:

Da der Brief unter der Rubrik "Solidarität" erschien, soll dies auch hier der Ausgangspunkt sein. Für uns stellt sich grundsätzlich die Frage, um was es den Verfassern eigentlich geht: um Geld, um ihr Geld, um den guten Ruf, um Kriminalität oder geht es wirklich um Solidarität?

Auch nach mehrmaligem Durchlesen des Briefes stellt man fest, daß es vor allem um Geld geht, um Solidarität – wenn überhaupt – erst in zweiter Linie; oder hat Solidarität zwangsweise mit Geld zu tun? Dann gehört ein Brief, eine Warnung dieser Art, natürlich unter die Rubrik "Solidarität".

Niemand bezweifelt, daß eine finanzielle Solidarität notwendig ist, aber man sollte jedem das Recht zugestehen, nach seinen Möglichkeiten seine Solidarität zu zeigen und das muß nicht immer finanzieller Art sein. Gerade in dem von den Verfassern des Briefes "angeprangerten" Fall hätte man nämlich aufzeigen können, daß es vor allem andere Arten der Unterstützung sind, die seine Solidarität beweisen, so zum Beispiel Auftritte bei Solidaritätskonzerten oder Mithilfe bei Solidaritätsveranstaltungen.

Wenn man sich also mit einer Person auseinandersetzt, vielmehr vor ihr warnen will, dann hätte man fairerweise auch diese Arten der Solidarität aufzeigen können. Erst dann sollte man sich fragen, ob in diesem Fall Solidarität mißbraucht oder ihr geschadet wurde.

Soweit zur Solidarität selbst, nun zu dem scheinbar finanziellen Betrug: Hätten sich die Verfasser die Mühe gemacht, bei ihren ausführlichen Recherchen über das Leben ihres "Angeklagten" und seiner Familie auch nach den Ursachen und dem Zweck der Schulden zu

fragen, so hätten sie feststellen können, daß es sich vor allem um rein private Schulden handelt, die weder im Namen der Solidarität gemacht wurden, noch mit ihr in irgendeinem Zusammenhang stehen und somit in dieser Warnung eigentlich nichts zu suchen haben, es sei denn, um eine Person als Ganzes zu diffamieren.

Es soll hier nicht bestritten werden, daß auch Geld für solidarische Zwecke geliehen wurde, wenn auch zu einem viel kleineren Teil und die von den Verfassern genannte Summe muß hier schlichtweg als Lüge bezeichnet werden.

Genauere Recherche hätte auch hier zu einem anderen Ergebnis als dem der Verfasser geführt: es steht weder ein Porsche vor dem Haus, noch eine Videoanlage innerhalb desselben, sondern mit diesem geliehenen Geld wurden Auftritte bei Solidaritätskonzerten finanziert, bei denen man oft genug die Kosten für Fahrt, Essen und Übernachtung selbst zu tragen hat. Um dieses Problem kümmerte sich bisher eigentlich niemand aus den verschiedenen Organisationen, bis zu dem Zeitpunkt, als die Verfasser des Briefes sich unserer finanziellen Probleme annahmen.

Nun zu dem jüngsten "Vergehen", dem Nicaragua-Flug und seiner Finanzierung. Vorausgeschickt werden soll hier, daß niemand aus unserer Familie sich irgendjemand aufgedrängt hat, nach Nicaragua zu fliegen, vielmehr sind andere an uns herangetreten und der Entscheidung gingen lange Diskussionen voran.

Das Resultat der Reise wird ja von den Verfassern, wenn auch in einer vollkommen pauschalen Art, beschrieben. Es wird davon gesprochen, daß das Verhalten nicht den Vorstellungen der Geldgeber entsprach. Wir können hier nur feststellen, daß es für die bundesdeutsche Entwicklungspolitik erfreulich ist, daß sich eine Grundlinie von schwarz bis rot und grün durchzieht: Geld-Solidarität ist die Belohnung für von den Geldgebern festgesetztes Verhalten. Nur unter diesem Standpunkt ist zu verstehen, daß man lieber auch noch so unqualifizierte Deutsche als Projektleiter oder ähnliches einsetzt, ehe man daran geht, Ausländer über ein Projekt bestimmen zu lassen und somit Gefahr laufen kann, auf völlig andere Vorstellungen, anderes Verhalten und Kritik zu stoßen. So vermeidet man Kritik ebenso wirkungsvoll, wie es die Verfasser tun, indem sie die ganze Sache als finanziellen Betrug darstellen und die vorgebrachte Kritik pauschal abwürgen oder ins Lächerliche ziehen. Dazu gehört natürlich auch und das rundet die ganze Sache ab, eine Diffamierung der Person als Ganzes. Es soll hier aber doch gesagt sein, daß es gerade die Verfasser der Warnung sind, die den Beschuldigten am wenigsten kennen, am wenigsten mit ihm gesprochen haben. Das Bild, das sie kreiert haben, stammt aus zweiter oder dritter Hand und es ist immer wieder erstaunlich, was man alles gehört haben will.

Zum Schluß ein Wort zu einem der unbekannten Autoren und den genannten Organisationen: Um es mit den Worten der Verfasser auszudrücken: der Deutsche M. ist der einzige des Mittelamerika-Komitees Konstanz, der diese Warnung unterschrieben hat. Andere Mitglieder des Komitees haben sich in einem Brief, der der Informationsstelle Nicaragua in Wuppertal vorliegt, von dieser Warnung distanziert.

Natürlich haben auch wir aus dieser Angelegenheit gelernt und begreifen langsam, daß finanzielle Mittel und Distanz eine sowohl häufigere als auch einfachere Möglichkeit ist, mit Solidarität umzugehen, als eine persönliche, nicht-finanzielle Art und Weise.

REZENSIONEN

Guten Appetit!

Christiane Grefe/Peter Heller/Martin Herbst/Siegfried Pater:
 "DAS BROT DES SIEGERS - Das Hackfleisch-Imperium",
 Lamuv Verlag, Bornheim-Merten 1985

In unserer modernen Industriegesellschaft ist Zeit gleich Geld. Da ist es klar, daß auch das Kochen und Essen nicht mehr viel Zeit in Anspruch nehmen darf. Unsere Einkaufswagen sind schon jetzt mit Fertiggerichten, Tütensuppen und tiefgefrorenen Speisen beladen, denn Freizeit ist das Kostbarste geworden, was der Mensch heute besitzt. So ist nicht verwunderlich, daß die Maschinenfutterfabriken, Schnell-Imbisse u.ä. Hochkonjunktur haben.

Bei der Geschichte der EKultur angefangen bis hin zu "that's the way of life", beschreiben die Autoren des Buches den Aufstieg und die Wirklichkeit des "Burgerzeitalters". Wie heißen sie doch alle? McDonald's, Burger King, Wimpy's, Sam's Quick..... Sie alle sind den Anforderungen der Industriegesellschaft gewachsen und verdienen mit ihren "Hamburgern" die schnelle Mark.

Auf den mehr als 280 Seiten des Buches beschreiben die Autoren das Bild des Fast-Food-Imperiums. Durch eine mitreißende, lockere, aber auch zynische Art schaffen es die Autoren mit ihren Informationen bei vielen Lesern ein Unwohlsein gegen die Burger zu erzeugen. Manchmal geht einem beim Lesen ein Schmunzeln über die Lippen, wenn man die Werbeslogans der Konzerne liest. Da heißt es dann z.B. "Hunger hat jeder jeden Tag", "Hol-mich-iß-mich" oder "Messer, Gabel, Schere, Licht gehören für kleine Kinder nicht- das haben wir uns auch gedacht!" Früher oder später aber bleibt einem wie das Lachen auch die Bulette im Halse stecken: "Wir erziehen die Leute zu einer neuen Lebensweise" oder "Da tobt ein Nahrungsmittelkrieg und die Reklame ist die Waffe darin. Das Fernsehen sind die Bomber-Flieger mit Massenwirksamkeit, und die Zeitungen und Zeitschriften sind das Fußvolk für den Nahkampf."

Auch die inneren Zustände der Fast-Food-Ketten werden aufgedeckt. Da gibt es die totale Kontrolle und Ausbeutung der Mitarbeiter (Gewerkschaften sind ein Fremdwort) und das skrupellose Umgehen mit Lizenznehmern. Das einzig geltende Motto stammt aus dem Mund des McDonald's-Gründers Kroc: "Ich erwarte Geld, wie man Licht erwartet, wenn man den Schalter anknipst."

Diese Skrupellosigkeit der "Burger-Großen" zeigt sich auch bei den Auswirkungen dieser "Hackfleisch-Politik". Da werden Computer, Antibiotika und Unkrautvernichtungsmittel eingesetzt, um die Rinderzucht für die Buletten effektiv und berechenbar zu machen. In

einem Kapitel des Buches kommen die Autoren zu dem Schluß, daß eine "derartige Viehmast in vollklimatisierten Spezialbetrieben nur als gezielte Vernichtung von Grundnahrungsmitteln unter hohem Energieaufwand" bezeichnet werden kann. Dies geht auf Kosten der sog. Dritten Welt, die einen großen Teil dieser Eiweiße liefern. Für die Dritte Welt ebenso verheerend ist die Ausweitung der Viehzucht, für die große Flächen von Urwäldern gerodet werden und damit ein Eingriff in das empfindliche Ökosystem des Waldes vorgenommen wird. Die Produktion von Fleisch in diesen Ländern steht unter der Kontrolle von großen ausländischen Firmen und ist ausschließlich auf Export ausgerichtet. "Des einen Mannes Hunger, ist des anderen Mannes Fest" ist der Kommentar des Bosses von McDonald's.

Um nun die Burger mit ihren zweifelhaften Zutaten auf den Markt zu bringen und dem Kunden schmackhaft zu machen, haben die Buletten-Giganten perfekte Werbestrategien und straffe Managerschulungen ausgearbeitet. Gut ist es da, daß die Autoren des Buches auf die weltweiten Proteste und Aktionen gegen die Burger hinweisen und einige am Ende des Buches in einer Liste zusammenfassen.

Schön wäre es, wenn bis zum Jahr 1993 statt des angekündigten 100'000'000'000. Burgers das 100'000'000'000. Exemplar dieses Buches verkauft wäre. Das Buch ist mit seinen vielen Bildern, der guten Übersicht und dem lockeren Schreibstil sehr empfehlenswert. Leider ist der Zusammenhang mit der Dritten Welt recht kurz ausgefallen, entbehrt aber nicht die wesentlichen Informationen, die zu dessen Verständnis notwendig sind. Ein sehr gelungenes Buch!

Hinweis:

Zu dem beschriebenen Buch ist auch ein Dokumentarfilm von Peter Heller entstanden: "Dschungelburger - Hackfleischordnung International". Der Film beschäftigt sich schwerpunktmäßig mit der Rinderzucht in Lateinamerika, den Schlachthöfen der Dritten Welt und den Fast-Food-Strategen der Hamburger-Konzerne.

Der Film ist ausleihbar bei: Verleihenossenschaft der Filmemacher
 Alfonsstraße 1, 8000 München 19, Tel. 089/18 10 97

»Vom Umgang mit Gewalt«

lautet der Titel der neusten Ausgabe des Jahrbuches 'Lateinamerika - Analysen und Berichte', das nunmehr im neunten Jahr erscheint und sich bereits seit langem zu einer Standardlektüre für jeden Lateinamerikabefassten und -interessierten entwickelt hat.

Jeder der bisherigen Bände hatte sich bemüht, unter einer bestimmten Grundthese die wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungen in Lateinamerika nachzuzeichnen und sie in diesem thematischen Schwerpunkt zu spiegeln.

Der jüngste Versuch wirft jedoch zunächst einmal nicht nur für den angesprochenen Leser, sondern auch - und das geben sie freimütig zu - für die Herausgeber selbst eine Reihe von Fragen auf. Wie soll ein derart breiter Begriff wie der der 'Gewalt' gefaßt werden, um als analytische Kategorie dienen zu können? Sind nicht Eingrenzungen notwendig, um ihn handhabbar zu machen?

Die Eingrenzung der Herausgeber zielt auf einen Gewaltbegriff in engerem Sinne, den 'physischen Zwang', die 'Verletzung körperlicher Integrität'. Es soll nicht um die 'Grauzone' der 'alltäglichen Polizeiknüppel' gehen, sondern um diejenige Gewalt, die von 'herrschenden Rechtsordnungen eindeutig als verboten und rechtswidrig gekennzeichnet wird - von Gewaltverbrechen also.'

Auch auf den zweiten Blick bleiben jedoch Fragezeichen. Ist nicht die gesamte Geschichte des lateinamerikanischen Kontinents nichts anderes als eine fortgesetzte Aneinanderreihung von Gewalttaten, angefangen mit der weitgehenden Ausrottung der indianischen Bevölkerung durch Spanier und Portugiesen, über die planmäßige ökonomische, soziale und militärische Durchdringung des Kontinents über Jahrhunderte hinweg bis hin zur Verallgemeinerung der Militärdiktaturen in der jüngsten Vergangenheit?

Oder muß nicht im Gegenteil in den letzten Jahren insgesamt ein Rückgang der 'Gewalt' konstatiert werden, hervorgerufen durch den Sturz der Militärs in Argentinien und Uruguay, die Vertreibung von Baby Doc aus Haiti oder den politischen Wandel in Brasilien?

Es geht den Herausgebern um etwas anderes. Weder die von Gewalt durchtränkte Geschichte Lateinamerikas noch die Demokratisierungsprozesse in einzelnen Ländern sollen geleugnet

werden. Sie stellen vielmehr eine Veränderung des Umgangs mit der Gewalt in den 70er und 80er Jahren fest. 'Gewaltförmige Verhaltensweisen haben die lateinamerikanischen Gesellschaften ... tiefer und prägender durchdrungen als zuvor ... Die Schwelle für die Anwendung von Gewalt ist gesunken, die Erfahrung erlittener Gewalt ist allgemeiner ... der Umgang mit Gewalt ist alltäglicher geworden.' Gemeint ist nicht nur die 'traditionelle' Form der Gewalttätigkeit, der seit langem schon nicht mehr kalte Krieg der USA in Mittelamerika, die Gewalt von Regierungen und Guerillagruppen, die blutige Unterdrückung von Emanzipationsbestrebungen, sondern auch Formen der Gewalt, die sich infolge ökonomischer und sozialer Verelendung herausgebildet haben - Elendskriminalität im weitesten Sinne - sowie die nicht minder gewalttätigen Reaktionen von Polizei und zunehmend auch der Bevölkerung.

Am Beispiel Brasiliens wird dieser letztgenannte Aspekt der Gewalt auf eindringliche Weise dargestellt und untersucht.

El Salvador bietet den Hintergrund für die Analyse eines Landes, das seit fünf Jahren unter Bürgerkrieg und Intervention von außen zu leiden hat.

Ein übergreifender Beitrag beschäftigt sich mit der Frage, weshalb die in den letzten Jahren so offen aggressive Politik der USA gegenüber Mittelamerika und der Karibik auf derart verhaltene internationale Kritik stößt.

Am Beispiel Boliviens werden die fatalen Folgen einer von offizieller Seite gestützten und betriebenen kriminellen Schattenwirtschaft, des Drogenhandels, aufgezeigt, der längst zum wichtigsten Devisenbringer der herrschenden Elite geworden ist.

In Argentinien ist fast ein ganzes Volk damit beschäftigt, die physischen und psychischen Traumata der sieben Jahre wütenden Militärregierung zu bewältigen.

In dem Beitrag zu Peru geht es abschließend um den Versuch einer Einschätzung und Aufarbeitung der Guerillabewegung 'Sendero Luminoso', die nach anfänglichen Erfolgen unter der Zivilbevölkerung der Andengebiete mittlerweile aufgrund ihrer terroristischen Praxis auf zunehmenden Widerstand ihrer eigenen Basis stößt.

Wie in den vergangenen Jahren schließt sich an den Analysenteil wieder die Berichterstattung über einzelne Länder an. Nach dem Willen der Herausgeber sollen hier jedoch nicht mehr in akribischer Genauigkeit die Veränderungen in den sozioökonomischen Verhältnissen in all ihren Einzelheiten herausgearbeitet werden, sondern eher 'paradigmatische Entwicklungen' im Vordergrund stehen, 'die über das betreffende Land hinaus

Bedeutung zu haben scheinen'. So begrüßenswert die Rücksichtnahme auf Nicht-Vollexperten in dieser Frage auch ist, birgt sie dennoch die Gefahr, daß wichtige Einzelheiten, die das Jahrbuch in den vergangenen Jahren auch zu einem unverzichtbaren Nachschlagewerk haben werden lassen (vor allem im Bereich der statistischen Angaben), mit dem neuen Konzept verlorengehen.

Insgesamt jedoch (wieder einmal) ein notwendiger, wichtiger und lesenswerter Band aus einer bewährten Reihe.

'Vom Umgang mit Gewalt', Lateinamerika - Analysen und Berichte, Band 9, Junius-Verlag, Hamburg, 1985

Den Verschwundenen

Den Verschwundenen widmet der Argentinier Rubén Gallucci seinen "Roman" MORGEN IST EIN ANDERER TAG. Dieser Bericht in Romanform ist von einem der wenigen der 30 000 "Verschwundenen" der argentinischen Militärdiktatur geschrieben, die lebendig den Folterkammern entkamen.

Nach seinen eigenen Erfahrungen gestaltet Gallucci die Leidensgeschichte von Professor Clem, der vor den Augen seiner Schüler von Angehörigen des "Sicherheits"apparats entführt wird und dann all die Stationen des Verschwundenseins durchläuft, die aus den vielen Augenzeugenberichten bekannt sind: Folter, Verhöre, in denen er Namen und Sachverhalte preisgeben soll, von denen er nichts weiß, die Konfrontation mit seiner ebenfalls verschleppten und gemarterten Frau, die Ungewißheit über das Schicksal seines entführten Sohnes.

Das "Leben" in den geheimen Gefängnissen bringt ihn hinab auf die Ebene eines Wesens, das nur noch essen und trinken will. Immer wieder drehen sich seine Gedanken, Hoffnungen und Sehnsüchte um Essen:

"Woher habe ich nur den Mut genommen, den Kerl um mehr Essen zu bitten? Draußen, im Nebenzimmer, folterten sie gerade jemanden. Man hörte die Schreie. Die Schläge. Das Fluchen. Die Schreie hörten nie auf. Diese Schreie waren noch lauter als die Musik. Sie übertönten die Musik. Ich wartete, bis man mir mehr Essen brachte. Das einzige, was mich interessierte, war mehr Essen. Ich wollte mehr essen. Essen. Essen. Die sollen doch weiterschreien. Die sollen doch weiterfoltern. War mir doch egal. Ich wollte nur mehr Essen. Essen. Essen. Noch eine Hühnerbrust. Einen Flügel. Einen Schenkel. Irgendetwas. Wenn es nur Essen war."

Die Hoffnung des "Verschwundenen" richtet sich nicht einmal mehr wirklich auf die Freiheit. Er möchte nur noch als "normaler politischer Gefangener" offiziell anerkannt werden. Nach einiger Zeit wird er tatsächlich in ein offizielles Gefängnis überführt, nun darf er wieder hoffen - auf einen anderen Tag.

Auch wenn frau/man bereits viele Augenzeugenberichte von ehemaligen Verschwundenen kennt, ergreift dieser "Roman" doch noch einmal auf andere Weise. Gerade die Romanform erlaubt es dem Autor, die Alltäglichkeit des Lebens eines "Verschwundenen" eindringlich darzustellen, einen Alltag zu schildern, von dem wir uns kaum vorstellen können, daß er als Alltag überhaupt existiert. Beim Lesen haben mich die Beschreibungen der Folterszenen - wie oft haben wir das schon gelesen! - weniger erschreckt als die Darstellung der täglichen Routine und ihrer entmenslichenden Folgen. Das macht die Qualität dieses Buches aus, macht es zu einer quälenden Lektüre. Eine notwendige Lektüre auch gegen das allzu schnelle Vergessen. Wer dieses Buch gelesen hat, wird sich sicher nicht mehr fragen, warum die Mütter der Plaza de Mayo immer noch so beharrlich die vollständige Aufklärung des Schicksals der "Verschwundenen" und die Bestrafung aller Schuldigen fordern. Um ihren Zorn und ihr Durchhaltevermögen zu verstehen, brauche man nur an die Meldungen zu denken, daß die wenigen verurteilten Diktatoren in den reinsten Luxusgefängnissen sitzen, in denen sie sich auf dem Tennisplatz und im Schwimmbad in der Sonne bräunen können. Und noch etwas: In Argentinien sitzen immer noch 14 Menschen im Gefängnis, die jahrelang diesen von Gallucci beschriebenen "Alltag" als politische Gefangene durchlitten haben!

Die Konsequenz aus dem Gelesenen zieht Helmut Frenz in seinem sehr persönlichen Vorwort: "Morgen ist ein neuer Tag. Wir dürfen ihn gemeinsam erleben. Wir müssen ihn von jetzt an gemeinsam gestalten. Wir dürfen nicht mehr schweigen, wenn die Machthaber dieser Welt Menschen einfach verschwinden lassen - so als hätte die Erde sie verschluckt -, um die so Verschleppten im Vakuum des Nichtvorhandenen, des Unauffindbaren, des eben Verschwundenen zu erniedrigen, zu zerschlagen, zu zerstören, ihnen das Menschsein zu nehmen." Dem ist nichts hinzuzufügen.

Rubén Gallucci
Morgen ist ein anderer Tag
Roman aus Argentinien
edition CON
Bremen 1985

Zeitschriftenschau

ila-info Nr. 94, April 1986, Römerstr. 88, 5300 Bonn 1
 Hilfe, die Entwicklung kommt. Viele 3.-Welt-Gruppen bezeichnen "Entwicklungshilfe" als tödliche Hilfe, die abgeschafft gehört, während andere die Wiederaufnahme eben jener "Hilfe" für Nicaragua fordern. Das gesplante Verhältnis der Solibewegung zum Thema "Entwicklungspolitik" soll im aktuellen ila-info etwas aufgearbeitet werden. Es enthält Beiträge zur Geschichte der Entwicklungspolitik in der BRD, zur Entwicklungspolitik nach der Wende, zu den Alternativen(?) von SPD und Grünen und zum Für und Wider von entwicklungspolitischer Frauenförderung. Weitere Beiträge: Spuren der Diktatur - Eindrücke aus Argentinien / Verraten und Verkauft - Mexikanische Textilarbeiterinnen / zur Gewerkschaftsbewegung El Salvadors / zur Chile-Dokumentation der CDU / zur Aktion "Bürger gegen Burger" u.a.

ENTWICKLUNGSPOLITISCHE KORRESPONDENZ 1/86

Postfach 2846, 2000 Hamburg 20
 Zerstobene Träume. Mexiko - die bürokratisierte Revolution. Rechtzeitig zur Fußball-WM in diesem Jahr wird das politische System in Mexiko kritisch unter die Lupe genommen. In verschiedenen Beiträgen geht es um die PRI, Opposition, Repression, Bevölkerungspolitik, Außen- und Flüchtlingspolitik u.a.m. Außerdem gibt es ein Portrait von Emilio Zapata und einen Auszug aus dem Komik über Arturo Moreno Durazo - auch "El Negro" genannt -, den ehemaligen Polizeichef von Mexiko-City.

BRD und "Dritte Welt" 23

Magazin-Verlag
 Schweffelstr. 6, 2300 Kiel 1
 BRASILIEN. Brasilien ist eines der Schwerpunktländer deutscher Direktinvestitionen in der sogenannten "Dritten Welt". Nach einer allgemeinen Übersicht und Beschreibungen der Atom- und Rüstungsindustrie des Landes wird konkret auf VW und das Amazonas-Projekt des Autokonzerns eingegangen. Die Broschüre wurde von der Brasilien-Initiative in Freiburg zusammengestellt.

BRD und "Dritte Welt" 24

Magazin-Verlag
 Schweffelstr. 6, 2300 Kiel 1
 RAUCHEN. Rauchen und Weltmarkt, Rauchen und Hunger, Rauchen und Ökologie, Rauchen und Pestizide, Rauchen und Neokolonialismus, Rauchen und Gesundheitskosten, Rauchen und Konzerne - alle wesentlichen ökonomischen und politischen Aspekte der Nikotinsucht werden abgehandelt. Die Frage schließt sich an: Warum rauchen Linke?

Freire-Brief Nr. 27 AG SPARK, Kistlerstr. 1, 8000 München 90
 Basis-Comics in Lateinamerika / Einladung für eine Werkstatt für Basis-Comics / Weltkongreß für Erwachsenenbildung / neue Publikationen zur Basisarbeit aus Lateinamerika / Rezensionen und Hinweise.

SOLIDARISCHE WELT Nr. 113, März 1986

ASW,
 Friedrichstr. 236, 1000 Berlin 61
 FLÜCHTLINGE in El Salvador und Peru, aus der Westsahara und Sri Lanka / Staudammprojekt in Indien, Ölpalmenprojekt in Ecuador: Ureinwohner von Landvertreibung bedroht / Das Boot ist voll? Flüchtlinge bei uns / 'Tödliche Hilfe' in der Diskussion.

AIB Nr. 4, April 1986

Liebigstr. 46, 3550 Marburg
 Schwerpunkt: Nikaragua - CDU-Menschenrechtskampagne und der SPD-Kurswechsel / Südafrika: Keine Ruhepause für das Apartheidregime * Buthelezi in der BRD * PAC-Rundreise / Angola: MPLA-PT-Parteitag * Südafrika Paroli bieten / Zimbabwe: Drohende Invasion Südafrikas / Namibia: Agentenring in der SWAPO / Kuba: Kurswechsel in der Innenpolitik? / Brasilien: Ein Jahr "Neue Republik" / Philippinen: Bleibt der Geist von Marcos? / Verschuldung: Der Baker-Plan / Sowjetunion und Dritte Welt: Nikaragua - Hilfe zum Überleben (3.Teil).

Eingegangene Bücher

Augel, Hillen, Ramalho (Hg): Die verplante Wohnmisere. Urbane Entwicklung und 'armutsorientierter' Wohnungsbau in Afrika und Lateinamerika. breitenbach, Saarbrücken, 1986

ASA-Programm (Hg.): Nachfragen zur Entwicklungspolitik. Dokumentation der Tagung zum 25-jährigen Bestehen des ASA-Programms. breitenbach, Saarbrücken, 1986

Joseph Collins: Nicaragua: Was aht sich durch die Revolution verändert? Agrarreform und Ernährung im neuen Nicaragua. Edition Nahua, Wuppertal, 1986

Pablo Neruda: Die Trauben und der Wind. Luchterhand, Darmstadt und Neuwied, 1986

Alfons Goldschmidt: Mexiko - Auf den Spuren der Azteken. Philipp Reclam jun. Leipzig, 1985

Wolfgang Kießling: Exil in Lateinamerika. Philipp Reclam jun. Leipzig, 1984

Die Macht der Verschuldeten. POCH-Verlag, Zürich, 1986

Miguel Barnet: Die stummen Hunde. Kubanische Fabeln. Edition dia, St.Gallen/Wuppertal, 1986

David Acebey: Domitila. Das Zeugnis einer Frau aus den Minen Boliviens. Teil 2: 1976-1984. Lamuv, Bornheim-Merten, 1986

Oscar Lewis: Ein Tod in der Familie Sanchez. Lamuv, Bornheim-Merten, 1986

Dritte Welt Haus Bielefeld: Mit Fortschritt ins Elend. Materialien für den entwicklungspolitischen Unterricht 2, Unterrichtsreihe über Brasilien für Sek. I (ab 8. Klasse) und Sek. II. Dritte Welt Haus, August-Bebel-Str. 62, 4800 Bielefeld 1986

Jenny Pearce: Promised Land. Peasant Rebellion in Chalatenango, El Salvador. Latin America Bureau, London, 1986

Joan Jara: Victor Jara. Chile, mein Land, offen und wild. ro ro ro - aktuell 5523, Reinbek, 1985

Roque Dalton: Armer kleiner Dichter, der ich war. Roman. Rotpunktverlag, Zürich 1986

WERKSTATT FÜR BASIS-COMIC-HERSTELLUNG IN SPAN. SPRACHE

6. - 10. Juni 1986 - nahe Ulm (mit dem peruanischen Karikaturisten Juan Acevedo)
Information u. Anmeldung: AG SPAK, Kistlerstr. 1, 8000 München 90

* * * * *

**"WER DIE KULTURPOLITISCHE MACHT HAT -
HAT DEN POLITISCHEN SIEG"**

- KULTURAUSTAUSSCH UND SOLIDARITÄTSARBEIT -

13. - 15. Juni 1986 in Frankfurt

Information u. Anmeldung: Kulturbüro 'Dritte Welt', Nernstweg 32, 2000 Hamburg 50

* * * * *

Seminare der Arbeitsgemeinschaft katholischer Studenten- und Hochschulgemeinden:

**EIN LAND WIRD VERSCHROTTET:
DIE WIRTSCHAFTLICHE LAGE CHILES**

9. - 11. Mai 86 in Münster-Gievenbeck

**SDI UND IHRE SOZIAL-, FRIEDENS- UND
ENTWICKLUNGSPOLITISCHE BEDEUTUNG**

13. - 15. Juni 1986 in Dortmund

**NICARAGUA: DER MÜHSAME WEG DER BEFREIUNG
ODER DAS ABGLEITEN IN EINEN NEUEN ABGRUND?**

27. - 29. Juni 1986 in Oberwesel

Information und Anmeldung: AGG, Rheinweg 34, 5300 Bonn 1, Tel.: 0228/234021

* * * * *

AUSSTELLUNG "ARPILLERAS"

24. - 31. Mai 1986, täglich 17 - 19 Uhr im

Terre des hommes - Laden, Richard-Wagner-Str. 25, 1000 Berlin 10

Die arpilleras (Wandbehänge) werden von chilenischen Frauen aus den Elendsvierteln oder in den Gefängnissen hergestellt, oft in Gemeinschaftsarbeit. Das Grundmaterial ist Sackleinen, darauf sind bildnerische Elemente aus Stoffresten collagenartig genäht oder mit bunten Fäden gestickt. In ihrer Ausdrucksform und Farbigkeit erinnern sie an die Gemälde naiver Maler. Sie schildern das Alltagsleben der Frauen, ihre Arbeit, ihre Not, die Arbeitslosigkeit, das Gefängnis, die Erinnerung an die Angehörigen.

Große Bedeutung erhielten die arpilleras nach dem Militärputsch von 1973. Sie wurden ein Mittel zum Ausdruck der Situation im Land und gaben außerdem vielen sich isoliert fühlenden Frauen eine Form des Zusammenseins, der Solidarität. Der Verkauf dieser Arbeiten hilft, die Familien zu ernähren. Im Laufe der Zeit haben die arpilleras einen künstlerischen Wert erhalten. Die Arbeit der Frauen wird durch kirchliche Organisationen und ausländische Solidaritätskomitees unterstützt, vom Staat hingegen mit Argwohn beobachtet und nur geduldet, soweit die arpilleras keine politischen Aussagen haben.

Freitag, 23. 5., 20 Uhr: DIAVORTRAG ZUR ERÖFFNUNG DER AUSSTELLUNG "ARPILLERAS"

Samstag, 24. 5., 19.30: DIAVORTRAG "CHILE - LAND UND LEUTE" mit anschließendem Gespräch, Musik, Empanadas und Wein

Vorstellung des tdh-Projekts "Neopren - Die Droge der Armut"
(Kinderleben in Santiago de Chile)

Lateinamerika

**José Carlos Mariátegui
Revolution und peruanische
Wirklichkeit**

Politische Schriften
Auswahl und Einleitung
Eleonore von Oertzen

Mariátegui (1894-1930), hervorragender Marxist und „Gremaschi Lateinamerikas“ legt in diesen Schriften die Grundlage für eine Theorie der Revolution in den abhängigen kapitalistischen Ländern Lateinamerikas an Hand der realen Verhältnisse Perus.

176 Seiten u. 8 Fotoseiten
DM 22,- Bereits erschienen

Subskription

**James Dunkerley
Der lange Krieg
Diktatur und Revolution
in El Salvador**

Eine der umfassendsten Analysen des erbitterten Kräftemessens zwischen Revolution und Konterrevolution. „...eine essentielle Lektüre für jeden, der die politischen Komplexitäten des politischen Prozesses in El Salvador verstehen will“. *Journal of Latin American Studies*.

340 Seiten und 8 Fotoseiten, Register
DM 36,-. Bei Subskription DM 28,- (bei Zahlungseingang bis 31.8.1986 auf PSchA Ffm. 333 86-606, isp-Verlag.

**Jaime Wheelock
Zwischen Krise und Aggression:
Die sandinistische Agrarreform**

In diesem Buch behandelt Jaime Wheelock einen der Eckpfeiler der Sandinistischen Revolution: die Agrarreform. Neben einer Menge wichtiger historischer Fakten über Landverteilung, Anbau, Export etc. geht er auf die aktuellen Probleme ein, das Land umzuverteilen und zu modernisieren in einer Zeit des anhaltenden Bürgerkriegs.

isp-pocket, 120 Seiten, DM 11,80
Erscheint im Mai 1986

Sonstige Titel

**Jaime Wheelock
Nicaragua
— Die große Herausforderung**

Interviews mit dem Landwirtschaftsminister zu den Problemen und Widersprüchen der Revolution.

isp-pocket 8, 120 Seiten, DM 10,80

**Helga Ballauf (Hg.)
Wir alle sind Nicaragua**

Reportagen einer Münchner GEW-Arbeitsbrigade von einem längeren Aufenthalt in Nicaragua.

isp-pocket, 96 Seiten, DM 9,80

**Michael Löwy
Marxismus in Lateinamerika**

Löwy stellt Wurzeln und Wege des Marxismus in Lateinamerika dar. Eigenständige Entwicklung, Stalinismus-Ära, Ideologie der kubanischen und der nicaraguanischen Revolution werden untersucht.

80 Seiten, DM 8,-

**isp-Verlag, Postfach 11 10 17
6000 Frankfurt/M. 11, ☎ 069 / 73 67 97**

Verschuldung und Ausbeutung der Dritten Welt und die Rolle der Bundesrepublik

INTERNATIONALE WISSENSCHAFTLICHE KONFERENZ
31. MAI / 1. JUNI 1986
STÄDTISCHE GESAMTSCHULE KÖLN-RODENKIRCHEN

Die Verschuldung bildet heute den Knoten, in dem die Fäden von Neokolonialismus, Ausbeutung, Unterentwicklung und sozialen Krisen der Länder der Dritten Welt zusammenlaufen. Was sind die Ursachen? Wie sind Lösungsvorschläge und Alternativen zu bewerten? Welche Rolle spielen Wirtschaft und Politik der Bundesrepublik? Wie ist wirksame Solidarität zu üben? Diese Fragen sollen auf einer internationalen Konferenz erörtert werden.

Referate und Diskussionsbeiträge:

Felix Contreras (Ministerium für Regionalplanung, Managua/Nicaragua)
Prof. Dr. Issam El-Zaim (UNIDO, Syrien)
Prof. Dr. Osvaldo Martínez (Direktor des Forschungszentrums für Weltwirtschaft und Berater Fidel Castros, Havanna/Cuba)
Prof. Dr. Dieter Boris (Marburg)
Dr. Jörg Goldberg (IMSF, Frankfurt/M.)
Alexander Schubert (Berlin W.)
Prof. Dr. Herbert Schui (Memorandums-Gruppe, Hamburg)
Ludger Volmer (MdB, Die Grünen)
und andere.

Arbeitsgruppen - Markt der Initiativen - Informationsbasar - Podiumsdiskussion "Die Linke der Bundesrepublik und die Dritte Welt" mit Teilnehmern aus Dritte-Welt-Gruppen, Friedensliste, Grüne, SPD, DKP.

Veranstalter: Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF) in Zusammenarbeit mit: Anti-Apartheid-Bewegung (AAB), Antiimperialistisches Informations-Bulletin (AIB), Antiimperialistisches Solidaritätskomitee (ASK), Arbeitskreis "Kein Geld für Apartheid!", Brasilien-Nachrichten, Christlicher Friedensdienst (CFD), Arbeitskreis Philippinen, Freundschaftsgesellschaft BRD-Cuba, Marx-Engels-Stiftung (MES).

Information und Anmeldung bei:

**Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF),
Oberlindau 15, 6000 Frankfurt am Main, Tel.: 069/724914.**



Hillenbrand, Luner, Oelschlägel (Hg.)
JAHRBUCH GEMEINWESENARBEIT 3
Stadtplanung und Regionalentwicklung
ISBN 3-923 126-36-0, M 71
erscheint im Mai 1986
ca. 280 Seiten - ca. DM 24,-

Die gegenwärtige Wirtschaftskrise stellt die Zukunft ganzer Regionen in Frage und damit die Existenzgrundlage ihrer Bewohner. Die Notwendigkeit einer an den Bedürfnissen orientierten Stadt- und Regionalplanung lassen Konzepte der Selbsthilfe, genossenschaftliche Organisation u.a. bereits heute überlebensnotwendig werden und geben der Gemeinwesenarbeit einen neuen Stellenwert. Der Band beleuchtet die praktischen Voraussetzungen für Gemeinwesenarbeiter, die sich heute mit Planungsvorhaben auseinandersetzen, von den verschiedensten Seiten her.

Rolf Schwendter (Hg.)
GRUNDLEGUNGEN ZUR
ALTERNATIVEN ÖKONOMIE
Teil 1: Die Mühlen der Berge
Teil 2: Die Mühlen der Ebenen
M 72/73
je ca. 270 Seiten
erscheinen im Mai 1986
pro Band ca. DM 24,-
zusammen ca. DM 39,-

Dokumentiert wird die Diskussion um die Alternative Ökonomie von ihren Anfängen im 19. Jahrhundert und ihrem Neubeginn in den frühen 70er Jahren, über Klassiker der neueren Diskussion (Bartning, Roth u.a.) bis hin zu aktuellen Problemen wie Bankengründung, Alterssicherung, Alternativforschung...

Der erste Band bezieht sich stärker auf politische Konzepte, während im zweiten die Praxis und die Schwierigkeiten im Detail der Umsetzung Alternativer Ökonomie zur Sprache kommen. Die Bände beinhalten Beiträge

- Zur Geschichte der Alternativen Ökonomie
- Zur Zeitschichte Alternativer Ökonomie
- Zur Diskussion
- Zur nächsten Zukunft der Alternativen Ökonomie
- Grundsätzliche Kritik der Alternativen Ökonomie

Karl-Ernst Brill (Hg.)
THERAPEUTISCHE WOHNGEMEINSCHAFTEN
Neue Wege in der psychiatrischen Versorgung
PSYCHIATRIE JAHRBUCH 2
ISBN 3-923 126-39-5, M 74
erscheint im April 1986
ca. DM 20,-, ca. 200 Seiten

Die therapeutischen Wohngemeinschaften als Modelle einer kostengünstigen und effektiven Form der psychiatrischen Versorgung werden immer attraktiver. Der Reader soll eine breite Grundlage für die Diskussion des Themas, einen systematischen Überblick über die Entwicklungen, eine Bestandsaufnahme sowie Orientierungshilfe für die Praxis geben.

AG SPAK - Publikationen, Kistlerstr. 1, 8 München 90

EL PARCIAL

Honduras ocupada

EL PARCIAL - Heft 18 (April 1986)

Das Heft umfaßt 142 Seiten, davon 128 Pressekommunikation. Die Texte sind ganz überwiegend auf Spanisch, wobei vor allem Publikationen aus Mexiko, Honduras und Guatemala berücksichtigt wurden; daneben wurden auch einige wenige Quellen in deutscher Sprache aufgenommen.

Inhaltliche Gliederung: Die Wirklichkeit einer "Regierung der Rechtschaffenheit" und die schwierige Auswahl ihres Nachfolgers/Beschleunigte Aufrüstung der Streitkräfte mit Austausch des Führungspersonals/Fortdauer der selektiven und systematischen Repression, und ein nichtssagender Bericht über Verschwundene/Eine an die USA vermietete Republik/Die Rolle Honduras' in Mittelamerika: Zuflucht für Contras und ein ungelöster Grenzkonflikt/Die salvadorianischen Flüchtlinge: Massaker und Umsiedlungs- und Repatriierungsdrohungen/Auslandsverschuldung und zunehmende Transnationalisierung der honduranischen Wirtschaft/ Arbeitslosigkeit und Hunger: alltägliche Realität für die Mehrheit des honduranischen Volkes/Versuche zum Volkswiderstand.

Das Heft ist zu beziehen über Doris Hermes, Kielortallee 4, 2000 Hamburg 13, gegen Überweisung von 11,00 DM an: "El Parcial", Doris Hermes, Konto-Nr. 636 47-205, PSchA Hamburg.

UNA DOCUMENTACION DE PRENSA

Abril de 1986

18